Volksfront droht!

In dieser knappen, sorgfältig fundierten Schrift werden die Gefahren für die Bundesrepublik und Westeuropa ungeschminkt umrissen.

Daß sozialistische Partei- und Regierungschefs wie Brandt, Kreisky und Palme ein sozialistisches Europa seit über einem Jahrzehnt ansteuern, haben sie mehrfach bekundet. Unter der trügerischen Maske von „Gewaltverzicht", „Entspannung und in der semantischen Betrugsformel einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" wurden und werden die kommunistischen Parteien Westeuropas hof- und regierungsfähig gemacht.

SPD und Gewerkschaften tasten auf internationaler und außenpolitischer Ebene Kontaktmöglichkeiten mit den Kommunisten ab und wollen uns das Bild eines „weißen Kommunismus" vorgaukeln. In Deutschland selbst probten Jusos und Judos die Volksfront in Aktionsgemeinschaften. Systematisch werden die geistigen Abwehrkräfte durch Fehlinterpretation der Begriffe abgebaut, während Moskau an seinen weltumspannenden Zielen festhält und Deutschland einkreist.

Wer sich keinem fremden Willen unterwerfen will, darf sich heute nicht mehr teilnahmslos verhalten. Der Weg von der propagierten Systemveränderung über Informationskontakte führt zur Volksfrontbildung, die nicht nur allen westeuropäischen Staaten, sondern vor allem der Bundesrepublik droht.

WILHELM ANDERS · VOLKSFRONT DROHT!

Sonderdruck für Leser der „NATION EUROPA", Coburg

WILHELM ANDERS

Volksfront droht!

Die Verschwörung der Linken

KURT VOWINCKEL VERLAG KG
BERG AM SEE

INHALTSVERZEICHNIS

„Volksfront droht“ ist kein „Volksfrontgerede“, mit dem man aufhören solle, wie Willy Brandt meint. Sie ist eine Realität, der wir uns zu erwehren haben, wenn Freiheit und Demokratie, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung erhalten bleiben sollen.

Der Gedanke der Volksfront habe auch in der Gegenwart nichts von seiner Aufgabenstellung, Aktualität und Ausstrahlungskraft verloren, vermerkt das 1973 in Ostberlin erschienene Kleine politische Wörterbuch. Wer die innerdeutsche wie die internationale Szenerie beobachtet, kann dem kaum widersprechen:

1. Aufgabe ist der Kampf um die Macht als Grundlage für sozialistisch-kommunistische Ordnungsstrukturen.
2. Die Aktualität erweist sich an dem hartnäckigen kommunistischen Bemühen um die Bildung von Einheitsfronten als Voraussetzung für eine kommunistische Regierungsbeteiligung.
3. Die Ausstrahlungskraft läßt sich an den zahlreichen Volksfrontgebilden in der Bundesrepublik Deutschland ablesen, die einmal durch marxistische Kader in der SPD, zum anderen durch die Verharmlosung des kommunistischen Phänomens gefördert werden.

Politische Ignoranten, die an die Verfassungstreue von Kommunisten glauben, verbünden sich mit ihnen ebenso wie die „Systemveränderer“, die ein sozialistisches Deutschland und Europa anstreben. Die Begründung ist ebenso eingängig wie einfach: Wenn ein bestimmtes begrenztes Ziel verfolgt wird, kommt es nicht auf die Herkunft der Unterstützung an, sondern allein auf die Übereinstimmung der Interessen aller Mitwirkenden.

Dem steht entgegen, daß das Ziel solcher Aktionseinheiten für Kommunisten nicht die Verwirklichung der verkündeten Thematik ist, sondern Teil des globalen Ringens um die Macht. Dazu gehört die Verschleierungstaktik, daß sie von unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen sprechen, während es sich in Wahrheit um unüberbrückbar gegensätzliche handelt.

Daher ist die Folgerung zwingend: Wer mit Kommunisten ko-

operiert, stellt sich gegen die freiheitlich-demokratische, parlamentarisch-rechtsstaatliche Ordnung.
Als Kommunisten und Sozialisten aus westeuropäischen Ländern sich 1922 in Berlin trafen, um angeblich die „Einheit der Arbeiterklasse“ wiederherzustellen, durchschaute der belgische Sozialist Emil Vandervelde den Hintergrund: „Man appelliert an die Einheit aller, man schlägt uns vor, die Einheitsfront zu verwirklichen, aber man verbirgt den Hintergedanken nicht, uns zunächst zu umarmen, dann uns zu ersticken oder uns zu vergiften.“
Das wußten Ebert und Noske ebenso wie Kurt Schumacher und Ernst Reuter, die einst eine Rätediktatur bzw. eine Verschmelzung von KPD und SPD verhinderten. Heute pflegt Willy Brandt „Informationskontakte“ mit Kommunisten und Helmut Schmidt hält ihre Beteiligung an einer Regierung nicht für eine Katastrophe. Das ermuntert — im Verein mit linksintellektuellen Kreisen — Jusos und Judos zu Volksfrontbündnissen mit Kommunisten, die weder von der SPD noch von den Gewerkschaften behindert werden.
Gewiß, noch handelt es sich um Bündnisse außerhalb der staatlichen Macht. Aber der Weg zu ihr wird bereitet durch Diskreditierung der freiheitlichen Ordnung und durch die Einstufung der Kommunisten als „kritische Demokraten“.

Wilhelm Anders

Betrug mit Worten

Schon der Begriff „Volksfront“ ist eine begriffliche Irreführung, die sich aus der marxistischen Dialektik ableitet. Demokratie, also Herrschaft des Volkes, wird nicht politisch, sondern wirtschaftlich gefaßt: sie ist nach ihr erst möglich, wenn alle Produktionsmittel in der Hand der Arbeiterklasse vereint sind. Sie kämpft nicht nur um die Macht, sondern übt sie auch allein aus durch die in der Partei organisierte Elite. Nur sie repräsentiert das Volk, während alle anderen Klassen und Gruppen sich ihr anzupassen bzw. zu unterwerfen haben. Schon Lenin schreibt, seine Partei kämpfe „mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes ‚Volk‘.“ Hinter diesem Wort dürfe nicht „das mangelhafte Verständnis für die Klassengegensätze innerhalb des Volkes“ verborgen werden. Aber sie teile

> „das Volk nicht deshalb in Klassen, damit sich die Klasse, die die Avantgarde bildet, von den anderen abschließe, auf ein enges Maß begrenze und ihre Aktivität durch die Erwähnung lähme, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt sich etwa abkehren könnten — sondern deshalb, damit die zur Rolle der Avantgarde berufene Klasse unbehindert von der Halbheit, Unbeständigkeit und Unentschiedenheit der Zwischenklassen und darum mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpfe.“

Wenn es jetzt im kommunistischen Lager zu Auseinandersetzungen um die „Diktatur des Proletariats“ gekommen ist, sollte doch nicht übersehen werden, daß die französischen wie die italienischen Kommunisten keineswegs auf die „Herrschaft der Arbeiterklasse“ verzichtet haben. In der „Charta der Freiheiten“ der KPF werden alle Freiheiten zugesichert, nur nicht die „Freiheit der Ausbeutung“, die selbstverständlich allein von den Besitzenden ausgeht und die deshalb entmachtet werden müssen. Daher bleibt es beim Klassenkampf ebenso wie bei der „führenden Rolle der Arbeiterklasse als

Avantgarde der gesellschaftlichen Veränderungen und als dynamische Kraft innerhalb der Union der Linken." [1])

Noch deutlicher artikuliert sich der Chefideologe der KPI, Luciano Gruppi, der den Begriff Diktatur lediglich durch den der „Hegemonie der Arbeiterklasse" ersetzt wissen will. Er strebt, wie er in der Parteizeitung „L'Unita" schreibt, einen Machtblock „aus der Arbeiterklasse durch alle ihre Organisationen und nicht nur durch eine Partei" an, in dem jedoch die KPI die Führungsrolle zu übernehmen hat. Es sei nicht möglich, den Sozialismus aufzubauen „ohne führende Funktion der Arbeiterklasse durch alle ihre Organisationen und nicht nur durch eine Partei, wobei allerdings die Kommunistische Partei Italiens nicht unterschätzt werden sollte."

Wenn die Interessen der Arbeiterklasse verteidigt werden müssen, bejaht Gruppi auch Gewaltanwendung, denn

> „Demokratie kann man nicht entwickeln, und man wird nicht zum Sozialismus gelangen, ohne rigorose Aktionen im Rahmen der Legalität gegen die reaktionären und subversiven Kräfte des Großkapitals zu unternehmen."

Gewalt darf nur von einem Machtblock verübt werden, der sich die Veränderung der Gesellschaft zur Aufgabe gemacht hat." [2])

Die ersten Versuche

Frankreichs Ministerpräsident Chirac hatte recht [3]), als er im angeblichen Kurswechsel der KPF nur einen taktischen Schachzug sah:

> „Die Partei bleibt marxistisch-leninistisch. Es wäre ein tragischer Irrtum zu glauben, daß dies anders sein könnte. Die Kommunisten wechseln manchmal den Weg, aber nie das Ziel." Der Beweis läßt sich unschwer ableiten durch einen Rückgriff auf die Werke Lenins, der zur „Taktik des Abwartens, zum langsamen Sammeln der Kräfte" rät, wenn „die objektiven Umstände uns keine Möglichkeit geben, zum allgemeinen, schonungslosen Gegenstoß aufzurufen."

In die geschichtliche Wirklichkeit trat die Sammlung unter der Bezeichnung Volksfront erstmals 1935 — 1937, als Léon Blum mit

[1]) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 2. 76

[2]) Sowohl auf die beiden Parteien als auch auf das Problem der Gewaltanwendung wird noch zurückzukommen sein.

[3]) Fernsehinterview vom 19. 2. 76

dem linksliberalen Bürgertum, Sozialisten und Kommunisten eine Regierung bildete. 1936—1939 kam es auch in Spanien zum Volksfrontbündnis, doch hielten sich beide Koalitionen nicht lange. Dem spanischen Gebilde wirft Heinrich Rau, der es in der DDR bis zum Außenhandelsminister brachte, vor [4]), daß die Volksfrontregierung es nach der Machtübernahme unterlassen habe,

> „sofort den Staatsapparat, einschließlich Armee und Polizei, von reaktionären Kräften zu säubern und zuverlässige Antifaschisten auf die führenden Positionen im Staatsapparat zu setzen".

Dann fügt er mit dem Blick auf die Gegenwart hinzu:

> „Kann man bestreiten, daß heute in Westdeutschland weit günstigere objektive Bedingungen für eine solche Politik gegeben sind, als das in Spanien im Jahre 1936 der Fall war? Keineswegs!"

In der Tat wäre es töricht, aus dem damaligen Scheitern auf die Brüchigkeit solcher Verbindungen prinzipiell zu schließen. Es beruhte nicht allein auf den von Rau genannten Gründen, sondern mehr darauf, daß die kommunistischen Parteien zu schwach waren, um sich voll durchsetzen zu können. Zudem fehlte trotz des Prinzips des „proletarischen Internationalismus" und der Komintern die materielle Unterstützung Moskaus, das seine Macht erst nach dem Zweiten Weltkrieg voll entfalten und den „Bruderparteien" die nötige Unterstützung angedeihen lassen konnte.

Die Brücke zur Gegenwart schlägt die Gründungsversammlung des „Komitees zur Schaffung der Deutschen Volksfront", die am 2. Februar 1936 im Hotel Lutetia in Paris tagte. Die ideologische Plattform hatte Willi Münzenberg geschaffen und in einem Aufsatz „Aufgaben einer deutschen Volksfront" umrissen, dessen Vorbemerkung lautete: „Durch unsere Uneinigkeit haben wir Deutschland verloren, durch unsere Einigkeit werden wir Deutschland gewinnen." [5]) Organisator war Herbert Wehner, der die kommunistische Initiative durch die Hinzuziehung von Schriftstellern, Publizisten, Wissenschaftlern usw. ausgezeichnet zu tarnen verstand. Aushängeschild war Heinrich Mann, der einen Sammelband

[4]) In: Die XI. Brigade, Seite 4—7, erschienen 1956
[5]) Hans Frederik: Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit, Seite 117 f.

mit dem Titel „Eine Aufgabe — Die Schaffung der Deutschen Volksfront“ herausgab.
Am bekanntesten geworden ist der „Aufruf für Frieden, Freiheit und Brot“, unter dem die Unterschriften von Willy Brandt (für die Sozialistische Arbeiterpartei) ebenso stehen wie von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Herbert Wehner (für die KPD). Hier zeichnen sich Kontakte und persönliche Verbindungen ab, die in der Politik der Gegenwart nicht unbeachtet bleiben sollten. Schließlich fanden sich nach Kriegsende Brandt und Wehner in der Führung der SPD wieder, während Ulbricht und Pieck an der Spitze der KPD und der späteren SED standen.

Von der Volks- zur Einheitsfront

Unverkennbar ist dabei die Steigerung durch die Sowjetunion, die über die Komintern die kommunistischen Parteien zu ihrem außenpolitischen Werkzeug machte. Auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau, der am 20. August 1935 mit einer Entschließung endete, stellte ihr Generalsekretär, Georgi Dimitroff, die Forderung nach Zusammenarbeit mit allen „antifaschistischen“ Kräften auf, in die er alle Arbeiter, einschließlich der Sozialdemokraten und Katholiken, eingeschlossen wissen wollte. Er verhehlte jedoch nicht den wahren Hintergrund, indem er auf den trojanischen Krieg anspielte:

> „Das angreifende Heer konnte nur mit Hilfe eines hölzernen Pferdes in das Innere des feindlichen Lagers eindringen. Wir, die revolutionären Arbeiter, dürfen uns nicht scheuen, dieselbe Taktik anzuwenden.“ [6])

Es ging demnach nicht um eine paritätisch zusammengesetzte Aktionsgemeinschaft, sondern um eine Aktionsfront aller linksorientierten Kräfte unter Führung der Kommunisten.
Das war gegenüber der früheren Taktik, die eine Abwerbung von Mitgliedern bei anderen marxistischen Parteien verfolgte, eine deutliche Änderung, aber letztlich doch nicht mehr als ihre Ausweitung, wenn Dimitroff postulierte:

> „Einheitsfront von oben, Aktionseinheit mit den sozialistischen Par-

6) Siehe August Hoppe: Diarium der Weltrevolution, Seite 192 ff.

teien, Beteiligung und Unterstützung bei der Schaffung einer Regierung der Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, grundsätzliche Zustimmung zur Schaffung von Einheitsparteien."

Daran hielt sich auch die Entschließung, die dazu aufforderte,

„die Einheitsfronttaktik auf neue Art anzuwenden, indem sie mit den Organisationen der Werktätigen verschiedener politischer Richtungen im Betriebs-, Orts-, Gebiets- und Landesmaßstab sowie im internationalen Maßstab Abkommen über gemeinsame Aktionen anstreben." [7])

Auf die Regierungsebene angewendet hieß das:

„Wenn sich ... die Schaffung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktionen auf sich nimmt, als möglich und im Interesse des Proletariats als notwendig erweist, so muß die Kommunistische Partei auf die Schaffung einer solchen Regierung hinarbeiten."

Beachtenswert ist sowohl die Terminologie als auch die Einschränkung, die bei einer Kooperation der Kommunisten mit anderen Gruppierungen zu gelten hat. Zur Tarnung wird der Begriff „antifaschistisch" benutzt, der gerade zur damaligen Zeit selbst nichtmarxistische Kreise zu gemeinsamem Handeln mit den Kommunisten veranlassen konnte. Sie blieben jedoch nichts anderes als „nützliche Idioten", in deren Bereich die KP als trojanisches Pferd wirkte. Sie will sich an Regierungen beteiligen, die „Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion auf sich nimmt", doch sind sie „noch keine Regierung der proletarischen Diktatur", woran die Kommunisten als Endziel festhalten.

Das sagte auch Wilhelm Pieck auf der Parteikonferenz der KPD, die im Oktober 1935 angeblich in Brüssel, tatsächlich in Moskau tagte und auf der sie das Volksfrontkonzept übernahm. [8]) Die neue Taktik sei nur ein Werkzeug des internationalen Klassenkampfes und bedeute nicht, „daß wir etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren." Der Sturz der faschistischen Diktatur sei

[7]) Siehe Fritz Kopp: Kurs auf ganz Deutschland, Seite 36 f.

[8]) Kopp, a.a.O.

nur ein Teilziel, für das Losungen aufgestellt werden sollten, die geeignet seien,

> „auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommunistischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind."

In der Komintern-Entschließung hieß es, daß gemeinsame Aktionen mit Sozialdemokraten „eine ernste, begründete Kritik" an Reformismus, Sozialdemokratismus usw. und eine geduldige Aufklärung über Grundsätze und Programm des Kommunismus keineswegs ausschließe, sondern sie im Gegenteil noch notwendiger mache.

Die praktische Handhabung

Die Politik der ersten Nachkriegsjahre hat diese Richtlinien überall dort konsequent in die Tat umgesetzt, wo die Rote Armee die Macht übernahm. In Mitteldeutschland erschien bereits am 11. Juni 1945 der Gründungsaufruf der KPD, der ein Regime „einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk" versprach, eine „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums" zusicherte. Ausdrücklich wurde es für falsch erklärt, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen", allerdings nur — und dieses Kriterium blieb damals unbeachtet — weil das „nicht den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland" entspreche. Da dies aber das wirkliche Ziel der Kommunisten blieb, mußten die „gegenwärtigen Bedingungen" geändert werden.
Das begann bereits am 14. Juli 1945 mit der Gründung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien", die das Wort Einheitsfront schon bald durch Block ersetzte. Die Blockpolitik untersagte Koalitionsbildungen und ließ nur einstimmige Beschlüsse zu, so daß die Kommunisten, die sich durch Wahlen keine Mehrheit verschaffen konnten, die Ausübung der Macht in der Hand behielten. Auf der ersten „Reichskonferenz" der KPD am 3. März 1946 definierte Ulbricht den begrifflichen Inhalt des Wortes Demokratisierung, die unverblümt auf die Sowjetisierung

von Wirtschaft, Industrie, Grundbesitz und Schulwesen zusteuerte. Dazu kam seine Feststellung:

> „Wir sind also der Meinung, daß Demokratie nicht bedeutet, daß alle Kräfte die Möglichkeit haben, sich zu organisieren ... Man fragt: ‚Werdet ihr in der sowjetisch besetzten Zone auch Wahlen durchführen?' Wir sagen: Jawohl, aber wir werden sie so durchführen, daß unter Garantie in allen Städten und Orten eine Arbeitermehrheit zustande kommt."

Ein Teil der Sozialdemokraten, besonders in Berlin unter Kurt Schumacher, widersetzte sich energisch diesem Kurs, ein anderer war entweder naiv genug oder aus marxistischer Grundauffassung der Überzeugung, sich mit den Kommunisten zur SED verschmelzen zu müssen. Die Rückendeckung der sowjetischen Besatzungsmacht bot der in Moskau geschulten Clique die Möglichkeit, die Sowjetisierung Schritt für Schritt durchzusetzen, bis sie im Vertrag zwischen Moskau und Ostberlin vom 7. Oktober 1975 kulminierte, der die DDR praktisch zu einer sowjetischen Provinz degradierte. „Legale" Handhabe zur Ausschaltung jeden Widerstandes boten die Richtlinien, die die politischen Kräfte zum Aufbau eines „antifaschistisch-demokratischen Staates" verpflichteten. Was darunter zu verstehen war, interpretierten allein die Kommunisten, die überall dort „Verstöße" gegen den Staatsaufbau feststellten, wo sie Widerstand gegen die unumschränkte Ausübung ihrer Macht witterten.

Nicht anders war das Vorgehen der Kommunisten in den von der Sowjetarmee besetzten Ländern, nur daß sie mit deren Hilfe ungenierter Gewalt anwenden konnten. In den Koalitionsregierungen behielten sie die Ministerien des Inneren und der Polizei für sich, um von diesen Schaltstellen aus die anderen Parteien durch falsche Anschuldigungen, Anklagen, Verhaftungen und Massenterror einzuschüchtern und handlungsunfähig zu machen. Entscheidend ist eben nicht die Mehrheit der Volksmeinung, sondern die Verwirklichung der kommunistischen Ordnungsprinzipien.

Daß sich daran seit den Zeiten Lenins und Stalins nichts geändert hat, erhellt aus dem 1972 im Staatsverlag der DDR erschienenen Buch von Waleri Jegorow: „Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß." Danach entscheidet sich eine Partei für den „fried-

lichen Entwicklungsweg der Revolution", wenn „die innere Reaktion weder Polizei noch Armee gegen das Volk" einsetzen kann; sollte sich aber ein solches „Klassenkräfteverhältnis" nicht erreichen lassen, dann ist „der bewaffnete Weg nötig, um den Widerstand der Ausbeuterklassen mit der Waffe in der Hand zu brechen". Dies allerdings auch nur, wenn eine Konstellation erreicht ist, die ein gewaltsames Vorgehen erfolgreich erscheinen läßt und sich Risiken ausschließen lassen.

Fazit

Weder Berlinguer noch Marchais können darüber hinwegtäuschen, daß sich am weltrevolutionären Konzept der Kommunisten nichts geändert hat. Programmatik und ordnungspolitische Zielvorstellung, denen auch sie zustimmen, bleiben gleich, lediglich das taktische Vorgehen wird den jeweiligen Gegebenheiten angepaßt. Spielte von 1935 bis 1949 der Kopplungsbegriff „antifaschistisch-demokratisch" die dominierende Rolle, sind es heute „Imperialismus", „Kapitalismus" und „Kolonialismus", gegen die in nationalen Bereichen wie in der Vollversammlung der Vereinten Nationen möglichst breite Fronten aufgebaut werden. Die Organisierung von Einheitsfronten, in denen sich Vertreter von Kirchen und Gewerkschaften, Wissenschaftler und Künstler, Politiker und Publizisten aller Schattierungen zusammenfinden, erfolgt auf der Basis positiver Begriffe wie „Frieden", „Sicherheit" „Entspannung" und „Zusammenarbeit".
In beiden Fällen wird übersehen, daß Kommunisten diese Begriffe nur zur Tarnung benutzen und unter ihnen etwas anderes verstehen wie der Kulturkreis des Westens. Vor den ersten drei Begriffen steht das „anti", gegen sie werden Mitstreiter auch unter Antikommunisten gefunden. Sie begreifen nicht, daß darunter jede bürgerliche, rechtsstaatliche, demokratische Ordnung verstanden wird, in der sie zwar leben wollen, die sie aber unter dem von den Kommunisten gewebten Tarnmantel bekämpfen. Überdies verdrängen sie, daß die größte und skrupelloseste imperialistische und kolonialistische Macht heute die Sowjetunion ist, denn sie annektierte von 1940 bis 1945 Teile Finnlands, Polens, der Tschecho-

slowakei, Rumäniens, Ostdeutschlands und ließ die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland ganz von der Landkarte verschwinden. Das ist eine Gesamtfläche von rund 456 000 qkm mit 24 Millionen Einwohnern, zu denen noch über eine Million qkm mit 95 Millionen Einwohnern als Satelliten kommen. Hier handelt es sich nicht um einen freiwilligen, sondern um einen erzwungenen Zusammenschluß, wie die Aufstände in der DDR, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei belegen.

Auf der Karlsbader Konferenz 1967 wurde eine neue Volksfront proklamiert, die durch Druck aus der Öffentlichkeit die Einberufung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fordern sollte. Die Delegierten appellierten

> „an die Arbeiterklasse, an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, an die Gewerkschaften und an die Intellektuellen...", sich zu vereinen und in jedem Land und auf kontinentaler Ebene breite Kampagnen, Massenaktionen für die kollektive Sicherheit in Europa zu entfalten".

Daraufhin entstanden ab 1971 in allen europäischen Staaten sogenannte Komitees für europäische Sicherheit, für die die Initiative von Moskau ausging. Welches Gewicht der Kreml dem Unternehmen beimaß, erhellt die Tatsache, daß er den Präsidenten des Unionssowjets des Obersten Sowjets, Alexej Schitikow, zum Vorsitzenden bestellte, der diese Volksfront noch heute steuert. Im viersprachigen „Informations-Bulletin" heißt es, die Notwendigkeit erfordere, daß die Komitees

> „die Aufmerksamkeit auf die Herstellung von Kontakten und gegenseitigen Konsultationen in Europa mit zahlreichen nationalen und internationalen öffentlichen Bewegungen und Organisationen, prominenten Vertretern von Gewerkschaften und Parlamenten, Geschäftskreisen, Wissenschaftlern und prominenten Persönlichkeiten aus Kultur und Kunst konzentrieren."

Auf diese Weise sollen die Komitees „integrierender Bestandteil der breiten Bewegung der Öffentlichkeit" für die Sicherheitskonferenz werden.

Um einen solchen Eindruck zu erwecken, wurden alle Register der Agitation und Propaganda gezogen, doch ließ sich damit die rein kommunistische Steuerung nicht verdecken. Trägerin einer sich über

Monate hinziehenden „Frühjahrskampagne 72 für Abrüstung, Sicherheit und internationale Solidarität" im Bundesgebiet war die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung", die auf verschiedenen Veranstaltungen rund 100 000 Personen erfassen konnte. Als Redner traten führende Kommunisten des In- und Auslandes auf, die die Auflösung der militärischen Blöcke sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die Einberufung der Sicherheitskonferenz und gegen die NATO forderten. Mitarbeiter und Unterzeichner von Aufrufen waren Gewerkschafts- und SDAJ-Funktionäre, der DKP, Jungsozialisten sowie Wissenschaftler und Schriftsteller.

Das war eine funktionierende Volksfront, die sich als kommunistisch-sowjetische Aktion nicht nur durch die personelle Zusammensetzung decouvrierte, sondern auch durch die Thematik der Kundgebungen, Resolutionen und Presseerklärungen. Der DDR-Sender Radio Berlin International verkündete, es sei „dringender denn je, den Druck der Öffentlichkeit auf die Regierungen der USA und die Regierungen einiger westeuropäischer NATO-Staaten zu verstärken", um sie zur Teilnahme an der europäischen Sicherheitskonferenz zu zwingen. Bei ihr gehe es um die Entscheidung für eine Politik des Friedens oder eine Politik des Krieges — eine demagogische Alternative, die die Kommunistische Allparteienkonferenz noch brutaler stellte mit der Behauptung, daß es nur mehr die Wahl zwischen friedlicher Koexistenz und nuklearem Krieg gebe.

Die Rückschau läßt eine geschmeidige Taktik erkennen, die eine Kooperation mit allen möglichen Kreisen ermöglicht, verdeutlicht aber auch, daß sich am Endziel nichts geändert hat. Wo die Kommunisten einen Fuß in die Tür zu setzen vermögen, ziehen sie ihn ungeachtet aller erdenklichen Mehrheitsverhältnisse nicht zurück. Sie überspielen ihre Partner durch Tricks, Fälschung und, sobald sie sich stark genug wissen, durch Gewalt. Jedes Zusammengehen mit ihnen, unter welcher Thematik auch immer, fördert nicht primär ein gemeinsames Begehren, sondern in erster Linie die Interessen der Kommunisten. Es ist undenkbar, daß sie sich an Aktionen beteiligen, die nicht diesem Erfordernis entsprechen. Und undenkbar ist, daß sie einmal gewonnene Positionen wieder räumen.

Das gilt für die innenpolitischen Aktivitäten der einzelnen kommunistischen Parteien ebenso wie für ihre außenpolitischen, lediglich mit dem Unterschied, daß bei letzteren die sowjetische Führungshand deutlicher spürbar wird. Dabei spielt der „proletarische Internationalismus" die entscheidende Rolle, der ein einheitliches Operieren gewährleisten soll. In Ländern, in denen die kommunistischen Parteien nicht an der Regierung beteiligt sind, suchen sie die öffentliche Meinung für allgemein ansprechende Themen und Aktionen zu gewinnen, um die demokratischen Regierungen unter Druck zu setzen und für ihr Konzept gefügig zu machen. Von 1969 an lag das Schwergewicht auf der Einberufung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), für die internationale Foren organisiert wurden, um, wie der Präsident des DDR-Friedensrates, Professor Günther Drehfal erläuterte[1]),

> „Druck auf die noch zögernden Regierungen auszuüben, das Zustandekommen der Staatenkonferenz zu beschleunigen und ihren Erfolg zu fördern".

Das Ergebnis blieb nicht aus, und nachdem auch die NATO-Partner zugestimmt hatten, verkündeten die Kommunisten[2]), das sei ein „zweifelloser Erfolg der vereinbarten Außenpolitik der sozialistischen Länder". Die Leipziger Volkszeitung jubelte gar: „Das ist unser Erfolg. Unsere Politik bestimmt den Lauf der Geschichte." Alles in allem war die Sowjetunion der Verwirklichung ihres auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU verkündeten „Friedensprogramms" einen beträchtlichen Schritt näher gekommen. Dafür war das Treffen Willy Brandts mit Breschnew im September 1971 auf der Krim „ein wichtiger Markstein"[3]), zumal beide Politiker vereinbarten, „in nächster Zeit Schritte zu unternehmen, um die Abhaltung einer solchen Konferenz zu beschleunigen". Das wurde zu einem Zeitpunkt abgesprochen, als die Staaten des Nordatlantik-

[1]) Radio Stimme der DDR, 25. 12. 1971
[2]) Radio Frieden und Fortschritt, 2. 8. 1972
[3]) TASS, 24. 9. 1971

paktes noch erhebliche Bedenken gegen die KSZE hegten, die sich im nachhinein als durchaus gerechtfertigt erweisen sollten.

Deutschland-Plan als Auftakt

Vor diesen Ereignissen lag der „Etappenlauf Willy Brandts", wie das ZK-Mitglied der KPI, Sergio Segre, die Entwicklung der SPD in Richtung auf Ostkontakte in seiner Analyse des Nürnberger SPD-Parteitages vom März 1968 nannte.[4]) Das erste Signal setzte sie 1959 mit ihrem Deutschland-Plan, der ausdrücklich auf das sowjetische Memorandum zur Berlin-Frage mit dem Entwurf eines Friedensvertrages zurückgriff. Die damalige Regierungskoalition unter Konrad Adenauer verwies auf den Gleichklang der Vorstellungen des Plans mit den in der sowjetischen Presse erhobenen Forderungen, die von der Erarbeitung eines europäischen Sicherheitssystems über regionale Rüstungsbegrenzungen und den Abzug der Stationierungsstreitkräfte aus beiden Teilen Deutschlands bis zur paritätischen Besetzung von gesamtdeutschen Gremien reichten. In zwei Kommentaren zum Deutschland-Plan[5]) forderte Herbert Wehner zum „Kampf der Arbeiterklasse um Deutschlands Einheit" auf und fügte hinzu, daß eine sozial intakte Bundesrepublik Deutschland keine Angst davor zu haben brauche,

> „im Wettbewerb mit der DDR in einer militärischen Entspannungszone friedlich um das wiedervereinigte Deutschland zu ringen, das weder ein kommunistischer Diktaturstaat noch ein von Großbesitz gesteuertes Deutschland"

sein werde. Dem hätten die unschwer erkennbaren Konsequenzen widersprochen:

> „ein von den Stationierungsstreitkräften entblößtes Westdeutschland wäre ungeschützt dem militärischen Druck der Sowjets ausgeliefert gewesen, der vor allem bei paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Gremien zur Geltung gekommen wäre. In ihnen sollte die gleiche Anzahl von Delegierten aus der Bundesrepublik Deutschland mit 55 Millionen Einwohnern und aus der DDR mit 17 Millionen Einwohnern vertreten sein. Angesichts der allgemeinen politischen

[4]) Rinascita, 13. 9. 1968
[5]) Vorwärts vom 20. 3. und 17. 4. 1959

Landschaft mit ihrer parteipolitischen Polarisierung hätte mindestens ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten in Einzelfragen mit der DDR gestimmt; ihr wäre ein Übergewicht zugefallen, das zwangsläufig mit einer Wiedervereinigung unter Hammer und Sichel hätte enden müssen."

Gewiß distanzierte sich die SPD mit Wehners Rede im Bundestag am 6. Juni 1960 bereits wieder von ihrem Deutschland-Plan, aber rückblickend ist nicht zu verkennen, daß sie an seinen wesentlichen Elementen festhielt und diese nach der Regierungsübernahme nach Kräften in die Tat umzusetzen suchte. Sie unterstützte den Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Europa, beteiligte sich an dem auf ihn zurückgehenden „Kampf dem Atomtod", eine Demonstration, die sich nur gegen den Westen richtete, trug wesentlich zur Verwirklichung des Moskauer KSZE-Vorhabens bei, ebnete der DDR den Weg bis in die Vereinten Nationen und zementierte de facto die Anerkennung der Teilung Deutschlands einschließlich des Verzichts auf annektierte deutsche Gebiete, obwohl die Grenzregelung einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben sollte.

SPD-Geheimpolitik in Rom

In einem „Spiegel"-Interview[6]) sprach Brandt Anfang 1976 von „interessanten Entwicklungen in der kommunistischen Welt", wobei er sich besonders auf die KPI bezog. Die SPD sei dazu da, sich in der Welt umzusehen und sich darüber zu informieren, was in den Parteien Süd- und Westeuropas vor sich gehe. Das habe im Laufe der Jahre dazu geführt,

„daß man ohne Aufnahme offizieller Parteikontakte sich in dem einen oder anderen Land ohne Verwischung von Gegensätzen umgeschaut und dafür interessiert hat: Was denken Kommunisten in Ländern, in denen sie stark sind?"

Das ist eine Verwischung der historischen Fakten, denn 1967/68 ging es in Rom um erheblich mehr als um Informationskontakte; sie waren überdies auch durchaus nicht inoffiziell. Aber wenn sie „ohne Verwischung von Gegensätzen" abliefen, muß die SPD sich an ihrem Ergebnis messen lassen. Eingeleitet wurde die Verbin-

[6]) Veröffentlicht am 26. 1. 1976

dung zur KPI betont konspirativ: ohne vorherige Unterrichtung des Bundeskanzlers Kiesinger, ohne der Öffentlichkeit Kenntnis von den Fakten zu geben — ein Verfahren, das der frühere Kanzleramtsminister Horst Ehmke auch im März 1976 beibehielt, als er sich in Rom mit Sergio Segre und mit Vadim Sagradin in Moskau traf: das sei „nichts Besonderes, das ist doch ganz normal", meinte er, doch hütete er den Vorgang wie ein Parteigeheimnis.

Wer die Hintergründe des ersten Treffens ausleuchtet und mit der späteren Politik der liberal-sozialen Koalition vergleicht, kommt zu dem Ergebnis, daß hier die Rahmenrichtlinien für ihre Ost- und Deutschlandpolitik ausgehandelt wurden. Das sollten am wenigsten diejenigen mit einem Nebelschleier umgeben, die „mehr Demokratie" versprachen, sogar verkündeten, daß mit ihrer Regierungsübernahme 1969 die Demokratie erst richtig verwirklicht werde. Schließlich betrafen die Ost- und Deutschlandverträge nationale Schicksalsfragen, von denen das ganze Volk berührt wurde und mit denen es jetzt zu leben gezwungen ist.

Die erreichbaren Daten hat Heinz Timmermann zusammengetragen [7]). Danach gaben den Anstoß zu den Begegnungen die italienischen Kommunisten, die sich durch die ostpolitische Kursänderung der Regierung Kiesinger-Brandt und die Karlsbader Konferenz von 24 kommunistischen Parteien im April 1967 einen Kooperationserfolg mit der SPD versprachen. Die KPI diffamierte den „Bonner Staat, in dem das Steuerrad der Regierung in die Hände der revanchistischen und militärischen Kräfte gelangte", als „Hauptstütze der Globalstrategie der USA in Europa", der die „Rolle eines vorgeschobenen antikommunistischen Bollwerks zugewiesen" worden sei. Von ihm gehe die Gefahr eines Krieges aus, er sei Träger der „aggressiven Konzeption des Kalten Krieges"; sie sei in eine Krise geraten und eröffne den „demokratischen und fortschrittlichen Kräften Westdeutschlands" neue Möglichkeiten.

Das war der „Wink mit dem Zaunpfahl", allerdings verbunden mit der Unterstellung, daß nichts darauf hinweise, daß die Große Koalition „von den imperialistischen Zielen ihrer Vorgänger Ab-

[7]) Osteuropa, Juni 1971

stand nehme. Immerhin träten neue und positive Tendenzen „in der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung zutage, die sich in einigen Ländern Westeuropas für internationale Entspannung und das Zusammenwirken mit den Kommunisten aussprechen... Die gemeinsame Aktion von Kommunisten, Sozialisten und Gläubigen für die Sache der Sicherheit in Europa kann ein wichtiger Faktor des Friedens auf unserem Kontinent werden." Dafür und damit für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurden u. a. folgende Vorbedingungen genannt:

— Anerkennung des Status quo, „insbesondere der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten";
— Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten;
— Abschluß von Gewaltverzichtsverträgen;
— Normalisierung der Beziehungen u. a. zwischen „der besonderen politischen Einheit Westberlin" und der DDR;
— Unterstützung des „Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik für das Verbot neonazistischer Organisationen und jeglicher revanchistischer Propaganda, für den Verzicht auf die Notstandsgesetze... und für die Legalisierung der Kommunistischen Parteien Deutschlands."

Die Resolution unterzeichnete nicht nur die KPI, sondern auch die SED, die SEW und die KPD, die gemeinsam mit den übrigen zwanzig Unterzeichnern zur Bildung einer Volksfront aufriefen. Gewerkschaften und die christlichen Konfessionen wurden ebenso angesprochen wie die junge Generation und die Frauen, in erster Linie aber die „sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien". Sie besäßen in der europäischen Arbeiterklasse großen Einfluß, und die Erfahrung von Jahrzehnten habe bewiesen,

> „daß die gemeinsame Aktion von Kommunisten und Sozialisten der Arbeiterklasse gestattet, einen entscheidenden Einfluß auf das politische Leben auszuüben."

Nach Gesprächen des außenpolitischen Redakteurs des KPI-Organs „L'Unita", Alberto Jacoviello, in Bonn u. a. mit dem Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Günter Markscheffel, und dem

„stern"-Redakteur Leo Bauer, Altkommunist und nachmaliger Berater Willy Brandts, reiste dieser im Oktober 1967 mit Zustimmung Brandts und Wehners nach Rom, um die Tragfähigkeit der neuen Kontakte zu prüfen. Als Erläuterung schreibt Timmermann:

> „Der ehemalige Spanienkämpfer Bauer erschien der SPD-Führung für diese Mission auch deshalb besonders geeignet, weil er als politischer Emigrant zu Beginn des Zweiten Weltkrieges den KPI-Chef Longo in einem Pariser Internierungslager kennengelernt hatte."

Um dem Vorwurf einer Vertretung von Volksfronttendenzen zu begegnen, erläuterte Bauer [8]):

> „Die Begegnung von Rom zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten diente ausschließlich dem Zweck der exakten Information und der klaren Interpretation der SPD-Politik und der Politik der sozialdemokratischen Minister innerhalb der Bundesregierung."

Tatsächlich diente sie auch der Erkundung der Prämissen, die seitens der Kommunisten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ostblockstaaten aufgestellt wurden. An diesen Aktionen beteiligten sich im November 1967 neben Bauer auch der nachmalige Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, und der SPD-Informationsdirektor Fried Wesemann, denen sich im März 1968 noch Egon Bahr hinzugesellte; auf der anderen Seite saßen Carlo Galluzzi als Chef der ZK-Sektion für internationale Politik und Enrico Berlinguer als stellvertretender Parteichef; in der Schlußphase schaltete sich Parteichef Longo ein.

Die KPI legte den Sozialdemokraten zwar nicht alle Punkte der Karlsbader Beschlüsse zur Annahme vor, als Hauptforderung aber doch die Wiederzulassung der KPD, die dann auch nach der Buchstabenumstellung in DKP erfolgte. Im Februar 1968 fand sich eine SED-Delegation unter Führung des für Westpropaganda zuständigen ZK-Mitglieds Paul Verner in Rom ein, so daß aus dem Dialog ein Gespräch zu Dreien wurde: KPI, SPD und SED. Hier wurden nicht einfach Informationsgespräche, sondern wie MdB Dr. Walter Becher feststellt [9]),

[8]) Frankfurter Rundschau, 5. 4. 1968
[9]) Die Welt, 6. 2. 1976

„entscheidende Kontaktverhandlungen geführt, die mit der Wiederzulassung der KPD, der Aufwertung der Zone zum ‚zweiten deutschen Staat' und der faktischen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Ostverträge schufen."

Das heißt: in Rom wurde der Grundstein für die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition gelegt. Mit Recht forderten die MdB Dr. Becher und Dr. Richard Jaeger die Offenlegung der damaligen Verhandlungen, doch antwortete ihnen Egon Franke, die Gespräche seien ein interner Vorgang seiner Partei gewesen. Das enthüllt den konspirativen Charakter einer Politik mit weitreichenden Auswirkungen für das gesamte Volk, dem die Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge vorenthalten wird. So sieht die Einlösung des Versprechens aus, die Sozialdemokraten wollten die Politik transparenter machen.

Tendenzwende in Richtung Ost

Was sich hier abzeichnete, war keineswegs, wie Brandt zu suggerieren versuchte, eine Fortsetzung und Ergänzung der Adenauerschen Außenpolitik, sondern eine radikale Umkehr der bisherigen Ost- und Deutschlandpolitik. In Artikel 7 des Deutschlandvertrages, der das Besatzungsregime beendete, wurde die Wiedervereinigung Deutschlands mit westlichem Vorzeichen als gemeinsames Ziel der Vertragspartner festgeschrieben als „frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland"; bis dahin sollte auch „die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands" aufgeschoben werden. Darüber hinaus verpflichteten sich die drei Westmächte, die Bundesrepublik Deutschland in allen Fragen zu konsultieren, „welche die Ausübung ihrer Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes berühren". Damit wurden die Vorbehaltsrechte aus Artikel 2, die die Bundesregierung lediglich zur Kenntnis nahm, kompensiert und die drei Mächte in deren Ausübung gebunden.

Mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion konnte Adenauer auch weiterhin die deutsche Frage offenhalten. In seinem Vorbehaltsschreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin vom 13. September 1955 betonte er, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeute keine Änderung des

Rechtsstandpunktes der Bundesregierung und stelle „keine Anerkennung des derzeitigen beiderseitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten". Adenauer wußte um das Gewicht vertragsrechtlicher Klauseln ebenso wie die Sowjetregierung, die deshalb auch mit dem von Willy Brandt unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970 den gesamtdeutschen Vorbehalt aus den Angeln hob. Die Präambel nimmt nämlich nur auf die „verwirklichten" Maßnahmen Bezug, verwirklicht wurden aus dem Vertrag von 1955 nur der Austausch von Botschaftern und die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen. Die nun gefundene Formulierung schließt eine Beziehung auf den Briefwechsel zwischen Adenauer und Bulganin aus.
Zwar heißt es in Artikel 9 des Grundvertrages wie in Artikel 4 des Moskauer und des Warschauer Vertrages, daß sie alle „nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen" berühren. Aber die Vertragsparteien sind auch weiterhin in der Lage, Rechtspositionen zu verfolgen, die „geeignet sind, den durch die Verträge anvisierten ‚Entspannungsprozeß' auf der Grundlage der bestehenden Lage in Frage zu stellen. Von hierher rührt die oft konstatierte Doppelbödigkeit und Unehrlichkeit der von der sozialliberalen Regierung in ihrer Ostpolitik angewandten Methode." [10])
Die Unberührbarkeitsklausel hindert zudem die kommunistischen Staaten nicht an der Feststellung, daß die von der Regierung Brandt/Scheel geschlossenen Verträge neues Recht setzten; sollten sie mit früheren Vereinbarungen nicht übereinstimmen, würde ein Rückgriff auf sie nach deren Meinung gegen Treu und Glauben verstoßen. Mit dem Verzicht auf die Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten aus dem Deutschlandvertrag hat die Bundesregierung die Westmächte aus ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes entlassen und zugleich Moskau wie Ostberlin die Handhabe geboten, auf ihre Maximalforderungen zurückzugreifen. Ohne Zwang und ohne Gegenleistung hat sie rechtlich die deutschland-

[10]) Gutachten Prof. Blumenwitz zur KSZE.

politischen Positionen aufgegeben und zumindest formal „den Rubikon überschritten und damit die Positionen in Fluß gebracht".[11]) Das ist das Ergebnis einer sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik, die wegwerfend von „juristischem Formelkram" spricht und dennoch den Mut aufbringt, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, sie sei die Vollstreckerin der Adenauerschen Außenpolitik.

[11]) Blumenwitz a.a.O.

Die Mißachtung des Gewichts vertragsrechtlicher Formeln und Begriffe kam deutlich um Ausdruck, als Brandt nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages auf der Pressekonferenz in Bonn am 14. August 1970 sagte [1]), die Behauptung, daß mit dem Vertrag der sowjetische Machtbereich garantiert würde, sei Unsinn: „Die Sowjetunion ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, auch ohne Vertrag mit uns oder anderen in der Lage, ihre Machtpositionen zu sichern." Selbstverständlich ist sie das, doch kann das kein Anlaß sein, auf Rechtspositionen zu verzichten und sie ohne Gegenleistung als „juristischen Formelkram" abzutun; Brandt beugte sich damit dem zerstörerischen Prinzip, daß Macht an die Stelle von Recht tritt.

Auch trog die Hoffnung auf Normalisierung und Entspannung, die Querelen nahmen im Gegenteil zu. Moskaus Westpolitik verhärtete sich mehr und mehr, wie unschwer an der Renitenz bei SALT, den Truppenreduzierungsverhandlungen oder der restriktiven Anwendung des Viermächteabkommens über Berlin abzulesen ist. Das entspricht zwar der sowjetischen Strategie, aber die Bundesregierung hat ihr Handlangerdienste dadurch geleistet, daß sie nicht solange verhandelte, bis allseitige Klarheit in der Interpretation aller Begriffe bestand. In der Bundestagsdebatte zur KSZE am 25. Juli 1975 wies Franz Josef Strauß auf Auslegungsschwierigkeiten bei Verträgen hin, die es immer gebe; es frage sich aber, „ob der Dissens, die Doppelbedeutung, die gegensätzliche Auslegung schon als Mittel der Vertragsformulierung auf beiden Seiten benutzt wird."

„Sozialistisches" Völkerrecht

Vor allem trifft das auf die sowjetische Seite zu, denn nach ihrer Doktrin sind Gesetze und Normen des Rechts „den Gesetzen des Klassenkampfes, den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung untergeordnet" [2]). Rechtsstaat gilt als „antiwissenschaftlicher Be-

[1]) Der Vertrag vom 12. 8. 1970. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

[2]) Der stellvertr. sowjetische Außenminister Kowaljow in der „Prawda" vom 26. 9. 1968

griff" [3]), weil seine Theorie „den Vorrang des Rechts vor dem Staat geltend macht" und sich damit „entschieden gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse" richte. Das „sozialistische Recht ist hingegen dazu bestimmt, „dem Kampf gegen die Feinde des Sozialismus und dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu dienen" [4]); die „sozialistische Gesetzlichkeit ist eine der Methoden zur Erfüllung der Aufgaben der Diktatur der Arbeiterklasse" [5]).
Diese Rechtsauffassung steht in diametralem Gegensatz zu der der Demokratien und führt zwangsläufig dazu, daß sich auch die sowjetische Völkerrechtslehre nicht mit den allgemeinen Normen des Völkerrechts deckt; letztere werden den speziellen Interessen der sozialistischen Staaten untergeordnet. Damit fehlt es an einem normativen Fundament, auf dem ein für alle Staaten verbindliches Völkerrecht, wenn es funktionieren soll, ruhen muß. Das macht die Präambel zur Schlußakte der KSZE zu einer verlogenen Farce, in der von einer „gemeinsamen Geschichte" und davon ausgegangen wird, daß „die vorhandenen gemeinsamen Elemente ihrer Traditionen und Werte bei der Entwicklung ihrer Beziehungen dienlich sein können." Gemeinsame Werte gibt es zwischen sozialistischen und demokratischen Staaten nicht, sie werden von den Kommunisten nachdrücklich geleugnet. Die im Westen vertretene Theorie vom Primat des Völkerrechts gegenüber dem innerstaatlichen Recht gilt ihnen als

> „Ausdruck der Bestrebungen der imperialistischen Kreise der Weltherrschaft; allein das Sowjetrecht entspricht in vollem Maße den Belangen der friedlichen internationalen Zusammenarbeit, die die Grundlage des modernen Völkerrechts bildet. Die Grundsätze des sozialistischen innerstaatlichen Rechts widersprechen darum keineswegs den demokratischen Prinzipien des Völkerrechts, sondern sie sichern gerade die folgerichtige Anwendung und Einhaltung dieser Prinzipien." [6])

[3]) Juristisches Wörterbuch, Moskau 1956
[4]) A. J. Wyschinsky: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht. Ostberlin 1953
[5]) Studenikin, Wlassow, Jewtichijew: Sowjetisches Verwaltungsrecht, Ostberlin 1954
[6]) Völkerrecht. Lehrbuch der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Berlin 1960. Siehe auch die beiden nächsten Zitate.

Unter solchen Aspekten müssen Zweifel angemeldet werden, ob die Sowjets sich wirklich an das Prinzip des „Pacta sunt servanda" halten, das sie als das „allerwichtigste Prinzip des Völkerrechts" deklarieren, ohne dessen Befolgung „die Zusammenarbeit der Völker und auch das Völkerrecht selbst undenkbar" seien. Aber der Grundsatz wird von ihnen eingeschränkt, denn er erstreckt sich „keineswegs auf aufgezwungene, räuberische und versklavende Verträge", die vom Völkerrecht nicht in Schutz genommen würden. Welche Abkommen als solche zu interpretieren sind, bestimmt Moskau nach der Doktrin des Marxismus-Leninismus; stimmen sie mit ihr überein, wird ihnen Rechtskraft verliehen, andernfalls sind sie für sozialistische Staaten ungültig.

Diese Einstellung läuft allerdings

> „weder auf eine wahllose Ablehnung aller Normen des Völkerrechts noch zur Anwendung ihrer aller ohne Ausnahme heraus. Die UdSSR geht in dieser Frage ausnahmslos nur von den Interessen der Gewährleistung der eigenen Sicherheit und von den Interessen der Gewährleistung des internationalen Friedens sowohl auf dem Gebiet der politischen als auch der wirtschaftlichen Beziehungen aus. Diejenigen Institute des Völkerrechts, welche die Erfüllung der oben genannten Aufgaben erleichtern, werden von der UdSSR anerkannt und angewandt, diejenigen, die, in welchem Maße auch immer, diesen Zielen widersprechen, werden von ihr abgelehnt".[7])

Sie werden abgelehnt, weil eine „abstrakte dogmatische Auffassung" des Prinzips „Pacta sunt servanda" den Weg „zu jeder weiteren Entwicklung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen versperren" würde. Die willkürliche Aufhebung von Verträgen gilt als unzulässig, aber nicht jede Aufhebung „ist von sich aus ... willkürlich, d. h. nicht rechtmäßig". Demnach gibt es keine vorbehaltlose Bindung an abgeschlossene Verträge, im Gegenteil:

> „Einen anderen Charakter müssen unvermeidlich die völkerrechtlichen Vereinbarungen der UdSSR mit den Staaten des kapitalistischen Systems besitzen in Anbetracht dessen, daß der wesentliche Inhalt der völkerrechtlichen Beziehungen durch den Kampf zweier Systeme bestimmt wird."[8])

[7]) Koshenznikow: Hilfslehrbuch des Völkerrechts. Moskau 1947

[8]) Rappaport: Das Wesen des modernen Völkerrechts. In Sowjetstaat und Recht, Nr. 5/6 1940

Alle Abkommen mit kommunistischen Staaten segeln unter falscher Flagge, wenn sie unter der Parole Frieden und Zusammenarbeit geschlossen werden; sie implizieren stets einen Kampfauftrag mit dem Ziel kommunistischer Machtausweitung. Es trifft daher zu, daß

> „eine Macht, die die Welt beherrschen will, sich nicht in diesen Kreis souveräner und gleichberechtigter Staaten (die bisherige Völkergemeinschaft) einfügen läßt. Eine Macht, die einen Sendungsglauben zur Weltbeherrschung zu haben glaubt, fühlt sich keiner allgemeinen Völkerrechtsgemeinschaft zugehörig". [9])

Die sowjetische Lehre unterscheidet zwischen „kapitalistischem" und „sozialistischem" Völkerrecht, die in Wettstreit miteinander leben. Nicht Kooperation und Ausgleich liegt den mit Kommunisten abgeschlossenen Verträgen zugrunde, sondern Sieg oder Niederlage der unterschiedlichen Systeme. Tunkin [10]) deutet die tarnende Taktik an, wenn er schreibt, daß sich die Grundsätze des „sozialistischen Völkerrechts", die den gleichen Namen haben wie die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts, „grundlegend" von ihnen unterscheiden:

> „Sie haben einen anderen Inhalt als diese: teilweise ändern sich die Verhaltensregeln selbst, die ein Teil des Inhalts der Norm sind, und besonders ändert sich die Zielsetzung der Norm ... Im ganzen handelt es sich nicht mehr um allgemeine demokratische Grundsätze, sondern um völlig verschiedene sozialistische Völkerrechtsgrundsätze, die zu einem neuen, höheren Völkerrechtstyp, dem sozialistischen Völkerrecht, gehören."

Eingeschränkte Vertragswirksamkeit

Die Doppeldeutigkeit der Begriffe baut in Verträge mit sozialistischen Staaten automatisch einen Konfliktstoff ein, der Spannungen erzeugt statt sie zu lösen. Wenn die sozial-liberale Koalition als ersten Schritt ihrer „neuen Ostpolitik" dennoch den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 als bedeutsamen Entspannungsschritt hochstilisierte, war es eine Täuschung der Öffentlichkeit, als sie im Frühjahr 1970 auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion antwortete, sie wolle mit der Sowjetunion Gewaltverzichtserklä-

[9]) Erich Kordt in: Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 1/1957
[10]) Blumenwitz a.a.O.

rungen austauschen, um ein „ausgewogenes gegenseitiges Verhältnis mit wachsendem Vertrauen auf beiden Seiten herzustellen". Da ein offener oder versteckter Dissens das Verhältnis belasten müsse, komme es darauf an, über den Inhalt der Begriffe volle Klarheit herzustellen.

Eben das hat sie nicht getan, so daß eine polnische Stimme mit der Voraussage recht behielt, die sie vor Ratifizierung des Vertrages abgab[11]):

> „Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann vorausgesagt werden, daß die Regierung von Bundeskanzler Brandt und Vizekanzler Scheel unter dem Druck der Opposition und in Übereinstimmung mit der politischen Philosophie, die wir nicht teilen, versuchen wird, die Verträge auf ihre Weise zu interpretieren. Der Kampf um die eindeutige Auslegung dieser Verträge wird das nächste Stadium des diplomatischen Ringens in Europa sein."

Entgegen der ursprünglichen Behauptung der Bundesregierung haben die Verträge einen doppelten Boden, einen demokratischen und einen kommunistischen, anders ausgedrückt: einen des allgemeinen und einen des „sozialistischen" Völkerrechts. Das ist die Quintessenz monatelanger Verhandlungen, die um so bedrükkender ist, als der Gegenspieler sein Ziel erreichte, nämlich die Preisgabe bisheriger deutscher Positionen.

MdB Dr. Mertes[12]) wies darauf hin, daß die UdSSR dabei nicht mit gezinkten Karten spielte, sondern schon während der Verhandlungen ihre eigenen Interpretationen klarmachte. Sie sei eine Macht, „die die vitalen Interessen unseres Volkes mißachtet und verletzt. Aber eines können Sie ihr nicht vorwerfen: daß sie ihre strategischen Ziele und das, was sie auf dem Wege zu diesen Zielen will, nicht mit aller Deutlichkeit sagt". Es wäre aufrichtiger gewesen, dieses oder jenes Element der Spannung in Kauf zu nehmen,

> „als daß wir eine Pseudoentspannung auf solchen unklaren Begriffen aufbauen, die dann zu einem Streit zwischen einem Mächtigen und einem Schwachen führen müssen, den wir dann nicht bestehen können."

Mit einer solchen, den Realitäten und unseren Interessen entsprechenden Politik hätte es allerdings keinen Friedensnobelpreis ge-

[11]) Zitiert von MdB Dr. Mertes im Bundestag am 17. 10. 1974
[12]) a.a.O.

geben. Die Sowjetunion lobte den Kurs Brandts als friedensfördernd und diffamierte den Kiesingers als aggressiv, obwohl Brandt behauptete, er setze die Außenpolitik der Großen Koalition fort. In dieser Akzentsetzung liegt „die Grenze, wo die Gemeinsamkeit der heutigen Bundesregierung und den sie tragenden Kräften leider verlassen worden ist." [13]) Ursache ist nicht allein die illusionäre Vorstellung, durch Wohlverhalten Wohlwollen einhandeln zu können, sondern die — bewußte oder unbewußte — Außerachtlassung der langfristigen sowjetischen Zielkonzeption. Deshalb sollten wir endlich, wie Strauß sagte,

> „mit dem Aberglauben aufhören, daß die Sowjetunion, mit der wir gute Zusammenarbeit wünschen, aber auf der Basis ehrlicher, klarer, durchsichtiger Formulierungen und nicht doppeldeutiger Phraseologien, etwa die Verfolgung ihrer machtpolitischen Ziele imperialer Expansion und weltrevolutionärer Durchsetzung nunmehr aufgegeben habe."

Eine solche Äußerung wird als Antikommunismus rubriziert, den Brandt inzwischen als „sterilen" hochstilisierte und damit einmal mehr den Sowjets einen Gefallen tat.

Die Kritik an und die Vorbehalte gegenüber den Ostverträgen haben der Opposition den Vorwurf eingetragen, sie wolle bzw. könne angesichts ihrer Haltung überhaupt keine Vereinbarungen mit den sozialistischen Staaten treffen. Zweifellos ist es infolge der gegensätzlichen Positionen in Völkerrechtsfragen schwierig, wirksame und reibungslos funktionierende Abkommen zu schließen. Aber es gibt auf zahlreichen begrenzten, klar umrissenen Gebieten Interessensübereinstimmungen, die Verträge ermöglichen, nur sollten wir uns hüten vor „zwei Fehlhaltungen: die Marge der Interessensübereinstimmung zu unterschätzen und in einem total negativen Verhältnis zur Sowjetunion zu stehen." [14]) Die andere Gefahr ist die Überschätzung des Ausmaßes der Interessensübereinstimmung, die angesichts der sowjetischen Zielprojektion dazu führen muß, daß die deutschen Belange in den Hintergrund gedrängt werden. Ein solcher Verdacht muß aufkommen, wenn der SPD-MdB Mattick fragt:

[13]) Strauß am 24. 2. 1972 im Bundestag zu den Ostverträgen
[14]) Dr. Mertes a.a.O.

> „Können wir die Interessen unseres Volkes wahrnehmen, ohne die Interessenlage des Partners im wesentlichen zu berücksichtigen? Können wir von der Bundesregierung eine Außen- und Sicherheitspolitik fordern, die die eigenen Interessen höher stellt als das Interesse aller Völker, den Frieden zu erhalten?“ [15])

Seine eigene Interessenlage hat der „Partner“ immer wieder dargelegt, und wenn wir sie „im wesentlichen“ berücksichtigen wollen, dann heißt das, ihr nachzugeben und Deutschland auf den Weg des Kommunismus zu drängen. Sie soll das sozialistische Lager so verstärken, daß es entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung in den westlichen Demokratien nehmen kann. Der Chefredakteur der internationalen Zeitschrift der Kommunistischen Parteien, „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Konstantin Sarodow, erinnerte die Kommunisten daran, daß sie ihre „Hegemonie“ und die „Diktatur des Proletariats“ auch dann errichten müßten, wenn es erforderlich sei, „den Widerstand der Reaktion durch Gewalt“ niederzuschlagen und sie nicht über eine „arithmetische Mehrheit“ verfügten.[16]) Das Mitglied des Politbüros der bulgarischen KP, Frau Zola Dragoitschewa, konstatierte:

> „Die Hauptsache besteht darin, ein echtes Übergewicht der revolutionären Kräfte über den Klassenfeind herzustellen und eine solche politische revolutionäre Mehrheit zu sichern, die es ermöglicht, die Kardinalfrage des Klassenkampfes zu lösen, nämlich die der Macht.“ [17])

Will Mattick, daß wir diese Interessenlage „im wesentlichen“ berücksichtigen, wenn es darum geht, Verträge mit kommunistischen Staaten zu schließen? Daran muß jede gemeinsame Plattform einer deutschen Außenpolitik zerbrechen, die in erster Linie die eigenen Interessen und nicht die des „Partners“ zu vertreten hat — vor allem dann, wenn dieser nicht primär an einer globalen Friedenssicherung, sondern an der eigenen Machtausdehnung interessiert ist.

Weichensteller Egon Bahr

Auch die Regierungen vor der Großen Koalition haben Verträge mit den Ostblockstaaten abgeschlossen, Adenauer hat eine auf

[15]) Im Bundestag am 17. 10. 1974
[16]) Prawda vom 8. 8. 1975
[17]) Nowoje Wrennya vom 8. 8. 1975

Friedenssicherung gerichtete Gewaltverzichtserklärung angeboten, die Bundesregierung Erhard bot in ihrer Friedensnote vom 25. März 1966 an,

„auch mit den Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und jedes anderen osteuropäischen Staates, der dies wünscht, förmliche Erklärungen auszutauschen, in denen jede Seite gegenüber dem anderen Volk auf Anwendung von Gewalt zur Regelung internationaler Streitfragen verzichtet".

Aber diese Konzeptionen wahrten die deutsche Position, die von der von den Siegermächten geschaffenen Rechtslage ausging, daß nämlich

„die Regelung der Grenzfragen nach den alliierten Vereinbarungen des Jahres 1945 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland aufgeschoben ist und daß Deutschland völkerrechtlich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, solange nicht eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt."

Für die Wiedervereinigung wolle das deutsche Volk auch Opfer auf sich nehmen und diese Aufgabe nur mit friedlichen Mitteln lösen.

Die Sowjetunion ging auf die Vorschläge nicht ein, weil sie zuerst die deutschen Vorbehaltsrechte beseitigt wissen wollte, um ihren durch Vertragsbruch zustande gekommenen Besitzstand auf Kosten Deutschlands stabilisieren zu können. Schon hieran wird deutlich, daß die Brandt-Bahrsche Ostpolitik alles andere als eine Fortsetzung der Adenauerschen Außenpolitik ist. Richtig war die Erkenntnis, daß jede Ostpolitik über Moskau gehen mußte, wenn sie ein Ergebnis zeitigen sollte. Spätestens nach Verkündung der Breschnew-Doktrin von der eingeschränkten Souveränität sozialistischer Staaten, die ihnen die Vertretung nationaler Sonderinteressen untersagt, wenn diese nicht mit den sowjetischen Interessen übereinstimmen, war klar, daß politische Abkommen mit den Teilnehmern des Warschauer Paktes der Zustimmung Moskaus bedurften.

Nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei hob Außenminister Gromyko die Doktrin auf die völkerrechtliche Ebene, als er den Überfall am 3. Oktober 1968 vor der UN-Vollversammlung „rechtfertigte". Danach ist das sozialistische Lager ein in sich ge-

schlossener Interessen- und Rechtsverband, der den üblichen Regeln des internationalen Verkehrs nicht unterliegt. Im Falle der Tschechoslowakei habe es sich um Maßnahmen zur Selbstverteidigung der sozialistischen Länder gegen „imperialistische Intrigen“ gehandelt. Daher halte die Sowjetunion es für angezeigt, „vor diesem Forum festzustellen, daß die sozialistischen Staaten keine Situation zulassen können und werden, welche die vitalen Interessen des Sozialismus beeinträchtigen und die Unverletzbarkeit der Grenzen des sozialistischen Commonwealth und damit die Grundlagen des internationalen Friedens gefährdet“. Damit wurde der hegemoniale Machtanspruch Moskaus über seine Satelliten festgeschrieben, den keine Politik eines anderen Landes beiseiteschieben konnte, die Kontakte mit einem der sozialistischen Staaten anstrebte.

So angebracht der ostpolitische Weg über die Sowjetunion war, mußte er schwerste Bedenken auslösen wegen der Person des deutschen Unterhändlers, der dubiosen Verhandlungsprämissen und des darob fehlenden Konsensus unter allen Parteien. Egon Bahr, von Haus aus Journalist, verhandelte streckenweise ohne Unterstützung durch Staats- und Völkerrechtler und ohne eigenen Protokollführer mit dem erfahrensten und am längsten amtierenden Außenminister der Welt, Andrej Gromyko. Er ist nach Tschitscherin, Litwinow und Molotow erst der vierte sowjetische Außenminister: ein Zeichen für die Kontinuität der Moskauer Außenpolitik. Das Ergebnis schlug sich im sogenannten Bahr-Papier nieder, von dem der Bundesaußenminister in einer Debatte im Frühjahr 1970 behauptete, es gebe kein solches Papier, sondern nur unverbindliche Protokollnotizen. Später wurde seine Existenz nicht nur zugegeben, sondern auch offiziell veröffentlicht.[18]) Daß damit die Vertrauensbasis zwischen den Fraktionen der Koalition und der Opposition zerstört werden mußte, liegt auf der Hand, zumal sich später zeigte, daß die ersten vier Punkte des Papiers wörtlich in den Vertrag eingegangen waren.

[18]) Enthalten in: Der Vertrag vom 12. 8. 1970. Hrsgg. vom Presse- u. Informationsamt der Bundesregierung, Seite 15—19

Was Willy Brandt mit seiner Unterschrift besiegelte, war eine Politik, für die er lediglich der „Stiefvater"[19]) war. Konzipiert hatte sie der Kommentator am amerikanischen Berlin-Sender Rias, Egon Bahr, den Brandt 1960 als Pressesprecher der Berliner Regierung engagierte und später als Sonderbotschafter, Staatssekretär und Bundesminister in Bonn installierte. 1963 umriß er bereits an der Evangelischen Akademie in Tutzing nach einer Rede Brandts die künftige Ostpolitik: Wiedervereinigung nur mit der Sowjetunion zu verwirklichen, im Vertrauen auf die eigene bessere Welt „sich selbst und die andere Seite öffnen", Änderungen und Veränderungen sind nur „ausgehend von dem z. Zt. dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar", die Hebung des Lebensstandards unter der Bevölkerung der DDR beschleunigen, damit deren Unzufriedenheit nachläßt: Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: „Wandel durch Annäherung". Zehn Jahre später wiederholte er an der gleichen Stelle seine Thesen — allerdings ohne das Ziel der Wiedervereinigung, die er bereits abgeschrieben hatte.

1972 veröffentlichte der amerikanische Professor Hahn in der Vierteljahresschrift „Orbis" den Inhalt eines Gesprächs, das er 1969 mit Egon Bahr geführt hatte. Auch dieser Aussage war das gleiche Schicksal beschieden wie dem Bahr-Papier: Inhalt und Existenz wurden zunächst geleugnet, bis Bahr später einräumte, daß er über seine „ostpolitischen Hintergedanken im entscheidenden Stadium nicht immer die volle Wahrheit gesagt" habe. Den Grund gibt er im Januar 1973 vor dem Bundestag zu: „Die Mehrheiten waren nicht so, daß sie es zugelassen hätten, die Wahrheit zu sagen." Nicht gesamtdeutsche Interessen hatten demnach für ihn das entscheidende Gewicht, sondern die Realisierung der von ihm selber entwickelten Ostpolitik. Hahn zeichnete die vier Stufen auf, die er erfuhr, als er im Auftrag der amerikanischen Regierung die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland zu erkunden hatte:[20])

1. Anerkennung der DDR;

[19]) Botschafter Helmut Allardt in: Bunte Illustrierte, Nr. 19/1976
[20]) Strauß in der Bundestagsdebatte am 9. 5. 1973

2. Gewaltverzichtsabkommen und diplomatische Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten;
3. Truppenabbau in Deutschland;
4. Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems mit Auflösung der NATO.

Brandt konterte am 5. April 1973 im Bundestag, er kenne den amerikanischen Wissenschaftler überhaupt nicht, während Hahn in einem Brief an Strauß erklärte, er sei bereits 1955 mit Brandt bekanntgemacht worden und habe sein letztes Gespräch mit ihm auf der deutsch-amerikanischen Konferenz in Bad Godesberg im Januar 1970 gehabt. Er warte in aller Ruhe auf ein Dementi von Bahr und sei jederzeit bereit, seine Veröffentlichung vor jedem Gremium der Öffentlichkeit oder auch vor jedem Gericht in Deutschland oder Amerika zu vertreten. Bahr dementierte nicht, die SPD-Fraktion reagierte empört: es gebe diesen Plan gar nicht, bis Horst Ehmke die Existenz zugab und überdies verteidigte mit der Feststellung, an dem Plan sei nichts Besonderes, in ihm komme nur der Weitblick Bahrs zum Ausdruck.

Etikettenschwindel mit Gewaltverzicht

Dieser rührenden Interpretation konnte Ehmke sich bedienen, weil die sozial-liberale Koalition sofort mit hektischer Betriebsamkeit daran ging, die Bahrschen Vorstellungen in die Tat umzusetzen, die genau dem entsprachen, was er in Tutzing und gegenüber Professor Hahn geäußert hatte. Er, nicht der zuständige Bundesaußenminister Scheel, führte die Verhandlungen mit der Sowjetregierung, die mit einem Gewaltverzichtsvertrag endeten. Artikel 2, der wörtlich mit dem Punkt 2 des Bahr-Papiers übereinstimmt, hat ihm den Namen gegeben: beide Staaten werden ihre Streitfragen „ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen gemäß Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten“.

In anderthalb Jahren war weggewischt worden, was die Sowjet-

regierung am 5. Juli 1968 auf den Vorschlag der Großen Koalition geantwortet hatte, ein Gewaltverzichtsabkommen zu vereinbaren. In ihrer Note hieß es,

> „daß die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion und jedes anderen Staates der Anti-Hitler-Koalition, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergeben, bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages durch nichts herabgemindert, abgeschwächt oder ersetzt werden können."

Die delikate Berufung auf einen Friedensvertrag und die Verpflichtungen der Anti-Hitler-Koalition erinnerten die Regierung Brandt/Scheel nachdrücklich an die Artikel 53 und 107 der UN-Charta, wonach die Siegermächte ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat Zwangsmaßnahmen ergreifen können „gegen irgendeinen feindlichen Staat im Sinne des Absatzes 2 dieses Artikels, wie sie im Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abkommens vorgesehen sind". Feindlicher Staat ist hiernach jeder, „der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatarstaates der vorliegenden Satzung gewesen ist".

Das ist die sogenannte Feindstaatenklausel, die bereits anwendbar ist, falls sich die „Wiederaufnahme einer Angriffspolitik" in der Bundesrepublik Deutschland abzeichnet. Diese vage Formulierung öffnet einer bewaffneten Intervention Tür und Tor, denn was als eine solche Politik einzustufen ist, bestimmt allein Moskau. Darüber hinaus heißt es in Artikel 3 des Moskauer Vertrages, „daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen in Europa antastet". Wenn diese Klausel nicht absichtlich gefunden wurde, stellt sie eine grandiose Leichtfertigkeit dar, denn unter „niemand" kann jede einzelne Person begriffen werden. Sie darf sich weder zum Status quo noch zur Grenzziehung in Europa oder zur Wiedervereinigung anders äußern, als es der Vertrag vorschreibt, und das heißt, daß die Regierung Brandt/Scheel den Sowjets das Recht zur innerdeutschen Willens- und Meinungsbildung eingeräumt hat. Die Proteste gegen soldatische oder Vertriebenenkundgebungen, die stets be-

gleitet sind von Schimpfkanonaden gegen „Revanchisten“ und „Militaristen“ und meistens mit der Forderung nach einem Verbot dieser Verbände enden, verdeutlichen, daß Moskau von seinem Einmischungsrecht fleißigen Gebrauch macht.

Wer annimmt, daß die Feindstaatenklausel mit dem Moskauer Vertrag ad acta gelegt worden sei, muß sich sagen lassen, daß sie nach Vertragsunterzeichnung sogar neu auflebte. In dem 1960 erschienenen sowjetischen „Wörterbuch der Diplomatie“[21]) wird Gewaltanwendung nur gerechtfertigt in Ausübung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung oder nach einem Beschluß des Sicherheitsrates im Interesse des internationalen Friedens und der Sicherheit. In der 1971, also ein Jahr nach Vertragsunterzeichnung erschienenen Auflage gilt als Ausnahme vom generellen Gewaltverbot auch die Gewaltanwendung „gegen ehemalige Feindstaaten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges zum Zwecke einer Verhütung des Wiederauflebens der Aggressionspolitik seitens dieser Staaten“. Das ist die fast wörtliche Übernahme der Formulierung aus der UN-Satzung, die zu eliminieren Bahr offensichtlich nicht einmal den Versuch unternommen hat.

Was er jedoch völlig — absichtlich oder mangels Kenntnis — verdrängt hat, ist die spezifische kommunistische Einstellung zur Gewaltanwendung, wenn es um die Durchsetzung des sozialistischen Systems geht. Schon im Abschnitt V des Parteiprogramms der KPdSU heißt es: „Der Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sieg der Revolution wird davon abhängen, inwiefern sie und ihre Partei es lernen, sich aller Formen des Kampfes zu bedienen, der friedlichen wie der nichtfriedlichen, der parlamentarischen wie der nichtparlamentarischen.“ Die Entscheidung über den Einsatz „nichtfriedlicher“, also gewaltsamer Mittel hängt demnach lediglich davon ab, wie der kommunistischen Revolution am günstigsten zum Sieg verholfen werden kann.

Waleri Jegorow[22]) schreibt denn auch, die sowjetische Außenpolitik stelle sich nicht das Ziel, „den Frieden um jeden Preis zu erhalten“, weil das den „klassenmäßigen Status quo in der Welt“ festigen und

[21]) Siehe Blumenwitz a.a.O.
[22]) Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß. Ostberlin 1972

„die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes hemmen“ würde. Daher könne friedliche Koexistenz auch „nicht absolut garantieren, daß keine bewaffneten Konflikte in diesem oder jenem Gebiet der Erde zwischen einzelnen kapitalistischen und sozialistischen Ländern entstehen.“ Wenn die Feinde des Sozialismus „die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu vereiteln“ suchen[23]), dann ist es die „internationale Pflicht der Kommunisten“, dagegen mit Waffengewalt vorzugehen.

Diese These hat die Sowjetunion auf den kommunistischen Allparteienkonferenzen zur internationalen Doktrin erhoben und sich in zwei Resolutionen bestätigen lassen: „Jede Partei arbeitet ihre Politik völlig selbständig aus, indem sie sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten läßt und die konkreten nationalen Bedingungen berücksichtigt. Sie bestimmt die Richtungen, die Formen und Methoden des Kampfes und wählt in Abhängigkeit von den jeweiligen Bedingungen den friedlichen oder nichtfriedlichen Weg des Übergangs zum Sozialismus.“ [24]) Für die innerdeutsche Situation, auf die noch zurückzukommen sein wird, sollte unterstrichen werden, daß das Dokument auch die Unterschrift der westdeutschen Kommunisten trägt und damit innerdeutsche Gewaltanwendung legitimiert, sobald sie die Bedingungen für einen Erfolg gekommen glauben.

Damit enthüllt sich der Gewaltverzicht als ebenso übler wie gefährlicher Etikettenschwindel, den Willy Brandt aus Traumtänzerei oder gezielter Absicht noch vertiefte. Er gab zwar zu[25]), daß es zwischen den beiden Gesellschaftssystemen auch weiterhin grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten geben werde, aber es gehöre „zu den Leistungen der Sowjetunion uns gegenüber, die insoweit nur sie allein erbringen konnte, daß für alle Streitfragen, welcher Art sie auch sein mögen, Gewalt und sogar Androhung von Gewalt ausscheiden. Ohne trügerische Hoffnung kann man feststellen, daß wir den Frieden etwas sicherer gemacht haben“. Das gerade Gegen-

[23]) Resolution der kommunistischen Allparteienkonferenz vom 17. 6. 1969
[24]) a.a.O.
[25]) Interview vom 14. 8. 1970

teil ist der Fall, denn wäre dem so, hätte Moskau den Feindstaatenartikel, die Passage im Programm der KPdSU und in der Resolution der Allparteienkonferenz annullieren müssen. So aber hat Brandt die Wachsamkeit gegenüber der kommunistischen Bedrohung eingeschläfert und den Einsatz für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Ordnung gelähmt.

Der Moskauer Vertrag war die eigentliche Grundlegung der „neuen Ostpolitik“, die nicht zur Annäherung und zum Ausgleich mit den Staaten des Warschauer Paktes führte, sondern zur Anpassung an die sowjetische Westpolitik und sich damit als Volksfrontpolitik in europäischem Rahmen decouvrierte. Die kommunistischen Maximalforderungen waren in der Resolution der von 24 kommunistischen Parteien beschickten Karlsbader Konferenz am 26. April 1967 niedergelegt und zu einem beträchtlichen Teil von Bahr erfüllt worden. Was fehlte, war die internationale Absicherung durch eine europäische Konferenz, die die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland im Bahr-Papier begrüßten mit der Zusicherung, sie würden „alles von ihnen Abhängende für ihre Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung tun“. Kernstück waren die Umwandlung der Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Deutschlands in eine Staatengrenze und die Festschreibung aller Grenzen in Europa. Mit diesem Komplex wurde der Gewaltverzicht gekoppelt, den Bahr damit in einen Grenzregelungsvertrag umfunktionierte.

Aus den Protokollnotizen über das Gespräch Bahr - Gromyko vom 30. Januar 1970 geht zudem hervor, daß Bahr die Bewegungsfreiheit der Bundesregierung einschränkte und sie in Zugzwang versetzte, als er Gromyko gegenüber erklärte:

> „Ich glaube, daß wir nicht weit auseinander sind. Der Bundeskanzler hat zu einem beachtlichen Teil den Erfolg seiner Regierung vom Erfolg dieser Gespräche abhängig gemacht.“ [1])

Wenn er dann noch hinzufügte, daß der Gewaltverzichtsvertrag ein anderes Wort für Grenzvertrag sei, dann mußte das Ergebnis auf Kosten der deutschen Positionen gehen. Hier wurde eine Volksfront praktiziert, deren Opfer die deutschen Interessen waren und die dem deutschen Volk durch die vernebelnde Phrase schmackhaft gemacht wurde, daß der Friede sicherer geworden sei.

1) Blumenwitz, a.a.O.

Daß der Moskauer Vertrag zur Drehscheibe der Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition wurde, erhellt aus dem fünften Punkt des Bahr-Papiers, wonach zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland „Einvernehmen" darüber besteht, daß die Verträge zwischen letzterer und den sozialistischen Staaten,

> „insbesondere die Abkommen (Verträge) mit der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ein einheitliches Ganzes bilden".

In Punkt 6 werden bereits die wesentlichen Elemente des am 21. Dezember 1972 abgeschlossenen Grundvertrages festgelegt, so daß sich beide Verträge überlagern. Die Folge ist, daß die DDR Rechte aus dem Grundvertrag und die Sowjetunion aus dem Moskauer Vertrag ableiten kann, wenn Fragen der Einheit der Nation, der friedlichen Grenzveränderung und der Viermächteverantwortung zur Debatte stehen. Dadurch hat

> „die UdSSR in den deutsch-deutschen Beziehungen nicht nur die Stellung eines Garanten fremder Rechte, sondern eigene Rechte erlangt und ist insbesondere nicht mehr auf das rechtlich zweifelhaft gewordene Viermächtestatut angewiesen. Bei der Auslegung des Grundvertrages — und besonders bei der Verwirklichung ihrer Deutschlandpolitischen Ziele — wird es die Bundesrepublik künftig nicht mehr mit einem ebenbürtigen, kräftemäßig etwa gleichrangigen Vertragspartner zu tun haben, sondern mit einer konzertierten Aktion des gesamten Ostblocks. Einen vergleichbaren Rückhalt kann die Bundesrepublik — zumindest was ihre Deutschlandkonzeption anbelangt — im westlichen Bündnis nicht aufweisen, da hier die Bündnispartner außerhalb des operativen Teils der Verträge stehen".[2])

Während sich die DDR des Rückhalts bei ihrem stärksten Bündnispartner versicherte, hat die Bundesregierung es versäumt, die Westmächte ebenso in die Rechte und Pflichten des Grundvertrages einzubinden. Das ist angesichts der Divergenzen zwischen dem „sozialistischen" und dem allgemeinen Völkerrecht, von besonderer politischer Bedeutung, denn wenn die eine Seite so mächtig ist,

> „daß sie ihre Interpretation politisch durchzusetzen imstande ist,

[2]) Dieter Blumenwitz: Die völkerrechtliche Bedeutung des Grundvertrages und seine Konsequenzen. Gutachten vom Dezember 1972

wird für die schwächere Seite die Grenze des tragbaren politischen Risikos, mit dem eine unklare oder mehrdeutige rechtliche Regelung oder Formulierung belastet sein mag, sehr viel rascher erreicht sein, als dies ansonsten der Fall sein mag".[3])

Alle Bundesregierungen vor 1969 haben an der Einheit Deutschlands festgehalten und aus dieser Position heraus außenpolitisch operiert. Ihre Stütze fanden sie durch den Deutschlandvertrag vom 5. Mai 1955, wonach sich die drei Westmächte angesichts der internationalen Lage die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung vorbehielten. Das war einerseits eine gravierende Einschränkung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, bot anderseits aber die Gewähr, daß sie in ihrer Deutschlandpolitik nicht alleine stand. Adenauer betonte am 7. April 1954 im Bundestag, daß es nur einen deutschen Staat gebe, gegeben habe und geben werde, und daß es einzig und allein die Organe der Bundesrepublik Deutschland seien, „die heute diesen niemals untergegangenen Staat vertreten".

Die Aufrechterhaltung der historischen Kontinuität war und ist Voraussetzung für das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, hatte aber auch zur Folge, daß sie keine völkerrechtlichen Verpflichtungen für ganz Deutschland eingehen und nicht einer Friedensregelung zustimmen konnte, die nicht durch das gesamte Volk bestätigt worden wäre. Auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 gaben die Westmächte eine entsprechende Erklärung ab und stellten so ein Junktim zwischen der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung her. Die Sowjetunion hat diese These seit jeher bekämpft und mit ihren Satelliten die Unterstellung kolportiert, damit würden unrechtmäßige Gebietsansprüche gestellt, die den Frieden gefährdeten. In Wahrheit nahmen der Moskauer und der Warschauer Vertrag mit Artikel 4 Bezug auf das Potsdamer Abkommen, in dem es heißt, daß Grenzfragen erst in einem Friedensvertrag geregelt werden sollten. Eben darauf haben sich frühere Regierungen berufen, und das hat mit

[3]) Steinberger: ZaöRV, Bd. 31, zitiert bei Blumenwitz a.a.O.

Gebietsansprüchen nichts zu tun. Die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und nach einem ordnungsgemäßen Vollzug mit völkerrechtlichem Charakter für Grenzänderungen kann keine friedensgefährdende Handlung sein, sondern stellt im Gegenteil ein Bekenntnis zum Völkerrecht als dauerhafter Friedensgrundlage dar.

Willy Brandt hingegen hat mit der Preisgabe der Einheit Deutschlands die sowjetische Politik vollzogen mit der Begründung, durch die Ost- und Deutschlandverträge sei lediglich der nicht zu ändernde Status quo anerkannt worden. Daraus zog er den Schluß in Übereinstimmung mit Moskau, daß er den Frieden sicherer gemacht habe. Wenn er einschränkend hinzufügt, die Verträge bedeuteten keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, dann ist das irrelevant, denn alle Staaten interpretieren sie als endgültige Teilungsdokumente, wie die Anerkennungswelle gezeigt hat. Für die kommunistischen Staaten[4]) ist die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in die UNO Beweis dafür, daß sie

> „den Weg der Anerkennung der Nachkriegsrealitäten Europas beschritten"

habe. Damit werde offen bestätigt,

> „daß es auf deutschem Boden zwei souveräne und gleichberechtigte, voneinander unabhängige Staaten gibt, deren Beziehungen auf den gleichen Prinzipien aufgebaut werden, wie es auch unter anderen Ländern der Fall ist".

Erster Takt: Abgrenzung

Das ist jedoch nicht die einzige Folge der „neuen Ostpolitik". Sie hat uns einer Doppelstrategie seitens der DDR ausgeliefert, die die Volksfront-Mentalität nur zu stärken vermag. Der eine Pol ist die radikale Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland, der andere die Integration der gesamten deutschen Geschichte in das Selbstverständnis der DDR. Auf das Potsdamer Abkommen, das die Viermächteverantwortung für ganz Deutschland festlegte, beruft sich die DDR nur in den Punkten, die ihr zum Vorteil gereichen,

4) Prawda, 22. 9. 1973

also selektiv. Für die DDR-Völkerrechtlerin Edith Oeser[5]) gibt es keine Viermächtekompetenz, diese Bestimmungen seien

> „überflüssig geworden durch die Existenz zweier souveräner Staaten und können auf jeden Fall, und das ist sehr wichtig festgehalten zu werden, nicht wieder aufleben".

Was bleibt, ist der Wille zur Abgrenzung, die Schritt für Schritt vollzogen wurde. 1974 strich die DDR aus ihrer Verfassung das Wort Deutschland und die Einheit der Nation und setzte an ihre Stelle die „die unverbrüchliche und ewige Bindung" an die Sowjetunion. Ein Jahr später bekräftigte sie die Klausel durch einen neuen Vertrag mit der Sowjetunion, der sie unbefristetes Besatzungsrecht in Mitteldeutschland einräumte und sich zum militärischen Beistand verpflichtete, wenn Moskau irgendwo auf der Welt in einen bewaffneten Konflikt verwickelt werden sollte. In dem im Mai 1976 verabschiedeten Grundsatzprogramm der SED wurde jeder Hinweis auf die Wiedervereinigung gestrichen, nicht aber das Wort „deutsch". Angestrebt wird die Bildung einer „sozialistischen deutschen Nation", auf ihrem Territorium sollen „sozialistisches Nationalbewußtsein" und eine „sozialistische Nationalkultur" wachsen, insgesamt also ein Staat deutscher Herkunft mit sozialistisch-kommunistischen Ordnungsnormen, die die Einheit des gesamten deutschen Volkes sprengen, das Selbstbestimmungsrecht auf klassenkämpferiche Elemente reduzieren und damit die Wiedervereinigung verbieten.

Seit Unterzeichnung des Vertrages zwischen der DDR und der UdSSR am 7. Oktober 1975 gibt es für die Kommunisten eine deutsche Frage nicht mehr, sie blieb im Vertragstext unerwähnt, weil sie

> „nicht mehr den Forderungen der Zeit, nicht mehr der Lage in Europa und nicht mehr den Haupttendenzen der internationalen Entwicklung"

entspreche.[6]) Die DDR erfüllt mit dem neuen SED-Programm die „Forderungen der Zeit", indem sie an die Stelle der nationalen Identität die ideologische Identität mit der Sowjetunion setzt mit dem vertraglich fixierten Ziel, die DDR „für immer und unwider-

[5]) DDR-Fernsehen, 29. 7. 1972

[6]) Gromyko vor dem Obersten Sowjet, Neues Deutschland vom 5. 12. 1975

ruflich“ mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu verbinden und einen „untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft“ werden zu lassen. Die nationale Legitimität wird durch die ideologische ersetzt und begründet einmal eine rigorose Abgrenzungspolitik, zum andern bietet sie die Chance für eine Volksfrontpolitik über die deutsch-deutsche Grenze hinweg, wobei der westliche Teil — nicht zuletzt durch eigenes Verschulden — im Nachteil ist.[7]) Als die beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden, hielt Bundesaußenminister Genscher an der Einheit der Nation und dem Ziel der Wiedervereinigung fest, während DDR-Außenminister Winzer erklärte:

> „Aus der Gegensätzlichkeit der gesellschaftlichen und politischen Ordnungen ergibt sich als zwingende Schlußfolgerung, daß zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinigung niemals möglich sein wird.“

In der UNO-Generaldebatte am 25. September 1974 präzisierte sein Nachfolger Oskar Fischer den Standpunkt mit den Worten:

> „Was die nationale Frage auf deutschem Boden betrifft, so hat hierüber die Geschichte längst entschieden. Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik hat in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes ein für allemal die sozialistische Gesellschaftsordnung gewählt. Heute existieren auf deutschem Boden ein sozialistischer Staat, die Deutsche Demokratische Republik, in dem sich die sozialistische Nation entwickelt, und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland, in der die kapitalistische Nation besteht. Zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten kann es nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz geben.“

Daß es sich trotz friedlicher Koexistenz um ein Freund-Feind-Konzept handelt, demonstrierte Erich Honecker auf der Insel Rügen vor NVA-Soldaten:

> „Es gibt die sozialistische DDR und die imperialistische BRD. In der Deutschen Demokratischen Republik, in der die Arbeiter und Bauern herrschen, entwickelt sich die sozialistische Nation. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Einheit und kann

[7]) Dazu die ausgezeichnete Analyse der Konsequenzen von Günther Deschner: Deutschland gelöscht . . ., Criticon, März/April 1976

es keine Einheit geben. Dauergerede über ‚Einheit der Nation' ändert nichts daran. Die BRD ist somit Ausland, und noch mehr: sie ist imperialistisches Ausland."

Jeder „imperialistische Staat" aber gilt als zu überwindender und zu vernichtender Feind, nur bedeutet diese Abgrenzungsstrategie nicht, daß die DDR für immer auf die Einheit der deutschen Nation verzichtet hat. Sie schirmt sich nach Kräften gegen für sie unliebsame Auswirkungen der Schlußakte von Helsinki und des Grundvertrages ab, indem sie die Todesfallen an der Demarkationslinie verstärkt und Journalisten an der Berichterstattung mit dem Vorwurf hindert, sie mischten sich in die inneren Angelegenheiten der DDR ein. Sie selbst hingegen will auf die Veränderung der inneren Strukturen der Bundesrepublik Deutschland einwirken und ihre Klassenkonstruktion einer „sozialistischen Nation" über die Volksfronttaktik auf sie ausdehnen, denn angesichts der gesellschaftspolitischen Gegensätze

„übersehen wir übrigens nicht, daß auch in der bürgerlichen Nation in der BRD heute entgegengesetzte Klassenkräfte, also zwei Nationen vorhanden sind, die Monopolherren und ihre politischen Repräsentanten einerseits, die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Verbündeten andererseits. Wir werden daher das Streben nach der Verstärkung der Friedensbewegung und nach der Herstellung einer Volksfront in der BRD immer im Blickfeld haben müssen".[8])

Und Alfred Kosing, der sich in zahlreichen Aufsätzen zum Problem der deutschen Nation äußerte, meinte[9]), im Verhältnis der beiden deutschen Teilstaaten zueinander gehe es gegenwärtig nur darum, die durch die Verträge hergestellten Beziehungen der friedlichen Koexistenz zu einer normalen Zusammenarbeit zu entwickeln. Das schließe die Forderung ein, daß die politischen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland von allen Versuchen Abstand nehmen müßten, „ihre alten Ziele durch Winkelzüge und Hintertüren zu erreichen". Während er so der westdeutschen Bevölkerung das Recht abspricht, ihre parlamentarisch-rechtsstaatlichen Ordnungs-

[8]) Günter Wirth: Zur nationalen Frage heute. In: Standpunkte, Evangelische Monatsschrift, Ost-Berlin, Heft 2/1975

[9]) Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR. Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Ost-Berlin, Heft 2/1975. Kosing ist Präsident der Vereinigung der Philosophischen Institutionen der DDR.

vorstellungen zu vertreten, behält er gleichzeitig das Fernziel einer einheitlichen „sozialistischen Nation" im Auge:

> „Die Frage, ob in späterer Zeit, wenn auch in der BRD die sozialistische Revolution gesiegt hat und eine sozialistische Nation entstanden sein wird, wieder eine einheitliche sozialistische deutsche Nation entstehen kann, ist von den gegenwärtigen Voraussetzungen weder positiv noch negativ beantwortbar. Das wird von geschichtlichen Bedingungen abhängen, die heute niemand vorhersehen kann."

Mit der ideologischen Abgrenzungsformel bietet sich der DDR die Handhabe, Volksfronttendenzen in der Bundesrepublik Deutschland zu schüren. Die Klassenkampftheorie ist in der SPD, in den Gewerkschaften und in intellektuellen, sogar in kirchlichen Kreisen virulent und führt zu kooperativen Aktionen mit den Kommunisten, die nicht einfach eine einzelne Aktion, sondern die Verwirklichung einer Systemveränderung nach SED-Vorbild gefördert wissen wollen. Die Diffamierung der grundgesetzlichen Ordnung geht Hand in Hand mit einer nachdrücklich geführten Kampagne, die Kommunisten gesellschaftsfähig zu machen und ihre grundgesetzfeindliche Programmatik zu vertuschen. Dabei proklamieren sie unverblümt, daß für sie der Grundvertrag die Legitimation zum gesellschaftlichen Umsturz ist, heißt es doch in einem Kommentar der kommunistischen „Deutschen Volkszeitung":

> „Welche Motive die Bundesregierung mit ihrem Abschluß auch immer verbindet, wichtig ist die Tatsache, daß die Abkommen den progressiven und demokratischen Kräften unseres Landes heute die Chance bieten, die verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen für eine vorwärtsgerichtete konstruktive Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit zu gewinnen."

Zweiter Takt: Usurpation der deutschen Geschichte

Auch hier schwingt die Erkenntnis mit, daß Kommunisten — wie in allen von ihnen beherrschten Staaten — aus eigener Kraft die erforderliche Macht nicht gewinnen können, sondern der Zusammenfassung der „verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen", d. h. der Volksfront bedürfen. Für sie haben wir im eigenen Bereich eine zusätzliche Bandbreite geschaffen, indem wir die Bindungen an unsere Geschichte verschütteten, den Begriff Volk seines Sinns ent-

leerten und an seine Stelle die Gesellschaft setzten. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 wurde als „Stunde Null" eingeordnet, und der Historiker Friedrich Meineke glaubte, Deutschland werde „als ausgebrannter Krater am Rande der Weltgeschichte liegen bleiben". Also nahmen wir, um mit Hermann Heimpel zu reden, „Urlaub von der Geschichte", ersetzten in der Schule den Geschichtsunterricht durch Gegenwarts- und Sozialkunde, ohne zu begreifen, daß Vergangenheit und Gegenwart ein Ganzes sind.

Wir haben das Verständnis dafür verloren, daß der Mensch aus der Geschichte kommt, in der Geschichte steht und Geschichte macht, daß er ein geschichtliches Wesen ist und alles, was er tut, als geschichtliches Wesen tut. Schiller wußte das schon vor 200 Jahren, aber für unsere Zeit ist symptomatisch der Buchtitel „Anti-Geschichtsbuch" von Bert Engelmann. Wenn wir wissen wollen, wo wir stehen und wohin uns der Weg führen soll, können wir nicht beiseite schieben, was einst war und wo wesentliche Impulse für unsere Entwicklung liegen. Dazu benötigen wir ein Geschichtsbewußtsein, ohne das es kein Staatsbewußtsein geben kann, und das nichts anderes ist als die Summe der zum Geschichtsbild geordneten und geformten Erfahrungen geschichtlicher Gegebenheiten mit allen Höhen und Tiefen. Selbsterkenntnis ist die Voraussetzung für Selbstachtung und Selbstbewußtsein, aber selbst erkennen kann ein Volk sich nur aus seiner Geschichte:

> „Die Natur eines Menschen, seine Fähigkeiten, seine Willensrichtung offenbaren sich in seinem Tun. Auch der Charakter eines Volkes, die Vorzüge und Schwächen seiner Anlage, die Grenze seines Könnens treten hervor in dem, was er im Laufe der Jahrhunderte getan, was er geleistet und was er verfehlt hat." [10])

Aber von Volk oder gar von Nation zu reden, wurde degoutant, an seine Stelle trat die „Gesellschaft". Natürlich gibt es sie, aber ihre einzelnen Teile agieren nicht mit dem Blick auf die Interessen des Volkes insgesamt und auf die Funktionsfähigkeit des Staates, sondern nur mit dem Ziel der Durchsetzung egoistischer Gruppeninteressen gegen den Staat. Das atomisiert den Gesamtzusammenhang des Volkes, zerstört die Autorität des Staates und schränkt die

[10]) Johannes Haller: Epochen der deutschen Geschichte.

Freiheit des einzelnen Bürgers immer mehr ein. Schon 1931 wies der Staatsrechtler Carl Schmitt[11]) darauf hin,

> „daß in demselben Maße, in welchem der Staat sich in ein pluralistisches Gebilde verwandelt, an die Stelle der Treue gegen den Staat und seine Verfassung die Treue gegen die soziale Ordnung tritt ... So entsteht ein Pluralismus schließlich auch moralischer Bindungen und Treueverpflichtungen, durch welche die pluralistische Aufteilung immer stärker stabilisiert und die Bildung einer staatlichen Einheit immer mehr gefährdet wird ... Außerdem entsteht ein Pluralismus der Legalitätsbegriffe, der den Respekt vor der Verfassung zerstört und den Boden der Verfassung in ein unsicheres, von mehreren Seiten umkämpftes Terrain verwandelt, während es im Sinne jeder Verfassung ist, eine politische Entscheidung zu treffen, die außer Zweifel stellt, was die gemeinsame, mit der Verfassung gegebene Basis der staatlichen Einheit ist".

Da aber der Mensch, wie Wilhelm Röpke schreibt, ein elementares Bedürfnis nach Einbettung, Bindung und Verwurzelung empfindet, und sich die Liebe zur politischen Gemeinschaft, in der er lebt, vor allem auf die Gemeinsamkeit des historischen Schicksals gründet, müssen die Reaktionen bei Verkümmerung dieser Komponenten zwangsläufig negativ sein. Auf die konkrete Situation Deutschlands, in dem zwei unüberbrückbar gegensätzliche Systeme existieren, die „einander ausschließen"[12]), übertragen bedeutet das, daß ein zusätzliches Volksfrontvirus entsteht, wenn die eine Seite den offenen Informationsfluß unterbindet und gleichzeitig alles unternimmt, ihr Selbstverständnis als Nation über die Ideologie hinaus aus der deutschen Geschichte zu begründen. Dabei scheut sich die DDR nicht, „wesentliche Kriterien für Nationen im allgemeinen" von Stalin zu übernehmen[13]), wonach zur Nation Merkmale gehören wie

> „ein gemeinsames Territorium, ein gemeinsamer Wirtschaftsorganismus, gemeinsame psychische und moralische Eigenschaften, gemeinsame Kultur, geschichtliche Gemeinsamkeit, häufig auch Gemeinsamkeit der Sprache".

[11]) In: Der Hüter der Verfassung. Tübingen 1931

[12]) Dr. Hans Gerhard Müller, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft: Staatsbürgerschaft DDR — Nationalität deutsch. Radio DDR II, 6. 1. 1975

[13]) Professor Herbert Bertsch, Stimme der DDR, 8. 7. 1972

Da sich historisch zumindest die letzten drei Kategorien mit der westdeutschen Bevölkerung überlappen, müßten sich auch Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen in den beiden Teilen Deutschlands ergeben. Um das abzublocken, werden die Merkmale der Nation klassenkämpferisch und damit im Sinne der Abgrenzung interpretiert. Die Vielfalt kultureller Strömungen und Ausdrucksformen wird geleugnet, Einheit der Kultur besteht nach kommunistischer Doktrin nur und darf nur existieren, wenn sie sozialistisch ausgerichtet ist. Da es in der Bundesrepublik Deutschland kein von oben dekretiertes und kommandiertes kulturelles Leben gibt, unterstellt Kurt Hager[14]), daß in ihr von einer einheitlichen Kultur keine Rede sein könne,

> „da hier die kulturelle Entwicklung durch den Antagonismus zwischen der herrschenden reaktionären bürgerlichen Kultur und den Elementen einer sich entwickelnden demokratischen und sozialistischen Kultur gekennzeichnet ist".

Gültigkeit für die Einheit der Nation besitzt nur letztere, die zwar erst mit der kommunistischen Machtübernahme geschaffen wird, aber zugleich die gesamte historische und kulturelle Tradition des Volkes übernimmt, also keine „Stunde Null" kennt. Eine neuer Anfang wird gesetzt, bestimmte ethnische Eigenschaften wandeln sich durch die „sozialistische Lebens- und Denkweise", und es

> „entstehen neue Sitten, Gebräuche und Lebensgewohnheiten, die der sozialistischen Lebensweise entsprechen; überlieferte Formen gewinnen einen neuen Inhalt, überlebte, nicht mehr zeitgemäße, dem Sozialismus widersprechende Gewohnheiten werden allmählich überwunden und verschwinden. Zugleich entstehen neue Traditionen mit sozialistischem Inhalt". [15])

Nach Kurt Hager ist echtes Neuerertum „untrennbar mit einer festen Traditionsbezeichnung verbunden", das humanistische Erbe der Kultur des deutschen Volkes und der Weltkultur gilt ihm als „lebendiger Bestandteil unserer sozialistischen Kultur" und ist „von unersetzbarem Wert für die sozialistische Bewußtseinsbildung und

[14]) Die Annäherung der Kultur der Bruderländer. Sonntag, Kulturpolitische Wochenzeitung, 26. 8. 1973

[15]) Alfred Kosing/Walter Schmidt: Nation und Nationalität in der DDR. Neues Deutschland, 15./16. 2. 1975

Persönlichkeitsformung der Menschen unserer Gesellschaft." [16])
Und da

> „die sozialistische Nation in der DDR aus der jahrhundertelangen Geschichte des deutschen Volkes herausgewachsen ist und durch die revolutionäre Umgestaltung eines Teils der kapitalistischen deutschen Nation entstand, verband sich der Komplex der ethnischen Eigenschaften und Merkmale der Bevölkerung der DDR, d. h. die deutsche Nationalität, zwangsläufig mit der sozialistischen Nation zu einer Einheit. Das heißt: in der DDR wird die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Nation von jenen ethnischen Spezifika beeinflußt, die sich aus der mehr als tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes ergeben haben". [17])

Bei der Änderung der Bewußtseinslage ihrer Bevölkerung bricht die DDR nicht mit der Vergangenheit, sondern sucht sie vielmehr in die politische Gegenwart zu integrieren. Honecker spricht von den großen Geistern der deutschen Geschichte, die als Philosophen, Künstler, Schriftsteller und politische Kämpfer das Bild des deutschen Menschen geprägt und den Weg in die neue Ordnung bereitet hätten. Von Kant über Goethe und Caspar David Friedrich beansprucht er alle prägenden Persönlichkeiten für den „Sozialismus", doch kann er das nur tun, wenn er sich der marxistischen Geschichtsinterpretation bedient. Entscheidend ist jedoch, daß er die Geschichte als bewußtseinsbildende Kraft erkennt und in die Erziehung einbaut, um ein marxistisch bestimmtes Staatsbewußtsein zu fördern.

Hier schließt sich der Ring zur Einleitung dieses Abschnitts, denn Honecker fügt hinzu, daß

> „das westdeutsche Bürgertum aus der deutschen Geschichte weggelaufen"

sei. Wir sollten das Gewicht eines solchen Vorwurfs nicht unterschätzen, denn politisch muß er sich dahin auswirken, daß in den Augen der Welt die deutschen Belange nur in der DDR gepflegt und von ihr vertreten werden. Überdies muß die Usurpation der deutschen Geschichte durch die Kommunisten den Boden für Volksfronttendenzen ausweiten, denn die Menschen sind nun einmal in der Geschichte ihres Volkes verwurzelt; wer diese Wurzeln ab-

[16]) Hager a.a.O.
[17]) Kosing/Schmidt a.a.O.

schneidet, verurteilt „die soziale Gemeinschaft zum Verdorren" (Röpke).

Der Grundvertrag hat zur Einheit der Nation alles preisgegeben, was in der Regierungserklärung von 1969 enthalten war und was zur Vorbereitung des Vertrages anläßlich der Begegnung von Brandt und Stoph in Kassel am 21. Mai 1970 als „Grundsätze und Vertragselemente" in den 20 Punkten steht. Sie sollten ausgerichtet sein „auf die Einheit der Nation" und berücksichtigen die

> „besondere Lage Deutschlands und der Deutschen, die in zwei Staaten leben und sich dennoch als Angehörige einer Nation verstehen".

Der Grundvertrag spricht das Problem nur negativ an, und zwar in der Präambel, wonach die vertraglichen Regelungen getroffen werden,

> „ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage".

Nicht einmal die 1967 von der DDR angebotene Formel „zwei souveräne Staaten deutscher Nation" konnte untergebracht werden, und wenn Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Bericht zur Lage der Nation[18]) sagte:

> „Jeder Staat vertritt seine Interessen, auch die DDR",

dann muß er sich fragen lassen, weshalb die deutsche Verhandlungsdelegation nicht ebenso hartnäckig auf den eigenen Positionen beharrte, anstatt auf die Maximalforderungen der DDR einzuschwenken. Sie koppelte das Verhandlungstempo mit dem Zeitplan für die KSZE, dem sie Fragen von erheblicher nationaler Bedeutung unterordnete. Der Kanzler selbst war es, der diese Zusammenhänge zugab mit den Worten:

> „Es hat überhaupt keinen Sinn, über eine solche Konferenz zu sprechen, ehe nicht die Berlin-Regelung implicite: ehe nicht unsere Ostverträge unter Dach und Fach sind." [19])

Damit setzte er sich selbst unter Erfolgszwang und bot zugleich den Sowjets die Handhabe, in der Schlußakte von Helsinki ihren durch Gewalt und Vertragsbruch zustande gekommenen Besitzstand absegnen zu lassen.

[18]) Abgegeben vor dem Bundestag am 29. 1. 1976
[19]) Interview in Christ und Welt / Deutsche Zeitung, 19. 3. 1971

HELSINKI: ABSICHERUNG DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM

Als die Schlußakte von Helsinki am 1. August 1975 unterzeichnet wurde, unterstellte Breschnew, daß es auf der KSZE keine Sieger und keine Besiegten gegeben habe. Seine Propagandisten urteilten anders und wohl auch richtiger, denn sie beanspruchten das alleinige Verdienst am Zustandekommen der Konferenz für sich. Wer das zähe Bemühen der Sowjets um die Realisierung des Plans, den Molotow erstmals 1954 vorlegte, nachzeichnet, wird dem kaum widersprechen. Und von dem Augenblick an, da sie die Zusage des Westens zur Teilnahme erhielten, interpretierten sie die Richtung der Konferenz und später das Ergebnis als durch die Stärke des sozialistischen Lagers errungenen Erfolg, der dem Westen aufgezwungen worden sei, als einen Erfolg, der „unumkehrbar" gemacht werden müsse.

Klassenkampf als Volksfrontbasis

Anläßlich der Feier zum 106. Geburtstag Lenins hielt Geheimdienstchef Juri Andropow die Festansprache[1]), in der er auf die Helsinki-Akte Bezug nahm und die Grundelemente der sowjetischen Außenpolitik umriß. Sie wünsche keine „friedliche Atempause", sondern den Kampf um einen „dauerhaften und gerechten Frieden auf der Welt". Deshalb sei sie den Prinzipien und Zielen nach eine Klassenpolitik,

- weil ihr die Lebensinteressen des Sozialismus, die Interessen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus zugrunde liegen;
- indem sie eine konsequente, hartnäckige und aufrichtige Friedenspolitik betreibt, gleichzeitig fest auf den Positionen des proletarischen Internationalismus und der Solidarität mit dem Kampf der Völker für Freiheit und sozialen Fortschritt steht;
- weil sie vom realen Verständnis jener tiefen Unterschiedlichkeiten ausgeht, die es bei den Staaten mit anderer sozialer Struktur gibt, was einen Wettbewerb der beiden Systeme, den Kampf der Ideen objektiv notwendig macht.

[1]) Radio Moskau, 22. 4. 1976

Das erhöhe die Verantwortung der Kommunisten,

> „die in der Vorhut aller demokratischen Bewegungen marschieren. Den Traditionen des proletarischen Internationalismus getreu stellen die Kommunisten dem internationalen Block der Feinde des Friedens und des sozialen Fortschrittes ihre Einheitsfront, ihre Solidarität und ihre Fähigkeit gegenüber, die breitesten Massen der Werktätigen zusammenzuschließen".

Das ist ein Appell zur Volksfrontbildung unter Führung der Kommunisten, der seinen Widerhall in der SPD findet, weil auch in ihr die Klassenkampfparolen virulent sind. Nach ihrem Godesberger Programm gilt der Klassenkampf als überholt, aber als ihn der damalige Juso-Vorsitzende Wolfgang Roth ihn 1972 vor der Katholischen Akademie in München vertrat, opponierte Herbert Wehner nach eigenen Worten nur deshalb dagegen, weil seine Partei dann die Wahlen verlieren würde. Vor dem Bundestag distanzierte auch Brandt sich vom Klassenkampf, nicht aber von den Linken seiner Partei, für die er immer wieder eine Kooperationsbasis mit den Kommunisten abgibt. Er selber sprach vor einer Gewerkschaft [2]) von der „Mobilisierung der CDU/CSU durch das große Geld", von der Mobilisierung durch die „Verbandsspitzen der sogenannten Wirtschaft", er polemisierte mit der Unterstellung, daß Unternehmerverbände und deren Gesinnungsfreunde im politischen Raum in ihrem Anrennen gegen die Interessen der breiten arbeitenden Schichten einen alten ideologischen Dampfhammer neu in Gang gesetzt hätten, und unterstellte, daß die CDU/CSU in 20 Jahren lediglich einen Unternehmerstaat geschaffen hätten.

Das sind die gleichen Argumente, mit denen auch die Kommunisten gegen die grundgesetzliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland opponieren. Sie wird als reaktionär, revanchistisch und fortschrittsfeindlich denunziert, und die sogenannten Werktätigen werden aufgefordert, die „Widersprüche im Kapitalismus" zu verschärfen, um so das Klima für einen Umsturz vorzubereiten. 1970 veröffentlichte Brandt ein Buch mit dem Titel „Chancen und Aufgaben deutscher Politik", in dessen Vorwort [3]) er immerhin ein-

[2]) Zitiert von F. J. Strauß im Bundestag am 19. 9. 1974
[3]) Veröffentlicht im Bulletin der Bundesregierung, 7. 1. 1970

räumt, daß der Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Ordnung gegeben wurde, die stabiler sei als die der Weimarer Republik. Aber ebenso wahr sei,

> „daß diese unsere Gesellschaft sich in den zweieinhalb Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auch weiterhin nach restaurativen Mustern geformt hat. Sie setzte die Kräfte frei zu einem beachtlichen Wiederaufbau, aber einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit wich sie aus. Und gerade deshalb ist sie gegen Rückfälle in ein Schwarz-weiß-rot-braun-Denken nicht völlig gefeit".

Die voraufgegangenen Zitate lassen erkennen, in welche Richtung Brandt den „radikalen Bruch mit der Vergangenheit" gelenkt wissen will. Ihm zur Seite steht Herbert Wehner, der kurz darauf in der Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft" der deutschen Politik „Frischluftzufuhr" verordnete, um

> „aus den ideologisch verknorpelten und deformierten Begriffen soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaat herauszukommen".

Derartige Äußerungen sind praktizierte ideologische Volksfront, denn sie stimmen mit dem Propagandatenor der Kommunisten überein. Es verwundert daher auch nicht, daß Sozialdemokraten gemeinsam mit Gewerkschaftern und Kommunisten, wie wir sahen, in den von Moskau inszenierten Komitees für europäische Zusammenarbeit auftreten, wozu um so mehr Veranlassung gegeben war, als Brandt in Oreanda auf der Krim Breschnew gegenüber bereits im September 1971 das Versprechen gegeben hatte, den baldigen Zusammentritt der KSZE zu befürworten.

„Sieg des Sozialismus"

Wenn die DDR erklärt[4]), sie werde in allen Verhandlungen mit anderen Teilnehmerstaaten über den Ausbau politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen von den Helsinki-Empfehlungen ausgehen, gewinnt über die völkerrechtliche Interpretation hinaus die von den sozialistischen Staaten verfolgte Konzeption erhöhte Bedeutung. Helmut Schmidt hatte den Beginn der KSZE vor Unterzeichnung der Ost-Verträge für unfruchtbar gehalten, während Polen[5]) bestätigte, daß sie der „Normalisierung der Be-

[4]) Stimme der DDR, 17. 4. 1976
[5]) Radio Warschau, 25. 10. 1972

ziehungen“ und der Entspannung den Weg geebnet hätten. Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag stellt für Ostberlin einen „bedeutsamen Schritt zur KSZE dar, jedoch mit dem Hinweis, daß für das Zustandekommen allein dem Ostblock das Verdienst zukomme:[6])

> „Die Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft hat die Bedingungen geschaffen, die es ermöglichen, die Lage in Europa zu normalisieren und ein System dauerhafter Sicherheit auf der Grundlage der Anerkennung der bestehenden Realitäten zu errichten. Auf diesem Wege weiht der Vertrag zwischen der DDR und der BRD eine sehr bedeutsame Etappe ein.“

Nicht anders äußerte sich das ZK der ungarischen KP[7]), das die KSZE als „direktes Ergebnis des konsequenten Kampfes der sozialistischen Gemeinschaft“ einstufte, während die „Leipziger Volkszeitung“ unumwunden schrieb:

> „Das ist unser Erfolg... Unsere Politik bestimmt den Lauf der Geschichte.“

Diese Politik ist nach dem von Marschall Sokolowski herausgegebenen Werk „Militär-Strategie“ darauf gerichtet,

> „die günstigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Kommunismus zu schaffen, das sozialistische Weltsystem zu stärken und dem Kampf der Völker für ihre nationale und soziale Befreiung größtmögliche Hilfe angedeihen zu lassen“.

Die praktische Handhabung wurde nach Unterzeichnung des ersten SALT-Abkommens deutlich, als Breschnew der Staats- und Parteiführung über die Verhandlungen berichtete. In dem anschließenden Kommuniqué heißt es,

> „daß dank der richtigen Leninschen Politik der KPdSU und der aufopferungsvollen Arbeit des sowjetischen Volkes eine ständige Stärkung der Macht der Sowjetunion vor sich geht, was den Interessen des Weltsozialismus, der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit entspricht“.

Die Reihenfolge im Gewicht der Faktoren bleibt auch in allen anderen Zusammenhängen die gleiche: Sowjetunion, Weltsozialis-

[6]) Radio Berlin International, 13. 11. 1972
[7]) adn, 30. 6. 1973

mus, Frieden, Sicherheit. Der Begriff Entspannung kommt überhaupt nicht vor, und deshalb ist es nicht nur bedenklich, sondern objektiv falsch, wenn wir für unsere Sicherheit davon ausgehen, daß Moskau die gleichen Ziele verfolgen würde wie der Westen. Nur wenn diese Erkenntnis berücksichtigt wird, können wir eine Ostpolitik betreiben, die keine essentiellen Voraussetzungen unserer Existenz preisgibt. Jede andere Politik fördert das kommunistische Ziel, die Welt in die Uniformität des Sozialismus zu zwingen. Als das Datum der KSZE-Schlußkonferenz stattfand, hieß es in der Moskauer „Prawda" am 30. Mai 1975, die Zukunft der Menschheit liege jetzt in den Händen der Völker, das sei die Antwort auf die

„Hauptfrage der Epoche, welchen Weg die Geschichte nehmen wird. Sie wird einen Weg nehmen, den die Volksmassen in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern betreten haben, und den früher oder später alle Völker betreten werden — den Weg, der zum Kommunismus führt".

Nicht weniger siegesgewiß erklang es aus Warschau: [8])

„Wir ändern jetzt die Natur des politischen Denkens in Europa."

Zweifellos hatte der frühere belgische Außenminister Harmel recht mit der Bemerkung, daß mit der KSZE nicht nur die Atlantische Allianz, sondern die ganze Konzeption Europas zur Debatte gestellt werde. Die Entscheidung hängt nicht allein von der offensiv-aggressiven Politik der Kommunisten ab, erst recht nicht allein von der militärischen Rüstung, sondern von der Bereitschaft der demokratischen Völker, ihre Ordnung gegen jeden Angriff und gegen jede Aushöhlung zu verteidigen.

Griff nach Westeuropa

Die nach der Volksfronttaktik aufgezogenen Komitees für europäische Zusammenarbeit richten jetzt ihre Aktivität auf die Durchsetzung des vierten Korps, die Installierung eines Nachfolgeorgans, dessen Realisierung Moskau in Helsinki nicht erreichen konnte. Deshalb war die KSZE nur „das Vorspiel zu einem neuen Kapitel der europäischen Geschichte" [9]) mit dem Ziel, dem „aggressiven

[8]) Trybuna Ludu, 16. 7. 1975
[9]) Radio Moskau, 26. 3. 1975

Imperialismus", also dem westlichen Bündnis, weniger Bewegungsmöglichkeit zu bieten.[10]) Schon jetzt habe die Entspannungspolitik „die NATO geschwächt"[11]), und um diesen Kurs beizubehalten, werde man auch nach Helsinki

> „achtgeben müssen, damit die Richtung auf weitere Entspannung ... von niemandem verändert wird".[12])

Dem gleichen Ziel dient die geplante kommunistische Allparteienkonferenz, auf der das Ergebnis der KSZE nach Auskunft des polnischen Delegierten Edward Knierczek[12]) im Mittelpunkt stehen werde. Es gehe jetzt darum,

> „daß man Entspannung nicht einfach hinnimmt mit einer Euphorie, sondern daß man sich schon jetzt konkret und wissenschaftlich Gedanken darüber macht: Was passiert morgen, was muß morgen passieren, wohin führt der Weg? Das Hauptziel ist, die Entspannung unumkehrbar zu machen".

Öffentliche Aktionen, die mit gleicher Intensität die westlichen Positionen vertreten würden, sind nirgends festzustellen, die Demokratien überlassen den Kommunisten kampflos den Prozeß der Meinungsbildung. In ihn hat sich auch die ebenfalls auf Volksfrontbasis operierende und ganz von Kommunisten beherrschte Weltfriedensbewegung eingeschaltet, deren Lenkungsausschuß feststellt[13]), daß ihre Tätigkeit

> „unter den nach Helsinki sogar günstiger gewordenen Bedingungen ... einen merklichen Einfluß auf die Weltpolitik"

haben werde. Dem Ausschuß geht es um die

> „Mobilisierung möglichst breiter gesellschaftlicher Kräfte für die Fortsetzung der politischen Entspannung, ihre Ausdehnung auf weitere Erdteile ... Es reicht nicht, solche lebenswichtigen Fragen wie Entspannung und Abrüstung allein den Diplomaten zu überlassen. Zum Druck der sozialistischen Länder, die diese Fragen zur strategischen Hauptaufgabe ihrer internationalen Politik gemacht haben, muß der Druck der öffentlichen Meinung in der nichtsozialistischen Welt kommen".

Die sowjetische Diplomatie sucht jetzt ihr Ziel auf einem Umweg

[10]) Radio Moskau, 23. 7. 1975
[11]) Rude Pravo, 3. 4. 1975
[12]) Stimme der DDR, 4. 7. 1975
[13]) Radio DDR, 15. 1. 1975

zu erreichen und setzt dabei, wie das Zitat zeigt, auch die bewährte Volksfronttaktik ein. Auf der Genfer Tagung der Europäischen Wirtschaftskommision der UNO überraschte sie die Teilnehmer mit dem Vorschlag, gesamteuropäische Gremien für Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik zu bilden. Bei näherem Zusehen müßte der Plan in das angestrebte Nachfolgeorgan der KSZE münden, das Moskau als um so notwendiger bezeichnete[14]),

> „da Europa bisher kein gemeinsames Organ für die Erörterung der politischen Fragen hat".

Die institutionalisierte Behandlung der drei Problemkreise wäre ein erster Schritt zu einem Organ für die Erörterung politischer Fragen, denn sie lassen sich von der Wirtschaftspolitik nicht trennen, die sich ihrerseits nur in Verflechtung mit der allgemeinen Politik betreiben läßt. Auf diese Weise könnte die Sowjetunion zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen spricht sie nie von einer „europäischen", sondern stets von einer „gesamteuropäischen" Konferenz und gibt damit zu verstehen, daß die Amerikaner auf unserem Kontinent nichts zu suchen haben. Sie will sie aus der europäischen Konstellation verdrängen, und dazu bietet die Europäische Wirtschaftskommission der UNO eine günstige Handhabe, denn in ihr sind die Vereinigten Staaten nicht vertreten, wohl aber die Staaten des Warschauer Paktes. Zum andern erhielte die Sowjetunion auf diesem Umweg ein Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der europäischen Einigung, sie könnte ihr hegemoniales Übergewicht auch auf Westeuropa ausdehnen. Daß sie jeden westlichen Einigungsschritt in eben diesem Interesse zu unterbinden sucht, zeigte sich an der Stellungnahme zum Europa-Bericht des belgischen Ministerpräsidenten Tindemans, in dem es heißt:[15])

> „Zweifellos widerspricht die Absonderung des Westteils Europas und die Errichtung einer neuen militärpolitischen Gruppierung dem Geist der Zeit und den Beschlüssen der gesamteuropäischen Konferenz, die auf Respektierung der Souveränität der europäischen Staaten, Entwicklung der gesamteuropäischen gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit unter den Bedingungen der Sicherheit und des Friedens abzielen."

[14]) Radio Moskau, 19. 3. 1975
[15]) Radio Moskau, 31. 3. 1976

Hier offenbart sich als zusätzliches Hilfsmittel Moskaus ständiger Protest gegen Verhandlungen von Block zu Block unter Hinweis darauf, daß damit die Souveränität der einzelnen Staaten verletzt werde. Hinter der Taktik steht das Bestreben, den westlichen Zusammenhalt zu sprengen und die einzelnen europäischen Staaten mit dem geschlossenen Block des Warschauer Paktes zu konfrontieren. Die Dialektik ermöglicht es, ihn nicht als Block zu behandeln, denn er stellt nach Gromyko ein Commonwealth von „Bruderländern" dar, das eine Einheit bildet. Das nationale Selbstverständnis der einzelnen Staaten wird durch die Bindung an die Ideologie ersetzt, und wo die Gefahr besteht, daß sich ein Staat von der sozialistischen Gemeinschaft lösen könnte, ist das nicht mehr seine Angelegenheit:

> „Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben." [16])

Das Ergebnis dieses Blockprinzips einerseits und des Prinzips des divide et impera anderseits kann nur ein sozialistisches Gesamteuropa sein, dessen sich die Demokratien erst recht dann nicht erwehren können, wenn sie die Verdrängung der Vereinigten Staaten vom europäischen Kontinent und die Sprengung des Atlantischen Bündnisses zulassen. Sie sollten sich daher hüten vor den sowjetischen Hilfswilligen in ihren eigenen Reihen — etwa den Jungsozialisten, die in der März-Ausgabe 1973 ihrer Zeitschrift „Juso" Thesen zu „außenpolitischen Perspektiven" veröffentlichten. Sie liegen deckungsgleich auf der Moskauer Linie, und wenn sich auch die Mutterpartei von ihnen distanzierte, können sie sich doch auf Brandts zitierte Klage berufen, daß die Bundesrepublik Deutschland „einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit" ausgewichen sei. Eben das fordern die Jusos nachzuholen, wenn sie in bestem kommunistischem Jargon schreiben:

> „Sobald aber Nazi-Deutschland besiegt war, schlüpften die USA — bei aller Verschiedenheit der Ausgangssituation — in die Rolle des

[16]) Brief der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR an die Tschechoslowakei vom 15. 7. 1968

Vertreters des gesamtkapitalistischen Interesses gegenüber der Sowjetunion und den am Ende des Krieges sozialistisch gewordenen Staaten. Die Sowjetunion, zeitweiliger Bündnispartner im Kampf gegen Hitler, wurde sehr schnell wieder zum Feind Nr. 1. Das bedeutete, daß sich die ausgebluteten und hungernden Völker Westeuropas unter Einschluß des besiegten Deutschlands der Politik Washingtons unterwerfen mußten, um zusammen mit den USA — nach entsprechender wirtschaftlicher und militärischer Aufrüstung — zumindest die Randstaaten des sozialistischen Lagers zu erobern (Politik des ‚Roll back') und der Kapitalverwertung vor allem des US-Kapitals zugänglich zu machen."

Unter Hinweis auf die Flächenbombardements in Vietnam fordern die Jusos die europäischen Völker auf, sich klarzumachen,

„wozu die USA fähig sind, wenn man ihren Willen mißachten sollte".

Europa solle sich deshalb so schnell wie möglich „aus diesen Verstrickungen" befreien, doch wüßten die Jusos,

„daß wir uns schrittweise aus der Vormundschaft einer imperialistischen Großmacht befreien können und daß es völlig unlogisch ist, wenn behauptet wird, unsere Sicherheit beruhe auf den Verträgen und den Waffen des NATO-Bündnisses. Sie kann nur auf einer nach allen Seiten offenen Friedenspolitik beruhen. Wir glauben, daß auch nur so die systemverändernden Maßnahmen in der BRD und den übrigen europäischen Staaten durchgeführt werden können, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Herstellung eines echten Friedens notwendig sind".

Von der Gefahr einer „autoritär-faschistischen Entwicklung" ist die Rede und von einem „Europa der Monopole", von „Gewalttätigkeiten gegen Völker, die sich aus kolonialer oder faschistischer Unterdrückung befreien wollen" — ein denunzierendes Vokabular, dessen sich ebenso die kommunistischen Staaten bedienen. Mit ihnen wollen sie verhindern, daß „aus der EG eine neue imperalistische Großmacht" wird, indem eine „von den europäischen Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien getragene Gegenmacht" entsteht, um aus dem jetzigen Europa „eine demokratisch-sozialistische Gemeinschaft zu machen". Was seit 1945 aufgebaut wurde, gilt ihnen nur als „Zwischenspiel", denn es gelang im Westen

nirgends, „sozialistische Zielsetzungen zu verwirklichen", wie sie der sowjetische Machtbereich so „vorbildlich" aufzuweisen hat.

Das ist bereits Volksfront in Aktion, und wer glaubt, daß sie nach dem Entrüstungssturm eingeschlafen sei, muß sich durch die jetzige Juso-Vorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul eines anderen belehren lassen. Vor ihrer Wahl auf dem Münchner Juso-Kongreß vom 25. — 27. Januar 1974 erklärte sie in einem Interview, daß die „politische und ökonomische Vorherrschaft der USA" zurückgedrängt und die „Entwicklung einer sozialistischen Strategie für Europa" angestrebt werden müsse. Zwar fehlt bei den Protagonisten für ein sozialistisches Europa Brandt, Kreisky und Palme die expressis verbis ausgesprochene Spitze gegen Amerika, aber an ihrem sozialistischen Europa-Ziel lassen sie keinen Zweifel. Und im Wahlkampf 1976 wollen die Jusos nur Kandidaten unterstützen[17]), die sich für eine „sozialistische Europa-Politik" einsetzen und für die

> „Stärkung der europäischen Arbeiterbewegung gegen das Europa der Konzerne"

kämpfen. Mag das Konzept in Nuancen von dem sowjetischen abweichen, in den Grundzügen gleichen sich beide bis in die Diktion hinein.

[17]) Information zur Kandidatenaufstellung

Wer über außenpolitische Selbständigkeit, Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit verfügen will, muß Vorsorge dafür treffen, daß ihm kein fremder Wille aufgezwungen werden kann. Im Zeichen der Entspannung sollte jeder Staat a priori dagegen gefeit sein, denn abgesehen von der UN-Satzung gibt es inzwischen zahlreiche Verträge, die die Androhung oder Anwendung von Gewalt untersagen — ein Prinzip, das auch die Schlußakte der KSZE fortschreibt. Der Westen hat solche Vertragsklauseln euphorisch begrüßt, sie für bare Münze genommen und dabei übersehen, daß mit ihnen die Macht- und Interessengegensätze keineswegs verschwunden sind. Die sowjetische Propaganda schürt diese Stimmung, indem sie jede westliche Verteidigungsbemühung als „Politik der Stärke“ diffamiert, die die Entspannung sabotiere. Der Tenor ist unschwer auf einen Nenner zu bringen: die westliche Militärpolitik bedroht den Frieden, das östliche Rüstungspotential schützt ihn. Auch hier grassieren Volksfronttendenzen, die das sowjetische Säbelrasseln überhören, die Hochrüstung des Warschauer Paktes nicht zur Kenntnis nehmen oder gar rechtfertigen, die rhetorischen Abrüstungsvorschläge Moskaus im Westen mit Verve vertreten, ohne die gleichen Forderungen im Ostblock zu vertreten, den Wehrwillen aushöhlen und die Bundeswehr zum Objekt subversiver Aktionen machen.

Sozialistisches Säbelrasseln

Über die exorbitanten Rüstungsmaßnahmen der Sowjets auf konventionellem, maritimem und nuklearstrategischem Gebiet besteht weitgehende Klarheit, doch interessieren in unserem Zusammenhang nicht so sehr die zahlenmäßigen Stärkevergleiche, die sowieso nur relative Aussagen ermöglichen, als vielmehr die dahinter stehende Konzeption. Auf der Ministerratstagung der NATO im Dezember 1975 sagte der Vorsitzende des Militärausschusses, Admiral Hill Norton:[1])

[1]) Interview im ZDF, 8. 12. 1975

„Der Warschauer Pakt hat die Schlagkraft und Anzahl seiner Truppen und Waffen verstärkt. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Die Ostblockstaaten haben Streitkräfte aufgebaut, die nach Größe und Aufbau nur zum Angriff gedacht sein können. Sie können nicht als Kräfte der Verteidigung angesehen werden, wie es noch vor einigen Jahren möglich war."

Da Militärs wie Politiker in Ost und West einen Krieg in Europa für unwahrscheinlich halten, stellt sich die Frage nach dem Sinn des sich ausweitenden Angriffspotentials; schließlich geben auch Kommunisten kein Geld zweckfrei aus. Die Antwort findet sich in einem Kommentar von Koslow, wonach es das Ziel der Militärstrategie ist, mit militärischen Mitteln die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Politik in der Lage ist, die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Rüstung erweist sich damit als Instrument der Politik, und da die Armeen an die kommunistischen Parteien gebunden sind, haben sie auch deren Auftrag zu erfüllen. Als Marschall Gretschko die Graduierten der Militärakademien verabschiedete [2]), unterstrich er, daß sie

„in erster Linie als Gesandte der Kommunistischen Partei, als ihre geweihten ideologischen Kämpfer zu den Verbänden und Schiffen"

geschickt würden. Die „größte und entscheidende Quelle" der Stärke der sowjetischen Armee ist die Führung durch die kommunistische Partei [3]), ihre Beschlüsse und Weisungen

„bestimmen die Wege der Vervollkommnung der materiellen und technischen Basis sowie der organisatorischen Struktur der bewaffneten Kräfte, der Ausbildung und Erziehung ihres Personalbestandes, der Erhöhung des Ausbildungsniveaus der militärischen Kader".

Nicht anders wird die Nationale Volksarmee in der DDR eingestuft, sie ist Teil des weltrevolutionären Prozesses [4]),

„die in der Verwirklichung der schöpferischen und weitsichtigen marxistisch-leninistischen Militärpolitik von Partei- und Staatsführung ihren revolutionären Kampfauftrag unter Führung der SED erfüllt".

Im Anschluß an eine Parteiaktivtagung erläuterte ein Oberst:

„Wir müssen ständig daran arbeiten, daß sich jeder Armeeangehörige als Kämpfer in der sozialistischen Gemeinschaft betrachtet und mit

[2]) TASS, 27. 6. 1975
[3]) Prawda, 22. 3. 1975
[4]) Wehrkunde, Nr. 3/1973; siehe auch das nächste Zitat

dem Bewußtsein seine militärische Pflicht erfüllt, dem großen Bruderbund zu dienen, der entscheidend die revolutionäre Veränderung bestimmt."

Um das zu erreichen, ist es vorrangiges Ziel der politischen Arbeit in der NVA,

„sozialistische Persönlichkeiten zu erziehen, die bewußt ihren Dienst mit der Waffe versehen und gemeinsam mit ihren Waffenbrüdern wachsam und gefechtsbereit ihre internationalistische Soldatenpflicht erfüllen".[5])

Begleitet wird das Revolutionsgetöse von einem permanenten Säbelgerassel, das von erhöhter Gefechtsbereitschaft und der Ausrüstung mit modernsten Waffen für alle Teilstreitkräfte kündet. Die wissenschaftlich-technische Revolution habe zu einem qualitativen Wandel der Produktionskräfte geführt[6]),

„was uns ermöglicht hat, alle Waffengattungen mit modernen Kernraketen auszustatten",

schreibt der 1. Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Raketen- und Artillerietruppen. Die sowjetischen Streitkräfte verfügen nach Generaloberst Altunin[7])

„über alles Notwendige, um beliebige Aufgaben, die ihnen gestellt werden, zu erfüllen".

„Beliebige Aufgaben", also nicht nur solche der Verteidigung. Bei den Luftverbänden fliegen nach Generaloberst Alexander Koldunow[8]) Allwetter- Überschall- Raketenträger, die die schwierigsten Missionen fliegen können. Die Flak-Raketenanlagen bieten die Möglichkeit,

„jede Art eines Luftangriffs, ganz gleich in welcher Höhe und mit welcher Geschwindigkeit er geflogen wird, bei jedem Wetter und zu jeder Tageszeit zu zerschlagen... Ich möchte betonen, daß unsere Truppen in der Lage sind, nicht nur die existierenden, sondern auch alle anderen Mittel eines Luftangriffs zu bekämpfen".

Die Marine ist fähig, strategische Aufgaben auf allen Ozeanen zu erfüllen, heißt es in dem Buch von Admiral Gorschkow „Die Seemacht der Staaten". Sie erfüllt laut Flottenadmiral Nikolai

5) Stimme der DDR, 6. 6. 1975
6) Iswestija, 19. 11. 1975
7) TASS, 19. 2. 1976
8) Iswestija, 10. 4. 1975

Sergejew[9]) die kompliziertesten Ausbildungs- und Kampfaufgaben auf allen Meeren sowie

„über einen großen Aktionsradius, gute Seefähigkeit und sind mit mächtigen Waffen ausgerüstet“.

Man stelle sich das Echo vor, wenn ein General aus dem NATO-Bereich in gleich bramarbasierender Weise über seine Streitkräfte reden würde! Wenn Altunin behauptet, das Herausstreichen der Stärke der Sowjetarmee solle niemanden einschüchtern, kann doch niemand verkennen, daß dahinter Drohgesten stehen. Sie verbinden sich mit dem proletarischen Internationalismus und der Versicherung, jeden Befreiungskampf der „Werktätigen“ zu unterstützen und die „Klassensolidarität mit dem Kampf der Werktätigen in der ganzen Welt zu stärken und zu entwickeln“.[10]) Das ist der Revolutionsauftrag im Dienste des „Friedens“, der nach kommunistischer Doktrin erst dann endgültig einkehrt, wenn „Imperialismus“ und „Kapitalismus“ beseitigt sind.

Über- statt Gleichgewicht

Anläßlich des 25. Gründungstages der DDR 1974 fand unter der Parole „Signal DDR 25“ ein Wettbewerb innerhalb der NVA statt, dessen Ziel es nach Verteidigungsminister Hoffmann war[11]),

„die sozialistische Landesverteidgung zu stärken, damit die günstigsten äußeren Bedingungen für den Vormarsch des Sozialismus weiterhin gesichert sind“.

Demnach ist die Rüstung ein Instrument „für den Vormarsch des Sozialismus“, das sich im letzten Kriege so hervorragend bewährt hat. Damals fand nicht einfach ein Zusammenstoß zwischen zwei Armeen statt, wie Marschall Wassiljewskij urteilt[12]), hier standen zwei feindliche Ideologien gegeneinander. Das Ergebnis war der Sieg, die „Vernichtung des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus“, und das schaffte nach Marschall Jakubowski[13])

„günstige Bedingungen für den Sieg der sozialistischen Revolution in

[9]) TASS, 28. 7. 1976
[10]) Tagesbefehl des tschechoslowakischen Präsidenten Husak, Ceteca, 7. 5. 1976
[11]) Wehrkunde, Nr. 6/1974
[12]) Radio Moskau, 9. 5. 1976
[13]) Prawda, 8. 5. 1976

einer Anzahl europäischer und asiatischer Länder, für die Entfaltung des Kampfes zur nationalen Befreiung, für einen neuen Aufstieg der internationalen kommunistischen und Arbeiterklassen-Bewegung".

Rüstung ist kein Instrument der Friedenssicherung, sondern zur Ausbreitung des Sozialismus auf der Basis des Klassenkampfes, ebenso wie die Sowjets in der Entspannungspolitik nicht das Ziel einer stabilisierten Friedensordnung sehen, sondern

„einen Weg zur Schaffung günstiger Bedingungen für den friedlichen sozialistischen und kommunistischen Aufbau".[14])

Um aber das Programm international verfolgen zu können, kommt es darauf an,

„das internationale Kräfteverhältnis im Kampf gegen den zunehmenden Widerstand des Imperialismus kontinuierlich weiter zugunsten des Sozialismus zu verändern".[15])

Das sagte nicht nur der DDR-Verteidigungsminister, sondern auch Erich Honecker in seiner Analyse der KSZE:[16]) Hauptfaktor der Friedenssicherung bleibe „die militärische Überlegenheit des Sozialismus". Das schließt ein allseits befriedigendes Ergebnis bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) aus, die ein ausgewogenes Kräfteverhältnis in Mitteleuropa zum Ziel haben. Anläßlich des 31. Jahrestages des Kriegsendes schrieb Marschall Moskalenko[17]), in den vergangenen fünf Jahren sei die Ausrüstung der Streitkräfte mit modernen Waffen und neuzeitlicher Kampftechnik weiter erhöht worden, das heißt, nach Beginn der Sicherheitskonferenz und während der Truppenreduzierungsverhandlungen. Um „günstige Bedingungen für den Vormarsch des Sozialismus"[18]) herzustellen, wird ein militärisches Gleichgewicht abgelehnt, stattdessen soll ein Übergewicht im Rahmen eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems festgeschrieben werden. Moskau bezeichnet das westliche Konzept einer ausgewogenen Truppenstärke sogar als „gefährliche Gleichgewichtspolitik"[19]), das

[14]) Radio Moskau, 24. 3. 1975

[15]) Heinz Hoffmann anläßlich der Eröffnung der Technischen Unteroffiziersschule. In: Sozialistische Landesverteidigung, Bd. II

[16]) In einer Rede vor einem Jagdfliegergeschwader, adn, 11. 9. 1975

[17]) Krasnaja Swesda, 9. 5. 1976

[18]) In einem Staatstelegramm der DDR zum 57. Jahrestag der Sowjetarmee, adn, 21. 2. 1975

[19]) Radio Moskau, 10. 2. 1975

ein „Kollisionsmodell“ sei und der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entgegenstehe.

„Unser Feindbild stimmt genau“

In das gleiche Horn stieß Erich Honecker[20]), der den „bürgerlichen Ideologen“ vorhielt, sie wollten mit der „Strategie des Gleichgewichts“ nur vertuschen, daß sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus verändert habe. Die Kommunisten blieben

> „auch weiterhin wachsam, wir halten das Pulver trocken und leisten unseren Beitrag, um die militärische Überlegenheit der Warschauer Vertragsstaaten über den imperialistischen Klassengegner ständig zu sichern“.

Zu diesen Gegnern zählt auch die Bundesrepublik Deutschland, denn sie sei „imperialistisches Ausland“, das sich immer neu zur NATO bekenne und in ihr den größten Beitrag leiste. Gewiß könne der Imperialismus seine Ziele nicht mehr wie vor 30 oder 50 Jahren verwirklichen, doch bleibe er nach wie vor „aggressiv, tückisch und gefährlich“. Daraus sei der Schluß zu ziehen: „Unser Feindbild stimmt genau!“

Verteidigungsminister Hoffmann zeichnete das Bild in noch schärferen Konturen.[21]) Nach ihm besitzt die Bundeswehr den „höchsten NATO-Kampfwert“, sie sei

> „— ähnlich der Hitlerwehrmacht und der Armee des deutschen Kaiserreiches — das Instrument imperialistischer Expansionspolitik, von dem in Europa die größte Gefahr für den Frieden und das Zusammenleben der Völker ausgeht“.

Um diese „Gefahr“ zu bannen, teilt Hoffmann nicht die Auffassung, daß im Atomzeitalter kein „gerechter Krieg“ mehr möglich sei und ein nuklearer Krieg nur noch „atomares Inferno, Weltuntergang“ nach sich ziehe. Die Konsequenz aus dem Feindbild lautet demnach: es rechtfertigt auch einen Kernwaffenkrieg, wenn er der Ausweitung des Sozialismus dient.

Anläßlich des 15-jährigen Bestehens der NVA „befahl“ er, allen Armeeangehörigen ein von der Arbeiterklasse geprägtes Feindbild

[20]) Rede vor der NVA in der Garnison Prora, adn, 6. 1. 1972
[21]) Einheit, Nr. 3/1976

zu vermitteln und den „Haß auf den Klassengegner unablässig zu vertiefen".[22]) Sogar eine philosophische Begründung wird für diese Doktrin geliefert[23]), nach der das Freund-Feind-Bild „Bestandteil des sozialistischen Menschenbildes" und des „sozialistischen Humanismus" ist, aus dem sich ergibt,

> „daß in der ideologischen Arbeit die Erziehung zum sozialistischen Vaterland bewußt mit der Erziehung gegen den imperialistischen Feind verbunden werden muß. Der sozialistische Staatsbürger braucht ein klares Freund-Feind-Bild, um den Klassenverbündeten und den Klassenfeind erkennen und entsprechend handeln zu können".

Als es im Verteidigungsweißbuch 1973/74 der Bundesregierung hieß, die Bundeswehr benötige kein Feindbild, war das für Admiral Paul Verner ein „fauler Trick".[24]) Zur Gefechtsbereitschaft gehöre ein klares Feindbild, von dem die DDR niemand abbringen könne. Für eine imperialistische Armee sei es schon von ihrer „antikommunistischen Hauptaufgabe her" undenkbar, kein Feindbild zu haben. Der „faule Trick der Ewiggestrigen" passe zur These von den „innerdeutschen Sonderbeziehungen", die die Staatsgrenzen lediglich als Grenze zwischen zwei Bundesländern akzeptieren wolle.

Drei Konsequenzen ergeben sich aus dem Gesagten:

1. Die Verfolgung des revolutionären Zieles wird durch ein Höchstmaß an Rüstungen unterbaut.
2. Um der globalen Sozialisierung willen lehnen die Kommunisten ein militärisches Gleichgewicht ab und halten am Ausbau ihres Übergewichts fest.
3. Das dahinter stehende ideologische Konzept operiert mit Begriffen wie Imperialismus, Kapitalismus, Frieden, Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit, die Ansatzpunkte für eine Kooperation mit nichtkommunistischen Kräften und damit für Volksfrontbildungen bieten.

[22]) adn, 1. 3. 1971
[23]) Horst Adam in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 6/1971
[24]) Junge Welt, Nr. 76/1974

So nachhaltig sich in den aufgeführten Fakten das Moment der Drohung und des Gegenbildes ausdrückt, wichtiger bleibt, daß sie der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gebracht werden und ihre Tendenzen Vertreter in der SPD wie der FDP finden. Wer den Frieden sicherer machen und Schaden vom deutschen Volke wenden will, kann den Bürgern, die laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts in einer kämpferischen Demokratie leben, nicht unterschlagen, daß der „äußerst erbitterte Klassenzusammenstoß die Auseinandersetzung zweier entgegengesetzter Systeme sein wird, wobei die Entscheidung über das Schicksal der gesamten Menschheit fallen wird". Das sagte der verstorbene Verteidigungsminister Gretschko auf dem V. Parteisekretärkongreß der Streitkräfte[1]), und der Akademiker M. Mintin zog daraus den Schluß[2]), das zwinge die Länder des Sozialismus, ihre Verteidigungsbereitschaft zu stärken.

NATO und Bundeswehr als Diffamierungsobjekt

Hand in Hand damit geht eine ununterbrochene Verleumdungskampagne gegen das westliche Bündnis und speziell die Bundeswehr mit dem Ziel, die Verteidigungsbereitschaft zu unterminieren. Aber auch darüber berichten die offiziellen Institutionen und Publikationen der Bundesregierung, die immer mehr abgebaut werden, zur Attrappe absinken und mehr zu Fehlspekulationen verführen als informieren, kaum noch etwas in der naiven Vorstellung, damit könnte die „Atmosphäre der Entspannung" gestört werden. Als er noch nicht amerikanischer Außenminister war, schrieb Henry Kissinger[3]), daß es nie das sowjetische Ziel gewesen sei, Spannungen zu vermindern oder gar eine echte Verständigung herbeizuführen. Ihre Diplomatie sei „politische Kriegführung, welche unmerklich in militärische Maßnahmen übergeht, wenn die Lage es gebietet". Ob er sich in offizieller Funktion an seine damaligen

[1]) Krasnaja Swesda, 28. 3. 1973
[2]) Krasnaja Swesda, 28. 11. 1973
[3]) In: Kernwaffen und Auswärtige Politik. Deutsche Übersetzung 1959

Erkenntnisse gehalten hat, ist eine Frage für sich, unzweifelhaft ist jedoch, daß sie sich als gültig erwiesen haben. Nur weil die nichtkommunistischen Staaten nicht an einen unversöhnlichen Gegensatz glauben wollten, sei es möglich geworden, daß die UdSSR und China in Europa und Asien eine beherrschende Stellung gewannen. Sie hätten die anscheinend so unzweideutigen Begriffe Krieg und Frieden zu Werkzeugen einer politischen Kriegführung gemacht, und da der sowjetischen Theorie zufolge

> „der dauernde Frieden nur durch die Abschaffung des Klassenkampfes herbeigeführt und da der Klassenkampf nur durch einen kommunistischen Sieg erreicht werden kann, fördert jede sowjetische, auch noch so kriegerische Bewegung die Sache des Friedens, während jede nichtkommunistische Politik, und sei sie auch noch so versöhnlich, den Zwecken des Krieges dient".

Kissinger stellt, wie schon in seinem ersten Buch über Metternich und Castlereagh, die legitime Ordnung einer revolutionären Macht gegenüber, wobei erstere sich insofern einer „furchtbaren Herausforderung" gegenübersieht, als sie das Element der Mutmaßung in der Politik dadurch zu überwinden sucht, daß sie die Beweggründe der revolutionären Macht im günstigsten und ihr vertrautesten Sinne auslegt. Ihr Überleben hängt von der Fähigkeit ab, sich durch den äußeren Anschein nicht täuschen zu lassen und zu verhüten, daß die stillschweigende Herausforderung zu einer offenkundigen wird.

Der äußere Anschein wird geprägt durch das ständig wiederholte rhetorische Bekenntnis zur Friedenserhaltung, durch die Inszenierung von Friedenskongressen mit unterschiedlichsten Teilnehmerpreisen, durch die alle Realitäten vernebelnde Gegenüberstellung, daß es zur friedlichen Koexistenz nur die Alternative des atomaren Krieges gebe, und durch eine Flut ständig variierter Abrüstungsvorschläge. Aber während der Westen im Frieden ein absolutes Prinzip sieht, verbinden die Kommunisten es mit ihrem revolutionären Auftrag, den Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU zwar nicht mehr als Weltrevolution bezeichnete, den er aber in einen „weltrevolutionären Prozeß" einbettete: eine Änderung des Vokabulars, nicht aber des grundsätzlichen Konzepts.

Zugleich verknüpfen sie ihre Friedensoffensiven mit der unterschwelligen Drohung, daß die Gefahr eines weltweiten Krieges heraufbeschwöre, wer ihren Forderungen nicht zustimme. Dabei appellieren sie an Gefühle und Wünsche, die die Menschen in aller Welt bewegen, womit sie Befürworter selbst unter denen gewinnen, die alles andere als Kommunisten sind. Jüngstes Beispiel lieferte Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU[4]) mit dem Hinweis, die Menschheit sei es müde, weiter auf Bergen von Waffen zu sitzen. Um sie abzutragen und den Frieden zu stabilisieren, schlug er u. a. die Einstellung des Wettrüstens, paritätische Kürzung der Rüstungshaushalte, Verbot der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz und den Abschluß eines weltweiten Gewaltverzichtsvertrages vor. Alle Kernwaffenmächte — gemeint waren Frankreich und China — müßten in den Prozeß der Einschränkung der strategischen Waffen einbezogen werden; wer sich dazu ablehnend verhalte, würde „eine ungeheure Verantwortung vor den Völkern auf sich laden".

Hinter dieser propagandistischen Nebelwand, die die Sowjetunion als einzige Friedensmacht profilieren soll, verbirgt sich eine exorbitante Aufrüstung, die jährlich 11 — 12 Prozent des Bruttosozialprodukts verschlingt. Sie übertraf die der amerikanischen militärischen Ausgaben um ein Drittel, bei den strategischen Systemen sogar um 60 Prozent, verstärkte die Kopfzahl ihrer Streitkräfte in den letzten zehn Jahren um rund eine Million Mann und erhöhte sowohl die Zahl als auch die Qualität bei Artillerie, Raketenrohren, Panzern und Flugzeugen.[5]) Als die NATO in Ottawa und Oslo mit Einzelheiten aufwartete, ging Moskau zum Gegenangriff über mit der Versicherung Breschnews, daß es „selbstverständlich keinerlei sowjetische Gefahr" gebe und jeder Hinweis darauf „von A bis Z eine ungeheure Lüge" sei. Nur die NATO treibe das Wettrüsten voran und einflußreiche Kreise in einer „Anzahl kapitalistischer Staaten Europas" setzten den Kalten Krieg fort, während der Warschauer Pakt alles unternehme, um den Frieden zu sichern.

[4]) Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Neues Deutschland, 25. 2. 1976.

[5]) General Haig: Die Herausforderungen des Westens. NATO-Brief, Nr. 3/1976

Die Ergebnisse der NATO-Ministerratstagung in Oslo hätten gezeigt:[6])

> „Während die Sowjetunion die vom XXV. Parteitag der KPdSU beschlossene Linie verwirklicht und alles tut, um die Entspannung zu fördern, sie in konkrete Formen der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu führen, versuchen gewisse NATO-Kreise nach wie vor, die positiven Prozesse in der internationalen Politik zu bremsen und die Welt auf die glitschigen und gefährlichen Wege des Kalten Kreges zurückzuführen."

Um die eigenen Rüstungsinvestitionen zu kaschieren, wird nach der Taktik des „Haltet den Dieb" erklärt[7]), die Tagung habe „in jeder Hinsicht im Zeichen der forcierten Hochrüstung und der militaristischen Ideologie" gestanden, wobei innerhalb der Europagroup die Bundesrepublik den Vorreiter gestellt habe. Sie sei unter allen europäischen NATO-Staaten auch das einzige Land, dessen absolute Ausgaben in einem solchen Tempo angestiegen seien, daß sich der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt ständig erhöhe. Zur Begründung werde die Sowjetunion zum Popanz aufgebaut und die Gefahr aus dem Osten zum Kinderschreck gemacht:[8])

> „Das ist die NATO, wie sie leibt und lebt: ein aggressives, gegen die Länder des Sozialismus gerichtetes imperialistisches Machtinstrument und damit auch zugleich — und den Beweis haben wir erlebt — ein Instrument gegen die Freiheit und gegen die Demokratie."

Nach dieser Version repräsentiert die NATO die „aggressivsten Kreise des Imperialismus"[9]), die die Bündnispartner „durch forcierte Rüstung und Reorganisation in ihrer Aggressionsbereitschaft" stärken wollten. Dabei werden besonders die „gefährlichen Tendenzen der Bonner Militärpolitik" hervorgehoben[10]), die die Bundeswehr mit zumeist offensivem Kriegsmaterial ausrüste und eine klare militärische Konfrontation in Europa forciere. Der Wehrpolitische Kongreß der CDU im Januar 1975 habe für den Fall einer Regierungsbildung proklamiert, für die Bundeswehr so

[6]) Krasnaja Swesda, 23. 5. 1976
[7]) Radio Moskau, 21. 5. 1976
[8]) Stimme der DDR, 26. 7. 1974
[9]) Neue Zeit (Ost-CDU), 4. 4. 1974
[10]) Radio Moskau, 3. 1. 1975

viele finanzielle Mittel aufzubieten, wie es die Bundeswehrführung und die „Rüstungsschmiede" wünschten, und

> „sich den einflußreichsten Gruppen der Schwerindustrie als eine Kraft vorzustellen, die sich am besten eignet, die militärpolitischen Ziele des Militärindustriekomplexes der Bundesrepublik und der NATO durchzusetzen, um zu einer Schlüsselrolle in der NATO zu kommen". [11])

Der sowjetische Gegenvorschlag enthüllt unversehens den Pferdefuß der gesamten kommunistischen Anti-NATO-Propaganda: die CDU müsse vom „alten Rezept des Militarismus", das schon zweimal zu katastrophalen Mißerfolgen geführt habe, im Interesse des westdeutschen Volkes selbst abgehen, „um den Weg der Neutralität der Bundesrepublik und der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern und Staaten zu betreten.

Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland heißt das kommunistische Rezept, das das Mittelstück aus dem Verteidigungsblock der westlichen Demokratien herausbrechen soll. Um die Massen in den Bündnisstaaten für dieses Ziel zu gewinnen, wird behauptet [12]), in den Safes von SHAPE lägen „aggressive Pläne für kriegerische Aktionen gegen die sozialistischen Länder", die Nukleare Planungsgruppe sei dazu da [13]), den Kernkrieg zu planen, „ihn sachlich vorzubereiten und die strategischen Aspekte der Frage zu erörtern". Damit werden die Massen im Westen zu Demonstrationen gegen die NATO aufgehetzt, die ein Anachronismus im Zeitalter der Entspannung sei und den Interessen der Völker und des Weltfriedens zuwiderlaufe.

Arm in Arm mit Moskau

Daß Politiker des Warschauer Paktes so reden und handeln, fördert zwar nicht das Entspannungsklima, bleibt aus ihrer Sicht aber verständlich; sie vertreten ihre eigenen Interessen, die im Gegensatz zu den westlichen stehen. Bundeskanzler Schmidt suchte die NATO- und wehrfeindlichen Tendenzen in seiner Partei auf

[11]) Radio Moskau, 13. 1. 1975
[12]) Rude Pravo, 4. 4. 1974
[13]) Radio Moskau, 19. 6. 1975

der sicherheitspolitischen Fachkonferenz der SPD[14]) mit der Floskel zu bagatellisieren, daß Demokratie Diskussion heiße, jedoch nicht unterstellt werden dürfe, „daß jede Diskussionsmeinung schließlich und endlich dann zum Regierungshandeln führt. Auch uns wird ja manchmal unterstellt, wir würden so handeln, wie einige unserer jungen Leute häufig reden".

Dem muß entgegengehalten werden, daß die Nachwuchsorganisation seiner Partei neben ihrer vielfach bekundeten Kooperationsbereitschaft mit den Kommunisten im In- und Ausland auch deren militärpolitischen Vorstellungen teilt, ohne daß sie vom Parteivorsitzenden sonderlich gebremst würden. Wenn sie heute schon ihre Vertreter im Bundesvorstand und im Parlament sitzen hat, kann nicht ausgeschlossen werden, daß sie eines Tages ihr Konzept auf Regierungsebene durchsetzt. Für sie erfordert eine europäische Sicherheitsordnung[15])

> „die Auflösung der Militärpakte (Warschauer Pakt und NATO) in Europa und eine stärkere Orientierung auf europäische Notwendigkeiten ohne imperialistischen Einfluß. Die Struktur der wirtschaftlichen und politischen Kooperation in Europa muß auf den Sozialismus gegründet sein ... Der einzige konkrete Weg, den Kalten Krieg zu bekämpfen und niederzuringen und eine Entspannung in Europa zu erreichen, ist der Kampf gegen den internationalen Kapitalismus und die großen Monopole, die die direkten und indirekten Ursachen für alles Unglück und die Kriege sind".

Das ist die wortgetreue Übernahme der kommunistischen Diktion, nach der allein der Marxismus-Leninismus eine Friedensgarantie bietet, während umgekehrt nur der „internationale Kapitalismus", sprich die nichtsozialistischen, demokratischen Ordnungen, die Ursache für „alles Unglück und die Kriege" sein soll. Der Brückenschlag zur Übernahme der kommunistischen Politik wird noch deutlicher, wenn der frühere Juso-Vorsitzende Karsten Voigt, der seinem Parteigenossen und Verteidigungsminister Georg Leber den Bundestagsstimmkreis abnehmen konnte, erklärt[16]), das Imperialismusproblem sei „in einem unmittelbaren Zusammenhang zum

[14]) 8./9. 5. 1976 in München
[15]) Juso, Nr. 1/2/1972
[16]) Afrika heute, Nr. 8/1971

westeuropäischen Kapitalismus und zur bundesrepublikanischen Klassengesellschaft darzustellen". Genau das tut Moskau entsprechend der Lehre Lenins und unterschlägt dabei, daß die größte imperialistische Macht heute die Sowjetunion ist. Sie hat nicht nur jede freiheitliche Regung in ihrem Bereich in Mitteldeutschland, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei blutig niedergeschlagen, sondern 1962 auch in Kuba und 1975 in Angola weit darüber hinausgegriffen. Hier werden historische Fakten verfälscht bis zur Diffamierung des eigenen Bündnisses, wenn der frühere Landesvorsitzende der SPD von Schleswig-Holstein, Jochen Steffen, sagen kann[17]), der Unterschied zur sowjetischen Intervention in der CSSR bestehe „doch nur darin, daß bei uns die alliierten Truppen da sind, während sie bei der CSSR erst einmarschieren mußten".

Zu einem „Volksfrontfestival"[18]) kam es anläßlich des 30. Jahrestages des Kriegsendes in Frankfurt/M., das der Rechtsanwalt und Kreistagsabgeordnete der SPD, Joachim Schwamborn koordinierte. Träger der Kundgebung war ein Ausschuß der „kommunistisch unterwanderten ‚Bürgerinitiative 30. Jahrestag der Befreiung von Fischismus und Krieg'"[19]), die ihre Firmierung den sowjetischen Siegesfeiern entlehnte. Dem Ausschuß gehörten neben dem DKP-Präsidiumsmitglied Bachmann die SPD-Mitglieder Heinz Düx, Richter beim OLG Frankfurt, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen, und Kurt Hartwig Richter vom Frankfurter Anwaltsbüro an. Einen Aufruf unterzeichneten[20]) neben dem hessischen DKP-Vorsitzenden Sepp Mayer zehn Mitglieder der SPD in Hanau, darunter der Stadtverordnete Josef Gebert; der SPD-Parteitag Hanau-Stadt solidarisierte sich mit Zweidrittelmehrheit in einer Resolution mit den Unterzeichnern. Der Aufruf berichtet vom „Antikommunismus als Staatsdoktrin" und der „Aushöhlung des Grundgesetzes", wettert gegen die „Verfassungswidrigkeit der Berufsverbote" und fordert die „Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche". An der Kundgebung, auf der u. a. Gewerkschaftssekre-

17) Interview im Flensburger Tagblatt, 26. 2. 1971
18) Rheinischer Merkur, 16. 5. 1975
19) Frankfurter Neue Presse, 23. 4. 1975
20) Frankfurter Neue Presse, 24. 4. 1975

tär Dieter Hooge und VVN-Präsidiumsmitglied Kurt Bachmann von der DKP sprachen[21]), beteiligten sich Vertreter des DGB, der DKP sowie Gäste aus der Sowjetunion und aus Chile.

Aus gleichem Anlaß legte der schleswig-holsteinische Juso-Landesvorsitzende Ebert auf einer Pressekonferenz eine Erklärung vor[22]), die die Jusos initiiert und der sich Jungdemokraten, Falken, SDAJ und DAG-Jugend angeschlossen hatten. An der Pressekonferenz beteiligten sich auch der Landesvorsitzende Zumpfort der Jungdemokraten sowie Vertreter der SDAJ und der Falken. Ebert sagte, die Erklärung wäre unglaubwürdig gewesen, wenn kommunistische Gruppen ausgeschlossen worden wären.

Die Penetranz der hier gebildeten Volksfront und die Solidarisierung mit den sowjetischen Siegesfeiern wird deutlich angesichts des von Moskau angeschlagenen Tenors[23]), der ein Musterbeispiel an Geschichtsklitterung und Faktenfälschung darstellt. Die Propaganda basierte auf drei Behauptungen, die 1976 nochmals wiederholt wurden: Die Rote Armee habe sich als die humanste der Welt erwiesen, die deutschen Kriegsgefangenen seien korrekt nach den Haager und Genfer Bestimmungen behandelt worden, und die Wehrmacht sei eine verbrecherische Organisation gewesen; mithin sei auch ad personam ein Verbrecher, wer der Wehrmacht angehört habe. Wer als Soldat oder als Vertriebener in das Geschehen verwoben war, wird sich über den „Wahrheitsgehalt" der drei Thesen sein eigenes Urteil bilden.

Die Beispiele belegen, welches konkrete Gewicht dem Abgrenzungsbeschluß der SPD von den Kommunisten zukommt. Es wird erhärtet durch eine Emnid-Umfrage[24]), wonach nur 29 Prozent der SPD-Anhänger gegen Kontakte zu den Kommunisten sind; sie gehören überdies zum überwiegenden Teil der älteren Generation an. 35 Prozent befürworten solche Kontakte, während 36 Prozent sich nicht äußern wollten. In der Tat sind es — allerdings aufgemuntert durch Willy Brandts Gesprächsbereitschaft mit den Kom-

[21]) Frankfurter Neue Presse, 12. 5. 1975
[22]) Kieler Nachrichten, 8. 5. 1975
[23]) Siehe Wilhelm Anders: Die Verbrechen der Sieger. Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Osten. Druffel Verlag, Leoni, 1975
[24]) Die Welt, 5. 5. 1976

munisten — die Jungsozialisten, die mit Nachdruck die Verbindung zu den kommunistischen Jugendorganisationen pflegen. Bei ihrem zweiten Besuch in Moskau ging es der Juso-Vorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul[25]) darum, Konsequenzen für die weitere Zusammenarbeit mit dem Komitee der Jugendorganisation in der UdSSR (KJU) zu diskutieren, die sich in einer Arbeitsplanung für das kommende Jahr niedergeschlagen hätten. Den Stand der Beziehungen nannte sie

> „ausgezeichnet. Mittlerweile ist es so, daß wir praktisch für jedes Jahr einen bestimmten Arbeitsplan festlegen für die Kontakte ... Wir haben für das nächste Jahr festgelegt, daß es wiederum einen Austausch von Parlamentarierdelegationen geben soll, daß es von unserer Seite aus eine Fachdelegation in die UdSSR geben soll und daß natürlich auch auf der Ebene der jeweiligen Leistungsorgane der Jungsozialisten und der KJU andererseits Delegationen weiterhin ausgetauscht werden. Darüber hinaus haben wir den Austausch von Artikeln in den jeweiligen Zeitungen angeregt ... Wir halten gerade diese Frage, den Austausch von Meinungen und Informationen für außerordentlich fruchtbar und wichtig, um dieses Verständnis der Jugend in den einzelnen Ländern eben zu erhöhen und zu vertiefen. Deshalb, meinen wir, ist dieses Verhältnis mittlerweile auf der Basis der ursprünglichen Vereinbarung von 1973 in einer Phase, in der sozusagen die Kooperation zu einer ganz normalen, wichtigen Sache geworden ist".

Ein Jahr später führte sie wieder eine Delegation nach Moskau an, über deren Ergebnis sie verkündete:[26])

> „... daß die Kontakte zwischen den Jungsozialisten und dem Komsomol sich zunehmend verstärkt haben und daß es in vielen Bereichen gemeinsame Einschätzungen gibt. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die wir verstärken wollen".

Dann folgt ein „privater Aspekt", der einem vorbehaltlosen Hymnus auf die Zustände und Lebensbedingungen unter dem Sowjetkommunismus gleichkommt: Die Delegationsmitglieder hätten

> „in Gesprächen und Diskussionen immer den Eindruck gehabt, daß die Menschen dort fröhlich und entspannt sind und ihre Lebens-

[25]) Laut ihrem Interview in Radio Moskau, 30. 11. 1974

[26]) Aufenthalt vom 22. — 28. 11. 1975. Interview mit der sowjetischen Presseagentur Nowosti, 11. 12. 1975

bedingungen als angenehm empfinden. Wir hatten das Gefühl, daß Sozialismus eine Sache ist, die Freude macht, Spaß macht, und dies ist sehr wichtig".

Erst als darauf ein Sturm der Entrüstung folgte, behauptete Frau Wieczorek-Zeul, ihre Worte seien falsch wiedergegeben worden. Selbst wenn das Dementi stimmen sollte, bleibt die Tatsache, daß die Kooperation mit den Kommunisten für sie zu einer „ganz normalen Sache" geworden ist und daß es „in vielen Bereichen gemeinsame Einschätzungen" gibt. Nicht anders verhielt sie sich bei ihrem Treffen mit dem bulgarischen Komsomol in Sofia[27], an dem auch ihr Vorgänger Wolfgang Roth, der heute im Parteivorstand der SPD sitzt, teilnahm. Die Jusos kämpfen nach ihrer Aussage für die öffentliche Kontrolle von Produktionsmitteln und „Demokratisierung in allen Lebensbereichen". Zu diesem Zweck halten sie die Veranstaltung solcher internationaler Treffen

„angesichts der Aktivierung der konservativen Kräfte in der kapitalistischen Welt unter den Verhältnissen der jetzt bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten (für) äußerst dringlich. Sie verwiesen darauf, daß die europäische Sicherheit und die Abrüstung die wichtigsten Fragen seien, die auf einem solchen Treffen diskutiert werden sollten".

Das ist nicht nur eine Denunziation der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die Proklamation einer Volksfront mit ganz konkreten Zielprojektionen. Verharmlosungen im Stil von Brandt und Schmidt sind nicht am Platze, denn von hier geht ein Sicherheitsrisiko aus, das in seiner Bedenklichkeit nicht deutlich genug klassifiziert werden kann.

Abrüstungsforderung nur für den Westen

Daß sich in der Tat „gemeinsame Einschätzungen" zwischen Komsomolzen, Linksextremisten und Jusos bis hin zu den Jungdemokraten ergeben, zeigt sich am Verhältnis zur sicherheitspolitischen Problematik. Auf ihrem Dortmunder Bundeskongreß im Januar 1976, dessen Ergebnis die SPD-Führung mit Befriedigung zur Kenntnis nahm, begrüßten die Jusos Vertreter der kommunisti-

[27]) Bulgarische Nachrichtenagentur BTA, 23. 8. 1974

schen FDJ, kommunistische Ehrengäste aus Polen und ließen den Delegationsleiter der sowjetischen Komsomolzen eine Rede halten. Ihr fast einstimmig verabschiedeter Beschluß zur „wirtschaftlichen Lage und Alternativen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik" fand wenig öffentliches Echo, obwohl er marxistisch-klassenkämpferische Vorstellungen in konkrete Forderungen ummünzte[28]). Für den sicherheitspolitischen Bereich lauteten sie:

— Senkung des Verteidigungshaushalts um 15 % jährlich (entsprechend den internationalen Abrüstungsanforderungen, die seit der Konferenz von Helsinki eine wachsende Bedeutung erhalten haben);
— Abbau der staatlichen Förderung für Rüstungsforschung;
— Einschränkung der Ausgaben für sog. „innere Sicherheit".

Wie bei uns greifen auch in anderen Ländern die Sozialisten bei Verknappung der Mittel und erst recht in sozio-ökonomischen Krisenzeiten auf den Verteidigungshaushalt zurück, ohne zu begreifen, daß die Wirksamkeit der Verteidigung Voraussetzung dafür ist, daß die Politiker von einer Basis des Vertrauens in die Sicherheitseinrichtungen operieren können, ohne — wie es Heinemann ausdrückte — daß ihnen ein fremder Wille aufgezwungen werden kann. Die Steigerungsrate von 4,5 Prozent für den Verteidigungshaushalt deckt nicht einmal den Inflationsverlust ab, d. h. sie vermag die Verteidigungsfähigkeit nicht zu erhöhen. Allein hierdurch wird die Überlegenheit der UdSSR immer größer und Westeuropa setzt mit seiner Verteidigungsfähigkeit auch seine Sicherheit und Freiheit aufs Spiel. Wenn objektive Beobachter wie die „Neue Zürcher Zeitung" feststellen, daß sich die Machtbalance „deutlich zu ungunsten des Westens" verschoben habe, dann kommt, wie der Wehrexperte der CDU, Manfred Wörner, in einer Grundsatzrede erklärte[29]), allein die Bundesregierung zu dem Schluß, „daß sich aus der gegenwärtigen Situation keine unmittelbaren militärischen und politischen Gefahren ergeben. Das ist schon kein Optimismus mehr, das ist unverantwortliche Beschönigung". Auch will er nicht das Ende der Verhandlungen mit den kommu-

[28]) Handelsblatt, 31. 3. 1976
[29]) Bundestagsrede vom 15. 1. 1976

nistischen Staaten, aber Verhandlungen auf der Basis gesicherter gleicher Stärke:

„Wir wollen der Sowjetunion die Kooperation anbieten, aber wir wollen ihr deutlich machen, daß wir auch die Kraft haben, die Konfrontation durchzustehen, solange sie sie haben will. Sie hat es in der Hand, diese Konfrontation, wann immer sie will, zu beenden; wir wollen die Entspannung".

Aus der Konfrontation entstehen Krisen, aber das Krisenengagement fällt zum Nachteil dessen aus, der die militärische Komponente vernachlässigt. Und, so Wörner: „Wer das einzige Instrument des Krisenmanagements in Verhandlungen sieht, der wird am Schluß allenfalls noch über die Modalitäten des Rückzugs verhandeln können." Aber vielleicht glauben die Sozialisten, eben dadurch den Frieden erkaufen zu können, und suchen deshalb die Kooperation mit den Kommunisten. Als die große Bundestagsdebatte im Mai 1976 um das Problem der Freiheit kreiste, forderte Willy Brandt[30]), man möge die SPD „aus den linken Ecken wie aus der rechten Ecke endlich mit dem Volksfrontgesetz verschonen". Zwei Tage später fand in Bonn eine von dem kommunistisch gesteuerten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" veranstaltete Kundgebung statt, an der rund 20 000 Personen teilnahmen und für die vorher mehr als 10 000 Zustimmungserklärungen gesammelt worden waren. Gewiß hatte der Parteivorstand vor einer Teilnahme gewarnt mit dem Hinweis, daß die Veranstalter von der DKP gesteuert würden und ihr Ziel eine bewußte Falschinterpretation der von der SPD und FDP getragenen Außenpolitik sei. Auch die Bundesregierung sagte in einer Erklärung vor dem Bundestag:[31])

„Das Komitee ist eine kommunistisch beeinflußte Organisation, die sich um eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten auf dem Gebiet der Friedens- und Abrüstungs-Propaganda bemüht."

In der Tat ist das Komitee der nationale Arm des kommunistischen „Weltkongresses der Friedenskräfte", der im Oktober 1973 in Moskau stattgefunden hatte. Im Februar 1976 kam die DKP-

30) Bundestagsrede vom 20. 5. 1976
31) Die Welt, 22. 5. 1976

Führung mit dem Auftrag aus Ost-Berlin zurück, die kommunistische Bündnis-Politik zu fördern. Zusätzlichen Nachdruck vermittelte Mitte Mai 1976 der in Moskau tagende Lenkungsausschuß des Weltkongresses der Friedenskräfte, der die Einberufung eines neuen Weltforums der Friedenskräfte und die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz beschloß.[32]) Zur Vorbereitung sei erforderlich, „die Mobilisierung möglichst breiter gesellschaftlicher Kräfte für die Fortsetzung der politischen Entspannung, ihrer Ausdehnung auf weitere Erdteile und für die Ergänzung der politischen durch die militärische Entspannung".

Eine „möglichst große Volksbewegung" soll ins Leben gerufen werden, denn man könne solche „lebenswichtigen Fragen" nicht allein den Diplomaten überlassen: „Zum Druck der sozialistischen Länder, die diese Fragen zur strategischen Hauptaufgabe ihrer internationalen Politik gemacht haben, muß der Druck der öffentlichen Meinung in der nichtsozialistischen Welt kommen." Hier wird unverblümt der Volksfrontgedanke propagiert mit dem ebenso offenen Bekenntnis, über ihn die internationale kommunistische Politik zu unterstützen. Die SPD kann vom „Volksfrontgerede" kaum verschont bleiben, wenn den Aufruf zur Bonner Kundgebung neben Mitgliedern der DKP und deren Hilfsorganisationen etwa 30 Juso- und SPD-Gliederungen sowie Einzelmitglieder der SPD, der Gewerkschaften und der FDP unterzeichneten. Etliche unter ihnen nahmen an der Kundgebung teil und hielten Ansprachen wie der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Professor Gerhard Kade, der die Unterschriften der Frau des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann und seiner Tochter Ute Ranke-Heinemann (sie saß auf der Tribüne neben ihm) im gleichen Atemzug mit denen der DKP und des Spartakus rühmte. Im offiziellen Programm angekündigt waren auch die Juso-Vorsitzenden von Mannheim und Oldenburg, Matthias Kohler und Heide Härtel. Die Solidarisierung reichte bis zur FDP, deren Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Gerhard Weber es nach eigenen Worten nicht störte, „daß an dieser Demonstration auch Kommunisten teilneh-

[32]) Radio DDR, 17. 5. 1976, siehe auch die beiden nächsten Zitate

men". Das sage er „nicht als Privatmann, sondern als Mandatsträger der FDP."[33]) Den Kreis der Volksfront-Hiwis ergänzten Professoren, Pfarrer, Ärzte, Publizisten und Künstler, unter ihnen Degenhard, Kroetz, Wallraff und Dieter Hildebrand. Was wunder, daß Moskau die Kundgebung in den höchsten Tönen lobte[34]) und sie „eine der größten und eindrucksvollsten Manifestationen der friedliebenden Öffentlichkeit der BRD" nannte.

Auch sonst kann die KPdSU mit Jusos wie Jungdemokraten zufrieden sein, fordern doch beide die Auflösung der NATO. Heidemarie Wieczorek-Zeul tat es Ende 1973 als damalige hessische Juso-Landesvorsitzende mit dem Argument, die NATO verhindere den Sozialismus in Europa. Als Auftakt ihrer Wahl zur Bundesvorsitzenden im Januar 1974 gab sie der Münchner „Abendzeitung" ein Interview, wonach sie einen Schwerpunkt der Juso-Tätigkeit in einem „Konzept der Sicherheitspolitik für Europa" darin sieht, „die politische und ökonomische Vorherrschaft der USA in Europa" zurückzudrängen. In ihren Kongreßbeschlüssen hielten die Jusos dann fest, daß hinter dem transatlantischen Bündnis

> „allein die ökonomischen Interessen des US-Kapitals stehen, die mit den westlichen Kapitalinteressen — bei fraktionellen und sektoralen Konkurrenzverhältnissen — grundsätzlich übereinstimmen... Militärpolitisch stellt sie sich so als komplexe Funktion ökonomisch gesellschaftlicher Herrschaftsinteressen dar".

Erst durch die Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes im Verein mit einem europäischen Sicherheitssystem könne „die innere Bedrohung einer sozialistischen Entwicklung durch Militär- und Rüstungspolitik beseitigt werden".

„Sozialistische" Friedenspolitik für Europa

Wer wissen will, was „Sozialistische Friedenspolitik für Europa" heißt, lese das gleichnamige Buch[35]), das der verstorbene sozialdemokratische Oberbürgermeister Frankfurts, Walter Möller, gemeinsam mit seinem zum Friedensforscher avancierten Parteifreund Fritz Vilmar schrieb und einleitend in vier Punkten die Charakteristika „sozialistischer Friedenspolitik" umriß:

[33]) Rheinischer Merkur, 28. 5. 1976
[34]) Radio Moskau, 22. 5. 1976
[35]) Erschienen 1972 als Rowohlt Taschenbuch, 297 Seiten

1. Sie geht von der Erkenntnis aus, daß die friedensfeindlichen Tendenzen auf tiefgreifenden Inner- und zwischengesellschaftlichen Widersprüchen beruhen: auf Herrschaftsinteressen, die es aufzudecken und abzubauen gilt.
2. Fähig zu realer Friedenspolitik ist nur, wer erkannt hat, daß auch im Westen „massive kapitalistische Herrschaftsinteressen" einer friedlichen Koexistenz, einer Normalisierung des Verhältnisses zu Europa entgegenstehen, und bereit ist, diese Kräfte wie die des Neoimperialismus zu bekämpfen.
3. „Nur demokratische Sozialisten" können mit dem Osten ein „selbstbewußtes Verhältnis entspannter Systemkonkurrenz" eingehen, denn nur sie können zwischen verwerflichen antidemokratischen Elementen und akzeptablen oder diskussionswürdigen Elementen unterscheiden.
4. Eine stabile Friedensordnung kann nur insoweit geschaffen werden, wie es gelingt, „an die Stelle von feudaler, kapitalistischer oder bürokratischer Klassenherrschaft Ordnungen des demokratischen Sozialismus überall in der Welt zu realisieren.

Die Bundesregierung soll erklären, daß Europa nicht durch sowjetische Aggressionsabsichten bedroht ist, und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen: Denuklearisierung Europas, Ablehnung der „durch die Interessen der USA geprägten NATO-Strategie" der „Flexible response", bei den Truppenreduzierungsverhandlungen auf Ausgewogenheit verzichten und Abrüstungsvorleistungen erbringen, um eine günstige Atmosphäre für multilaterale Verhandlungen zu erreichen und — damit zusammenhängend — die Stärke der Bundeswehr auf 250 000 Mann reduzieren. Das alles paßt zu der zwei Jahre später erhobenen Forderung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Coppik, den Verteidigungshaushalt um über zwei Milliarden DM zu kürzen; der hessische Landtagsabgeordnete Pleß wollte gleich 30 Prozent gestrichen wissen. Die Vorstellungen fanden zwar keinen Eingang in die offizielle Parteidiskussion, sie zeigen aber, daß sie im parlamentarischen SPD-Rahmen durchaus lebendig sind. Es ist daher den „Anti-Weißbuch"-Autoren zuzustimmen, wenn sie schreiben, die Chancen für eine Verwirklichung ihrer Vorstellungen hätten sich gebessert, „seit im

linken Flügel der SPD verstärkt eine Umorientierung der westlichen Militärpolitik verlangt wird".

Die gleichen Kräfte sind unter den Jungdemokraten lebendig, die anläßlich des 25. Jahrestages der NATO Kundgebungen gegen das Bündnis veranstalteten und gleichzeitig eine gegen sie gerichtete Flugschrift verbreiteten.[37]) Erstellt wurde sie von der Projektgruppe Antimilitarismus der Deutschen Jungdemokraten (DJD) Baden-Württembergs, verbreitet jedoch vom Bundesvorstand, so daß wir ihren Inhalt zumindest mit der Führung der DJD identifizieren dürfen. Was das Heft an Geschichtsklitterung und objektiv falscher Faktendarstellung bietet, läuft auf den Versuch hinaus, alle antimilitaristischen Gruppen links zu überholen. Fast alle Kriege nach 1945 seien „unter Beteiligung von NATO-Staaten — oder zumindest mit deren Waffen — ausgefochten" worden, im Nord-Süd-Konflikt seien die NATO-Staaten „fast immer als Gegner der Befreiungsbewegungen der Völker und Unterdrückten aufgetreten". Als wenn die Initialzündung für den Koreakrieg nicht von den Kommunisten ausgegangen wäre, als wenn in Indochina und Nahost nicht auch chinesische und sowjetische Waffen eingesetzt worden wären, als wenn die Sowjets in Angola nicht die FNLA und die UNITA vernichtet hätten!

Die Jungdemokraten unterstellen den USA und der NATO, sie seien fast immer die Schrittmacher des Wettrüstens gewesen. Das läßt sich unschwer durch Fakten widerlegen, aber erinnert sei daran, daß die Amerikaner vor den Vereinten Nationen mit dem Baruch-Plan schon 1946 vorschlugen, die Atomenergie zu internationalisieren; das Nein kam von den Sowjets. Zu den Konsultationen mit kommunistischen Staaten heißt es, sie würden „ein Gutteil zum Abbau von Antikommunismus und Feindbildern beitragen"; daß die antibürgerliche Propaganda weitergeht, wird ebenso unterschlagen wie die Tatsache, daß die Kommunisten das Feindbild beibehalten. Die Vorwürfe kulminieren in der Feststellung,

[36]) Materialien für eine alternative Militärpolitik. Rowohlt Verlag 1974

[37]) Sicherheit durch Aufrüstung und Unterdrückung? 25 Jahre NATO sind genug. Frieden durch Abrüstung und Demokratie. August 1974

„daß das Militär in entwickelten kapitalistischen Staaten ein vorwiegend konservativer Ordnungsfaktor ist; nirgendwo ist auszuschließen, daß es bereit ist, die vermeintlich einzige verfassungsmäßige (kapitalistische) Wirtschaftsordnung auch gegen demokratisch zustandegekommene Mehrheiten zu schützen. Überließen wir also die Frage, wessen Freiheit die NATO verteidigt, den Militärs — die Freiheit des Kapitals dürfte gesichert sein. Gegen diese Verteidigung kapitalistischer Herrschaft setzen wir den Kampf für eine demokratische Gesellschaft, für die Freiheit der Bevölkerung".

Die nämlichen Thesen sind von Jusos und Kommunisten zu hören, die damit auf eine breite sicherheitspolitische Volksfront gegen die grundgesetzlich ausgerichtete Demokratie bauen können.

Bundeswehr-Diffamierung als Solidarisierungseffekt

Das jungdemokratische Pamphlet geht sogar noch über die Agitation dieser Kreise hinaus, indem es Artikel 26 Grundgesetz zitiert und daraus folgert, daß die Bundesrepublik Deutschland sich überhaupt nicht verteidigen dürfe. Verfassungswidrig sind nach dem Artikel Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören beabsichtigen, „insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten". Die Kommunisten operieren mit der Unterstellung, daß die Bundeswehr einen solchen Krieg vorbereite. Die Jungdemokraten hingegen schließen aus dem Wörtchen „insbesondere", „daß die Aufrüstung der Bundesrepublik im Prinzip verfassungswidrig war und demzufolge eine Weigerung, sich an Kriegsgerät ausbilden zu lassen, eher dem Verfassungsgebot entspricht als der Wehrdienst selbst".

Das verbindet sie mit „einer der renommiertesten deutschen Friedensorganisationen", der Deutschen Friedensgesellschaft / Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG/IdK), die inzwischen mit dem Verband der Kriegsdienstgegner (VK) fusionierte. In ihr tummeln sich Kommunisten und andere Linksextreme mit Jusos und Jungdemokraten in einer gegen die grundgesetzliche Ordnung gerichteten Volksfront. 1971 verabschiedete die Projektgruppe Pazifismus der Jungdemokraten zusammen mit der Landeszentrale der Ersatzdienstleistenden in Nordrhein-Westfalen eine „Aktion 4/3" (Kriegsdienstverweigerungsartikel des Grundgesetzes), mit der sie „die

Kriegsdienstverweigerung als konkretes Zeichen und als Auftakt eines zivilen Ungehorsams, der in unseren Verhältnissen zur ersten Bürgerpflicht geworden ist", setzten. Bundesverteidigungsminister Leber und mit ihm SPD und FDP wollen das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer abschaffen und es jedem Wehrpflichtigen überlassen, ob er in der Bundeswehr dienen oder Zivildienst leisten will. Hier ist nicht der Ort, den ganzen Komplex aufzurollen, aber wenn die Erfüllung einer grundsätzlichen Bürgerpflicht in das Belieben des einzelnen gestellt wird, kann von einer gemeinsam getragenen Sicherheitspolitik nicht mehr gesprochen werden. Die Suspendierung des Prüfungsverfahrens läuft darauf hinaus, daß jeder Wehrpflichtige sich per Postkarte entscheiden kann, ob er Wehr- oder Zivildienst leisten will. Das Grundgesetz läßt eine solche Entscheidung jedoch gar nicht zu, denn es spricht nicht vom Wehr-, sondern vom Kriegsdienst. Vollends widersinnig und ohne Bezug zur Gewissensentscheidung wird der Vorschlag durch die Einschränkung, daß das Prüfungsverfahren wieder eingeführt werden soll, sobald sich herausstellt, daß sich nicht genug Wehrpflichtige für den Wehrdienst zur Verfügung stellen. Sollte die Berufung auf die Kriegsdienstverweigerung ausufern und gar, wie FDP-MdB Möllemann sagte[38], „der Eindruck entstehen, daß dies z. B. auf gezielte politische Agitation zurückzuführen ist — ganz besonders dann! —, müßte das suspendierte Verfahren in neuer Form wieder eingeführt werden".

Die von den Jungdemokraten so gelobte DFG/IdK sieht aber, wie ein von ihr herausgegebener Sammelband zeigt[39]), in der Kriegsdienstverweigerung ein Politikum, sie gilt nach dem Beitrag von Schwamborn als „Entscheidung gegen die Institution Bundeswehr" und will „die Bedarfsdeckungsplanung des Verteidigungsministeriums zugunsten einer Friedenspotitik gegen die herrschende Politik der gesamtgesellschaftlichen Militarisierung und potentiellen Aggression nach innen und außen verändern".

Verweigerung ist nicht Sache der individuellen Gewissensent-

38) Bundestagsrede vom 15. 1. 1976

39) Haug/Maessen: Kriegsdienstverweigerer: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Fischer Taschenbuch Verlag 1971

scheidung, sie hat eine „gesellschaftliche Funktion", die Weigerer kamen 1968 in Zusammenhang mit der Debatte um die Notstandsgesetze „zu einer antikapitalistischen Grundhaltung, die sehr bald in die Forderung nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mündete".

Das schlägt die Brücke zu den Jungsozialisten, die das gleiche Ziel anstreben und sich in ihren Klassenkampfthesen unterstützt sehen, wenn ein Wehrdienstverweigerer schreibt[40]), die Bundeswehr sei „die raffinierteste und zugleich brutalste Form der Dienstbarmachung der proletarischen Jugend gegen das Proletariat". Und Helmut Michael Vogel, langjähriger Vorsitzender der DFG/IdK, der in seiner Vita vermerkt, daß er sich an der Kampagne Kampf dem Atomtod „im Auftrag des SPD-Parteivorstandes" beteiligt habe, zieht die Folgerung:[41]) „Die Alternative zur Bundeswehr ist nicht die „Unterwerfung unter das bolschewistische Joch", sondern die „Abschaffung einer Gesellschaft, die mit Massenmord spielt"." Nichts anderes wollen die Jusos, denn langfristig orientieren sich[42]) „Sozialisten an der Perspektive eines sozialistischen Westeuropas, das in Klassensolidarität und in übernationaler Koordinierung erkämpft werden muß". Eine dazugehörende unbestreitbare Wahrheit, die sie selbst aussprachen, sollte von niemandem überhört werden:[43]) „Wer SPD wählt, weiß, daß morgen die demokratische antikapitalistische Politik der Jungsozialisten zur dominierenden wird."

Ihre Einstellung zur Bundeswehr bekundeten sie[44]) mit der Verdächtigung, daß die Gefahr eines Militärputsches nach griechischem Muster zumindest theoretisch gegeben sei; ob es tatsächlich dazu komme, werde davon abhängen,

> „ob die Regierung und die Öffentlichkeit weiterhin untätig dem Treiben der Generäle gegenübersteht, oder daraus Folgerungen gezogen werden, die zumindest die Ablösung dieser Generäle und eine konsequente Demokratisierung der Bundeswehr beinhalten müssen".

40) Edwin Hoernle: Grundfragen proletarischer Erziehung. Frankfurt/M. 1970
41) Haug/Maessen a.a.O.
42) Juso Nr. 1/2/1973
43) Wahlkampfzeitung der Jusos im Landtagswahlkampf Baden-Württemberg 1972
44) Juso-Information München, Nr. 2/1970

Nach dem griechischen Beispiel kam Chile, das der frühere Juso-Vorsitzende Karsten Voigt im September 1973 heranzog, um dazulegen, daß der Putsch von Generälen, Admirälen und Polizeichefs, insgesamt von „Verfassungsfeinden" inszeniert worden sei. Das solle „auch für die Bundesrepublik zu denken geben. Deshalb ist es nur zu verständlich, wenn wir jetzt verstärkt fragen und prüfen müssen, von welchen Gedanken die Bundeswehr und der Bundesgrenzschutz bestimmt werden". Eben diese Tatsache glaubte Erwin Horn verteidigen zu müssen [45]), seines Zeichens SPD-Bundestagsabgeordneter und Major der Reserve sowie Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages. Er kennt angeblich die „realsoziologische Wirklichkeit der Bundeswehr" und weiß, daß es in ihr „viele überzeugte Demokraten" gibt, „zugleich aber auch viele Menschen, die zweifellos ein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie und zu unserer Verfassung haben". Da nicht jeder über die Vorgänge in Chile der gleichen Meinung ist wie er, folgert er,

> „in einer gegebenen sozialpolitischen Situation wären die propagandistischen Bedingungen bereits vorhanden, um einen Verfassungsbruch auch in der Bundesrepublik zu legitimieren. Dafür benötigt man allerdings noch zusätzlich das Militär als letzte Liquidationsinstitution".

Unterstellung eines Militärputsches

Der Unterstellung einer Putschbereitschaft in der Bundeswehr läßt er eine niederträchtige Denunziation mit einem Zitat des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl folgen, der gesagt hatte, die CDU/CSU werde nicht tatenlos zusehen, wie Kräfte in der SPD und auch in der Regierung versuchten, die Qualität dieses Staates zu verändern. Daß solche Bestrebungen virulent sind, belegen alle vorausgegangenen Zitate, und die Opposition hätte ihren Auftrag verfehlt, wenn sie dagegen nicht auftreten würde. Aber Genosse Horn kontert:

> „Wer so spricht, der programmiert auch für die Bundesrepublik den Staatsstreich gedanklich vor und wäre auch willens, die Bundeswehr politisch zu mißbrauchen. In einer sozialpolitisch konfliktlosen Situation werden diese Probleme übertüncht."

[45]) Frankfurter Rundschau, 19. 10. 1973

Zusammen mit anderen erschien dieser Beitrag in einer Broschüre „Bundeswehr in der Demokratie“ mit dem denunziatorischen Untertitel: „Macht ohne Kontrolle?“ Jakob Moneta setzte sich mit der Frage auseinander: „Der Putsch in Chile — Vorbild oder Warnung für die Bundesrepublik?“, während der ebenfalls dem Bundestag und dem Verteidigungsausschuß angehörende SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen „engagierte Wachsamkeit gegen Verfassungsbruch durch die Bundeswehr“ forderte. Die geistige Verwandtschaft „zwischen den Vertretern des Kapitals in der Bundesrepublik und den Faschisten, die sich der chilenischen Armee für ihre Zwecke bedienten“, sei nicht zu verkennen, und wenn man vor dem aktuellen politischen Hintergrund die Frage aufwerfe,

> „ob die Gewißheit bestünde, daß die Armee der Bundesrepublik sich in Zeiten von Krisen und verschärfter innenpolitischer Konflikte keinesfalls im Dienst und im Interesse des Kapitals gegen den demokratischen Willen der Mehrheit mißbrauchen läßt, bedeutet bei richtigem Demokratieverständnis nichs anderes als ein Hinweis auf die selbstverständliche Pflicht aller verantwortlichen Demokraten zur politischen Kontrolle der Streitkräfte“.

Die nun folgenden äußeren Umstände sind des Festhaltens wert. Es kam zum Eklat in der SPD-Fraktion, und Wehner forderte von seinen beiden Kollegen, sie hätten im Interesse der Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Haltung in der Sicherheitspolitik alles zu unterlassen, was als Angriff auf die Bundeswehr gedeutet werden könnte. Horn und Hansen erwirkten eine Einstweilige Verfügung gegen die Verbreitung der Broschüre, weil ihr Name ohne ihr Wissen als Mitherausgeber genannt worden sei. Die der Gewerkschaft gehörende Europäische Verlagsanstalt, die das Buch herausgebracht hatte, nahm an seiner öffentlichen Vorstellung nicht teil, nachdem, wie es in einer Meldung heißt, „der Bundesvorstand des DGB sich die Meinung gebildet habe, es sei in der augenblicklichen politischen Lage inopportun, auch nur den Anschein zu erwecken, zu den Gegnern der Bundeswehr zu gehören“.

Demnach allseitige Distanzierung von den Aussagen? Nun, Wehner brachte nur taktische Überlegungen ins Kalkül, Horn und Hansen wehrten sich nicht gegen den Inhalt, sondern lediglich gegen die

Wiedergabe ihres Namens auf dem Titelblatt. Der DGB identifizierte sich letztlich mit der Tendenz, er wollte sie nur „in der augenblicklichen Lage“ nicht publiziert wissen. Sie war prekär genug, denn Horn veröffentlichte seinen Aufsatz dreizehn Tage nach Beginn des Nahostkrieges, der zu der Sorge Anlaß gab, ob er sich nicht zu einem weltweiten Konflikt ausweiten würde. Zu diesem Zeitpunkt versuchte Horn das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundeswehr zu erschüttern und wirkte selbst als Spaltpilz in ihr. Die Veröffentlichung des Buches erweckt den Eindruck, als sei sie in einer gezielten konzertierten Volksfrontaktion erfolgt. Zur gleichen Zeit erschien mit pseudowissenschaftlichem Anstrich das „Anti-Weißbuch — Materialien für eine alternative Militärpolitik“, das zehn der mit hohen Steuergeldern finanzierten „Friedensforschung“ angehörende Wissenschaftler verfaßten. Während die von Kommunisten unterwanderten Verbände der Kriegsdienstverweigerer den April 1974 zu ihrem Aktionsmonat erklärten, veranstalteten die Kommunisten Osteuropas eine „Woche der Abrüstung“, und ihre Gesinnungsgenossen in der Bundeswehr veröffentlichten das Pamphlet „Soldat ’74“. Wem dieser bemerkenswerte zeitliche Gleichklang nicht genügt, wende sich nach Budapest, wo ein Kommentar[46]) die Frage aufwarf, ob in Westeuropa ein Militärputsch möglich sei. Er knüpfte an die Pressekonferenz an, auf der das Buch von Horn und Hansen vorgestellt worden war, und antwortet, in Westdeutschland sei ohne weiteres ein von der Rechten inszenierter Militärputsch möglich. Auf die weitere Frage, ob es sich bei solchen Putschen um gleiche Glieder einer Kette handle, die sich von Santiago über Athen bis nach Westeuropa erstrecke, heißt es:

> „Formal nicht, aber die Gruppen der extrem rechten Politiker in Westdeutschland sind immer noch von Machthunger besessen ... Ein unerbittliches und hartes Gesetz des Klassenkampfes lautet, daß die aggressiven Kreise der Bourgeoisie, falls es zu einer Verschärfung des Klassenkampfes kommt, sehr schnell das Feigenblatt der bürgerlichen Demokratie ablegen.“

Deutlicher läßt sich das organisatorische wie ideologische Volksfront-Zusammenspiel kaum ausdrücken.

[46]) Nepszava, 24. 1. 1974

KONVERGENZ-THEORIE UND VOLKSFRONT-WIRKLICHKEIT

Eine ganze westliche Schule vertritt die Theorie von der Konvergenz, der Annäherung und Übereinstimmung der antagonistischen Gesellschaftssysteme. Ausgangspunkt der Überlegungen ist einmal, daß die wissenschaftliche, industrielle und wirtschaftliche Entwicklung allenthalben nach den gleichen Gesetzen abläuft und daß zum andern daraus völlig neue Probleme entstehen, die sich nur durch internationale Kooperation lösen lassen wie Umweltfragen, Ernährung, Bevölkerungsprobleme, Energieversorgung usw. Damit unterliegen sozialistisches wie kapitalistisches System einem gleichen Sachzwang, der zu mehr Zusammenarbeit führt und nur eine Politik der friedlichen Koexistenz zuläßt. Egon Bahr verkündete das Prinzip, das zur Grundlage der sozial-liberalen Ost- und Deutschlandpolitik wurde, bereits 1963 mit der Formel von dem „Wandel durch Annäherung".

Gezielte Fehlinterpretation

International gleiche technische und wissenschaftliche Strukturelemente erkennt auch die Sowjetunion bis hin zu der Folgerung an, daß kein Staat, der in diesen Bereichen eine autarke Politik betreiben wolle[1]), imstande wäre, „eine gleiche Vorwärtsbewegung der wissenschaftlichen Erforschungen auf der ganzen Front, in allen Wissensbereichen zu sichern".

Daher seien besonders gestiegen

> „die Bedeutung einer breiten internationalen wissenschaftlichen und wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit, deren Möglichkeiten wirklich unbegrenzt sind. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist der internationale Charakter der Wissenschaft selbst, ihre Verwandlung in eine immer mächtiger werdende Produktivkraft der Gesellschaft".

Daraus läßt sich scheinbar eine Übereinstimmung mit vielen Theoretikern des Westens ablesen, die ebenfalls an die Eigengesetzlich-

[1]) M. Maksimova: Weltwirtschaft und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zitiert bei Borys Lewitzkij: Sowjetische Entspannungspolitik heute. Stuttgart 1976

keit des Industrialisierungsprozesses glauben. Bedeutsamster und einflußreichster Vertreter ist der amerikanische Professor Tinbergen, nach dem sich die Zielsetzungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Westens und des Ostens immer mehr annähern. Da es in bezug auf die Erreichung des Zieles unter den denkbaren Strukturen nur eine optimale gebe, würden sich beide Strukturen allmählich auf dieses Optimum hinbewegen.[2]) Die so interpretierte These von der Konvergenz erweckt unter den westlichen Völkern eine so weitgehende Hoffnung, daß sie in ihr „den einzigen, weithin erkennbaren Ausweg aus einem hoffnungs- und endlosen Machtkampf" sehen[3]), d. h. daß damit auch die Macht- und Interessengegensätze und mit ihnen Kriege verschwinden würden. Dem kann mit Linder[4]) nur entgegengehalten werden, daß die Theoretiker, „die auf die Zwangsläufigkeit der modernen industriellen Entwicklung hoffen, die auf die Kraft der ökonomischen Ratio als gestaltendes Element der Wirtschaftsordnung vertrauen, den politischen Faktor in der Konvergenzproblematik unterschätzen".

In der Tat kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß für die Sowjets, die die friedliche Koexistenz ausschließlich auf den ökonomischen Bereich beschränkt wissen wollen, in allen Fragen der Zusammenarbeit machtpolitische Intentionen Vorrang haben. Friedliche Koexistenz stellt sich nicht das Ziel[5]), „den Frieden um jeden Preis zu erhalten, sie kann auch nicht garantieren, „daß keine bewaffneten Konflikte in diesem oder jenem Gebiet der Erde zwischen einzelnen kapitalistischen und sozialistischen Ländern entstehen".

Wichtigstes Ziel in der internationalen Arena bleibt, wie die „Prawda" zum 50. Gründungsjahr der UdSSR schrieb, „die Festigung und Entwicklung des Weltsystems des Sozialismus". Deshalb will sie[6]) „die allgemeine Weltstruktur umgestalten" und energisch

[2]) Prof. Willy Linder in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Zürich am 2. 7. 1976. Neue Zürcher Zeitung, 13. 2. 1976

[3]) Brzezinski und Huntington: Politische Macht USA — UdSSR. Zitiert bei Linder a.a.O.

[4]) a.a.O.

[5]) Jegorow a.a.O.

[6]) V. A. Plecenew: Das Weltsystem des Sozialismus und die internationalen Beziehungen. Zitiert bei Lewitzkij a.a.O.

auf alles einwirken, „was dem Sozialismus entgegensteht, wie auf den Komplex der Beziehungen der kapitalistischen Länder, und diesen auf bestimmte Art deformieren, während sie ihn verändern."
Konvergenz beschränkt sich für die Kommunisten auf die materielle Basis, behält aber gleichzeitig die aggressiv-politische Komponente bei. Die westlichen Vorstellungen einer Annäherung der beiden Systeme werden mit aller Schärfe abgelehnt[7]), sie gelten als Pseudotheorien der „Monopolbourgeoisie", die versucht,

> „den Charakter unserer Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und die ihr zugrundeliegenden objektiven Gesetzmäßigkeiten zu leugnen. Diese Theorien bilden die ideologische Grundlage für den Versuch, die sozialistische Staatengemeinschaft aufzusplittern, die politische Macht der Arbeiterklasse im Sozialismus, ihr Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten zu erschüttern".

Die Vertretung der Konvergenztheorie wird gleichgesetzt mit Antikommunismus und dieser wieder mit Antisowjetismus, sie ist ihrem Wesen nach „unwissenschaftlich, antikommunistisch und reaktionär":

> „Bestimmend in dieser Industriegesellschaft würden natürlich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sein. Die Theorie der Industriegesellschaft leugnet in all ihren Varianten die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei sowie die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution."

Außerdem setzen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz[8]) „weder innerhalb der kapitalistischen Länder noch in der internationalen Arena die Einstellung des Klassenkampfes voraus, führen keineswegs zu der berüchtigten ‚Konvergenz' zweier Systeme", sie tragen vielmehr — hier wird die Resolution der kommunistischen Allparteienkonferenz von 1969 zitiert — zur Entwicklung des Klassenkampfes gegen den „Imperialismus" im nationalen und internationalen Maßstab bei.
Das von der Öffentlichkeit verheimlichte Nein zur Konvergenzthese und seine Begründung tragen in doppeltem Sinne zur Berei-

[7]) Deutsche Lehrerzeitung, Ostberlin, Nr. 2/72
[8]) Einheit, Nr. 10/1970

tung des Bodens für eine Volksfront bei. Wer auf die kommunistische Bedrohung verweist, wird von Willy Brandt, wie er es 1973 im Bundestag tat, des „primitiven Antikommunismus" bezichtigt. Gelegentlich fällt sogar das Adjektiv fort, und damit wird undifferenziert die sowjetische These übernommen, daß eine antikommunistische Haltung Entspannung und Frieden gefährde. So wird der Prozeß gefördert, der den Kommunismus hoffähig macht und ihn verharmlost, die Abwehrkräfte einschläfert und die Verteidigung der freiheitlichen Ordnung lähmt. Zum andern liegen die Beschlüsse der Juso-Bundeskonferenz vom März 1976 inhaltlich auf der sowjetischen Linie, denn sie gehen davon aus, „daß Krisen unlösbar mit dem kapitalistischen System verbunden sind. Künftige Krisen sind nur durch eine gesellschaftliche Lenkung der Produktion auszuschließen und damit Arbeitslosigkeit zu verhindern".

Der Klassenkampfparole folgen sie im Abschnitt „Demokratisierung der Wirtschaft", wo es heißt:

> „Aus dem unvereinbaren Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erwächst also die Notwendigkeit, daß die arbeitende Bevölkerung die Grundlagen des kapitalistischen Herrschaftssystems, das private Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, beseitigt und die Entwicklung zum Sozialismus durchsetzt. Über die Forderung nach kurzfristig realisierbaren Alternativen zur derzeitigen Wirtschaftspolitik hinaus bleibt es daher Aufgabe der Jungsozialisten, ihre grundsätzlichen antikapitalistischen Forderungen Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen demokratischen Planung, Einführung einer wirksamen Mitbestimmung und das Ziel der Selbstbestimmung der arbeitenden Bevölkerung über die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen weiter offensiv vertreten."

Der Bundesparteitag der SPD im Juni 1976 vertrat diese Thesen nicht, aber er demonstrierte Einigkeit und widersprach ihnen nicht, sondern ließ sie in der Diskussion stehen.

Kein Wandel durch Handel

Was die Jusos fordern, ist Konvergenz in Richtung eines sowjetischen Sozialismus, Annäherung an ihn und seine ideologisch orientierte Planwirtschaft. Das Korrespondierende Mitglied der sowjeti-

schen Akademie der Wissenschaften, Timur Timofejew, stellte mit Genugtuung fest [9]), die internationale Entspannung übe

> „auch einen Einfluß auf die sozialpolitischen Prozesse in der Zone des entwickelten Kapitalismus aus. Sie wirkt hier auf die Aktivierung der revolutionären und demokratischen Bewegungen und schwächt die Positionen der extremen Reaktion. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus erhöht die Entspannung die Effektivität des Kampfes der Linkskräfte gegen den Militarismus und Antikommunismus".

Kommunisten lehnen die Formel vom „demokratischen Sozialismus" strikt ab [10]), er bleibe verschwommen, gebe die bürgerliche Ideologie neu verpackt wieder und drücke die „Feindschaft zur Theorie und Praxis der sozialistischen Länder" aus und verfestige das monopolkapitalistische System. Nichts anderes sagen die Jusos und manche Extremisten der Jungdemokraten, und deshalb lautet die entspannungspolitische Analyse der Kommunisten, daß es jetzt „gute, nützliche Möglichkeiten" im Interesse „des sozialistischen Aufbaus und der Erleichterung der Lage der Werktätigen in den kapitalistischen Staaten" gebe [11]). Wenn der Westen glaube, das bekundete Interesse der sozialistischen Staaten an handelspolitischen Vereinbarungen für politische Konzessionen dieser Gemeinschaft nutzen zu können, gebe er sich einem Wunschdenken hin. [12]) Unter Hinweis auf die Entscheidungen des amerikanischen Kongresses, die Meistbegünstigungsklausel nur gegen einen Minderheitenschutz und Auswanderungserleichterungen seitens der Sowjetunion einräumen zu wollen, hieß es [13]), solche Versuche würden die sozialistischen Länder „stets entschlossen" zurückzuweisen. Die Lehren aus dem Vorgang würden „auch jene westeuropäischen Kreise weiter schwächen, die für die Grundprinzipien der Zusammenarbeit solche Bedingungen stellen wollten, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten bedeutet hätten".

9) Nowoje Wremja, 10. 3. 1976
10) Berliner Rundfunk, 8. 1. 1973
11) Stimme der DDR, 27. 5. 1973
12) Trybuna Ludu, 9. 7. 1973
13) Radio Budapest, 20. 1. 1975

Die Forderung nach Verwirklichung individueller Menschenrechte wird als Einmischung zurückgewiesen, aber gleichzeitig verkündet, daß man den Kampf der „Werktätigen“ in den kapitalistischen Ländern unterstützen werde. Die Sowjetunion benutzt die Handelspolitik — was sie den westlichen Staaten ankreidet — für rein politische Aktionen, sie behandelt den wirtschaftlichen Bereich als Teil dessen, was als „Friedens“-Strategie sowjetischer Prägung konzipiert wurde. Das bedingt auch ihre Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft, die sie, wenn auch widerwillig, als Zollunion hinnimmt, die Wirtschafts- und Währungsunion als „gesetzmäßig“ anerkennt, sich einer EG-Außenpolitik jedoch widersetzt und mit aller Schärfe dagegen polemisiert, wenn sie sich zu einer militärischen Einheit entwickeln würde[14]). Auf der Helsinki-Konferenz wurde deutlich, daß die sozialistischen Staaten auf den zweiten Korb, der die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Probleme behandelt, neben dem Prinzipienkatalog das größte Gewicht legten. Sie bezeichneten ihn als „Schlüsselproblem der Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit“ [15]), doch ergäben sich Hindernisse „aus der anachronistischen Tendenz der EWG-Organe“, sie als „eine geschlossene Gruppierung zu betrachten“. Umgekehrt heißt es, daß die „sozialistisch-ökonomische Integration“ die Voraussetzung für die Erweiterung des Handels schaffe[16]); das geschlossene Auftreten der einen Seite wird gekoppelt mit dem Versuch der Aufsplitterung der anderen Seite, und eben diese Art ökonomischer Zusammenarbeit ist „ein wichtiger Bestandteil dieser Politik der friedlichen Koexistenz“.[17])
Wenn es in der Schlußakte von Helsinki heißt, der zweite Korb solle „zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt“ beitragen, kann ein solches Urteil unter den genannten Bedingungen nur mit sowjetischen Augen gefällt werden. Die Meistbegünstigungsverpflichtungen haben im sowjetischen Völkerrecht einen vom Westen abweichenden Inhalt, hier ergeben

[14]) Siehe Eberhard Schulze: Moskau und die europäische Integration. München 1975
[15]) Radio Warschau, 19. 7. 1973
[16]) Radio DDR II, 16. 12. 1974
[17]) Stimme der DDR, 26. 5. 1973

sich Unklarheiten, die wiederum nur der kommunistischen Seite zugute kommen:

„Die Meistbegünstigung stellt ein wesentliches Element der einseitigen Öffnung des westlichen Wirtschaftssystems für die Sowjetunion und die Staatswirtschaften des Ostblocks dar. Diese Öffnung ermöglicht es ihnen, alle Fazilitäten des westlichen Wirtschaftssystems ohne vergleichbare Gegenleistung für sich in Anspruch zu nehmen." [18])

Sie tun es sogar — ohne erkennbare Reaktion seitens des Westens — bei gleichzeitiger Kampfansage an die bürgerliche Ordnung. Die Inanspruchnahme westlicher Kredite zielt nach Professor Dr. Otto Reinhold, Mitglied des Zentralkomitees der SED, darauf ab [19]),

„die Bedingungen zu schaffen, daß wir durch drei, vier oder fünf Fünfjahrespläne im Frieden den Sozialismus und Kommunismus aufbauen ... Und man muß es auch sagen, daß diese ökonomische Potenz, über die wir heute verfügen, uns es auch möglich macht, die Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Gemeinschaft zu garantieren".

Es liegt kaum im Interesse der sozialistischen Staaten, ihren im Vergleich zum Westen niedrigen Lebensstandard beizubehalten, aber die immensen sowjetischen Weizenkäufe und die Unruhen in Polen im Juni 1976 wegen der Preiserhöhungen für Lebensmittel zeigen, daß sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, den Tiefstand der Versorgung zu überwinden. Für den Westen stellt sich allerdings die Frage, ob er dazu da ist, deren Fehler auszugleichen, zumal die Hergabe von Billigstkrediten nicht der Bevölkerung zugute kommt, sondern in die Rüstungsindustrie fließt oder, wie im Falle der DDR, die DKP mit 30 Millionen DM unterstützt. [20]) So wird aus dem Bahrschen „Wandel durch Annäherung" eine Mitfinanzierung unseres eigenen Selbstmordes, wie es Lenin bereits vorausgesagt hat: [21])

„Die taubstummen kapitalistischen Hamsterer und ihre Regierungen werden uns Kredite eröffnen, welche die Kassen der kommunistischen Organisationen in ihren Ländern füllen, und werden mit der Lieferung von Waren aller Art unsere Kriegsproduktion vergrößern und

[18]) MdB Narjes, Deutschland-Uniondienst, 7. 7. 1975
[19]) Radio DDR, 6. 1. 1973
[20]) Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums für 1975
[21]) Gesammelte Werke, Band 25

verbessern, die wir für künftige siegreiche Angriffe gegen unsere Lieferanten benötigen."

Deshalb bejahen auch die DDR-Volkswirtschaftler Domedy und Meißner die Beschaffung von Krediten aus den kapitalistischen Ländern.[22]). Auf die Frage, ob dadurch nicht die Existenzbedingungen des kapitalistischen Systems erleichtert würden, die sozialistischen Staaten also zu einer Stabilisierung beitrügen, antworteten sie: „Eine Politik der friedlichen Koexistenz fördert die progressiven Kräfte in der ganzen Welt. Diese Kräfte erhalten für ihre Forderungen noch mehr Spielraum in einer solchen Atmosphäre." Wenn die Sowjetunion mit den kapitalistischen Staaten kooperiere, ergebe sich die Gelegenheit, die „Vorzüge" des sozialistischen Systems international noch mehr zur Geltung zu bringen. Als weitere Wirkung komme hinzu, daß die internationale Arbeiterklasse im Rahmen des Weltgewerkschaftsbundes und ähnlicher Organisationen „für progressive Veränderung innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems" kämpfen könne. Damit deuten die Professoren unter der Devise „Einheit der Arbeiterklasse" die Notwendigkeit einer Volksfront an, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in krassem Gegensatz zu den amerikanischen Gewerkschaften praktiziert. Der DGB-Vorsitzende Oskar Vetter vertrat den Standpunkt[23]), es sei 1947/48 ein Fehler gewesen,

„mit Hilfe der Gewerschaften Politik zu machen und sie beim Austragen des Kalten Krieges zu mißbrauchen. Gewerkschaften müssen die Freiheit zu Kontakten haben und dürfen nicht als politische Instrumente mißbraucht werden".

Wenige Monate später empfing er den damaligen sowjetischen Gewerkschaftschef Alexander Schelepin, dessen Organisation sich laut Satzung als Transmissionsriemen kommunistischer Politik versteht und für die „weitere Stärkung der Verteidigungsmacht des Sowjetstaates" zu sorgen hat. Die Demonstration des gemeinsamen Wollens ging so weit, daß Vetter seinen sowjetischen Kollegen abküßte, einen Mann, den der Bundesgerichtshof als Mörder der Ukrainerführer in München verurteilt hatte und dessen Steckbrief Bundes-

[22]) Stimme der DDR, 11. 7. 1973
[23]) Polityka, Warschau, 10. 8. 1974

justizminister Vogel aufhob, um ihn in die Bundesrepublik einreisen lassen zu können. Wenn Domedy und Meißner postulieren, daß es gar keinen Wandel geben könne, der durch den Handel hervorgerufen werden könnte, dann trifft das zwar auf die Bahrschen Vorstellungen zu, die mitsamt der Ostpolitik eindeutig gescheitert sind. Aber ein Wandel vollzieht sich dennoch Schritt für Schritt, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen insofern, als dem ideologischen Spielraum der Kommunisten auch noch die organisatorische und materielle Basis geliefert wird.

Finanzspritzen für Kommunisten

Auf der Ostberliner Konferenz der kommunistischen Parteien Europas im Juni 1976 verwahrte sich Breschnew gegen die „Unterstellung", daß die KPdSU einen absoluten Führungsanspruch erhebe. Das hindert Moskau allerdings nicht daran, seine hegemoniale Stellung gegenüber den Satelliten auf wirtschaftlichem Wege weiter auszubauen[24]), aber gleichzeitig von „brüderlicher Solidarität" zu sprechen. Nach dem Prinzip der „gleitenden Fünfjahresplandurchschnitte", das Störungen durch Weltmarktschwankungen ausschalten soll, hätten die Ölpreise für Lieferungen an die Satelliten nur um 60 Prozent angehoben werden dürfen; Moskau erhöhte sie aber von 16 auf 37 Rubel je Tonne und gewährte für Gegenlieferungen nur geringe Preiserhöhungen. Die „brüderliche Hilfe" kam darin zum Ausdruck, daß die Ostblockstaaten etwas weniger als den Weltmarktpreis zu zahlen haben. Die doppelte Folge ist, daß die Satelliten zwei Milliarden Rubel ihres Volkseinkommens nicht selbst verzehren dürfen, sondern an die Sowjetunion abzuführen haben, und daß sie ihre Schulden an die kapitalistischen Staaten noch weniger als bisher zahlen können. 1972 waren erst 22 Prozent der deutschen Lieferungen durch Gegenlieferungen nicht gedeckt, 1974 waren es bereits über 50 Prozent. Der Schuldenberg wächst weiter, denn der Ostblock kauft „Jahr um Jahr mehr deutsche Waren, aber man bleibt sie bedenkenlos schuldig, offenbar in der

[24]) Walter Wannemacher: Milliardengeschenke an die Satelliten. Politische Meinung, Nr. 161/75

Meinung, die Bundesregierung müsse sich ihr Vergnügen an der ‚Entspannungspolitik' etwas kosten lassen".

Sie bezeichnete die Frage nach den Kosten der Ostpolitik als „irreführend" und dazu angetan, „die Öffentlichkeit zu verwirren"[25]); sie könne weder Staatskredite geben noch Zinssätze staatlich subventionieren.[26]) In Wahrheit begann die sozial-liberale Koalition von Anfang an[27]), „den Aufbau des Weltkommunismus aus deutschen Steuergeldern mitzufinanzieren". Jugoslawien erhielt Ersatzreparationen in Form einer Kapitalhilfe von insgesamt einer Milliarde DM bei einer dreißigjährigen Laufzeit, für die erst nach zehn Jahren Zinsen in Höhe von zwei Prozent anfallen. Gegen die Zusage, 120 000 Deutsche auswandern zu lassen, erhielt Polen 2,3 Milliarden DM, von denen 1,3 Milliarden als Pauschale für Rentenausgleichszahlungen deklariert wurden; der Rest ist mit 2,5 Prozent zu verzinsen, wobei hinzuzufügen ist, daß die Rentenzahlungen nicht den Betroffenen zugute kommen, sondern zur Verfügung der polnischen Regierung bleiben. Daß die anderen Ostblockstaaten dem nicht nachstehen wollen, liegt auf der Hand, denn

> „was den Polen recht ist, ist den Tschechen billig, für die Rumänen ein Grund zum Fordern und für die Russen ein Anlaß, den Anteil, den sie aus dem Bundesfüllhorn haben möchten, auf ihre Größenordnung hochzurechnen".[28])

Die DDR kassierte aus dem Bundeshaushalt und anderen Etats von 1970 bis 1974 insgesamt 1,8 Milliarden DM, zu denen von der Wirtschaft und von Privatpersonen weitere 500 Millionen kommen. Die sogenannte Swing-Vereinbarung, die praktisch mit zinslosen Bundesbankkrediten identisch ist, nutzte die DDR 1968 mit 135 Millionen Verrechnungseinheiten aus, 1975 beliefen sie sich auf 790 Millionen. Die Umsatzsteuerbegünstigung der Bezüge aus der DDR führte 1970 bis 1973 zu Steuermindereinnahmen zu Lasten der Bundeskasse in Höhe von 800 Millionen DM. Ein Teil der Gelder liegt bei der Bank für Gemeinwirtschaft, die dem DGB

[25]) Der Bundesfinanzminister am 20. 1. 1970

[26]) Bundeskanzler Brandt, Frankfurter Rundschau, 10. 12. 1970

[27]) Hans Graf Huyn: Der Kreml bittet zur Kasse. Informationen der CSU zur Deutschlandpolitik, Heft VII/75; ihm sind auch die beiden voraufgegangenen Angaben entnommen.

[28]) Die Zeit, 19. 10. 1973

gehört, und kann von der DDR für ihre Auslandsarbeit, sprich für subversive Zwecke, verwendet werden.

Das sind die Auswirkungen der „diplomatischen" Tätigkeit Egon Bahrs, die er auf internationaler Ebene fortsetzt, seit Helmut Schmidt ihn als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Kabinett zurückholte. Die nicht sonderlich hoch im Rang stehende Aufgabe verband er[29])

> „mit einem wichtigen Nebenamt: Als Vertrauensmann des Parteivorsitzenden Brandt, als Zu -und Zwischenträger spielte er in der Regierung eine bedeutendere Rolle, als sie dem ansonsten eher am Ende der Hierarchie rangierenden ‚Entwicklungshilfeminister' zukam".

Das muß bei einer Beurteilung in Rechnung gestellt werden, denn wenn die Opposition ihm auch Konzeptionslosigkeit und Unkenntnis der Materie vorwirft, hat er seiner denunziatorischen Grundüberzeugung im Gleichklang mit Moskau doch unmißverständlichen Ausdruck gegeben.[30]) Er erstrebt eine „Verbreiterung der Entspannung", weiß, daß sie die ideologischen Gegensätze nicht aufhebt und keine Seite ihr System ändern wird: „Beide Seiten erheben Anspruch darauf, daß es das global bessere sei. Insoweit sind beide Seiten expansiv und bleiben es."

Damit setzt Bahr die offensiv-expansive kommunistische Strategie mit dem defensiven Verhalten des Westens gleich und stellt sich in eine Linie mit der sowjetischen Propaganda. Das schlägt sich in seiner Politik nieder, die er — wie bei der Vorbereitung der Ostverträge — so weit verschleiert, daß die Opposition Anfang März 1976 seine Entlassung mit der Begründung forderte, er habe während seiner Amtszeit sowohl der Öffentlichkeit als auch dem Parlament gegenüber „ständig die Wahrheit verfälscht, gebeugt und manipuliert". Von Widersprüchlichkeit kann allerdings nur reden, wer die marxistische Grundtendenz der Bahrschen Entwicklungspolitik beiseite läßt. Als er die Zuwendungen an Griechenland und später an Chile strich, lautete seine Begründung: „Keine Entwicklungshilfe dort, wo Menschenrechte mißachtet werden, die vorher geachtet wurden."

29) Deutsche Zeitung, 12. 3. 1976
30) Die Zeit, 26. 3. 1976

Auch werde keine Hilfe an Staaten geleistet, die in anderen Ländern intervenierten. Das hinderte ihn nicht daran, in der Rahmenplanung Gelder für kommunistische Staaten vorzusehen, die sich massiver militärischer Unterstützung seitens der Sowjets erfreuen, die Menschenrechte mit Füßen treten und in den Nachbarstaaten militärisch intervenieren. Der Ausnahmezustand in Indien, die Suspendierung der Menschenrechte und das diktatorische Regime finden in den kommunistischen Staaten höchste Anerkennung. Aber während Bahr Chile unter Quarantäne setzt, meinte er gegenüber Indira Gandhi, sie müsse selbst entscheiden, was für ihr Land gut sei. Sie ist mit Waffengewalt gegen Portugal (Goa), Nepal und Pakistan vorgegangen, hat Tausende von Oppositionspolitikern ohne Gerichtsurteil eingesperrt, aber Bahr bekundete wie Moskau, daß er Respekt habe vor der Verantwortung, mit der die Premierministerin ihre Politik betreibe. Offenbar kann ein Staat, wenn er Verfassungen außer Kraft setzt und mit Waffengewalt gegen seine Nachbarn vorgeht, auf Hilfe aus Bonn rechnen, sofern er sich nur marxistisch orientiert. Auch das gehört zur Zielprojektion einer sozialistischen Umwälzung.

Sozialistisches Menschenbild

Nirgends wird die Volksfront nachdrücklicher und erfolgreicher praktiziert als im Bildungsbereich, besonders in dem der Hochschulen. Wichtiger als die hierfür ins Auge springenden zahlenmäßigen Belege sind die Inhalte und die Zielprojektionen. Sie stehen in unüberbrückbarem Gegensatz zu den westlichen Erziehungsidealen, die um die Begriffe Freiheit und Menschenwürde kreisen und in den Mittelpunkt den Menschen als Einzelperson stellen. Ihm gilt die Sorge um seine Selbstverwirklichung, seine individuelle Entscheidungsfreiheit und seine persönliche Verantwortlichkeit gegenüber dem Mitmenschen und den göttlichen Gesetzen der Sittlichkeit.

Für Kommunisten ist der Mensch, wie es schon im Kommunistischen Manifest heißt, „nur ein unbewußter und willenloser Faktor des Fortschrittes", wobei der Fortschritt allein im Materiellen gesehen wird und in dessen Rahmen der Mensch lediglich Teil des Produktionsprozesses ist. Es gibt keinen individuellen Freiheitsraum, sondern nur „gesellschaftliche Freiheit". Nach dieser Definition[1]) beginnt für die Arbeiterklasse wie für den einzelnen Bürger die Freiheit „ganz konkret bei der Tagesarbeit und ihren Ergebnissen". Lenin habe sich entschieden von „subjektivistischen Interpretationen des Wesens der Freiheit" abgegrenzt und stets gefragt:

> „Freiheit für wen? Freiheit für welche Klasse? Freiheit wozu und für welche Ziele? Er verstand die Freiheit als bewußte Aktion der Werktätigen für die Entwicklung des Sozialismus."

Wer den Terror der Linken gegen ihnen nicht zusagende Äußerungen beobachtet, weiß, daß auch sie Freiheit für die Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen zulassen. Sie übten — das Beispiel mag für viele stehen — intellektuelles Faustrecht, die Justiz sprach von Meinungsterror, als der Hamburger Altbürgermeister und langjähriges SPD-Mitglied Professor Weichmann an der Universität Kiel über „Grundgesetz in Not?" sprechen wollte und durch Krawalle an seinen Ausführungen gehindert wurde.

[1]) Radio DDR, 3. 6. 1974

Nun läßt sich der Begriff Sozialismus nach den theoretischen Darlegungen wie nach der praktischen Handhabung vielfältig auslegen, doch bleibt allenthalben der grundsätzliche Tatbestand, daß er den individuellen Freiheitsraum einschränkt und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden übt. Verblüffend muß dabei ein Gleichklang zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Programmatik wirken. Im Godesberger Programm der SPD heißt es: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt." Breschnew sagte aus „langjähriger Praxis" in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XXV. Parteitag der KPdSU: „So, wie wahre Demokratie ohne Sozialismus unmöglich ist, ist auch der Sozialismus unmöglich ohne ständige Entwicklung der Demokratie."
Gewiß stellen sich Sozialdemokraten und KPdSU unter Sozialismus nicht die gleichen Ordnungsstrukturen vor, aber beide erheben den Absolutheitsanspruch, daß Demokratie sich nur durch Sozialismus verwirklichen lasse. Um ihn auf Massenbasis vertretbar zu machen, gilt der Angriff der Jusos wie der Kommunisten dem Bewußtsein des Menschen, das in ihrem Sinne verändert werden soll. Daher ihr Griff nach allen Institutionen, die, wie Helmut Schelsky formuliert, der „Sinnvermittlung" dienen, in erster Linie nach den Bildungsinstitutionen.

Volksfrontkonforme Systemveränderung

Sie werden nahezu ausschließlich vom Staat getragen, aber die Praxis der Bewußtseinsveränderung bedient sich der Verleumdung und Diffamierung sowohl der staatlichen Organe als auch der verwirklichten Verfassung. Die Prinzipien von Recht und Ordnung werden lächerlich gemacht, und wer sich von der Basis des Grundgesetzes aus um Reformen bemüht, deren Notwendigkeit niemand leugnet, wird mit dem Argument bekämpft, er wolle nur die bestehenden „Herrschaftsstrukturen" festigen. Sie sollen unter der Fälscherparole beseitigt werden, daß sich erst dann die Postulate des Grundgesetzes verwirklichen ließen. Wie bei der DKP[2]) findet sich in der Literatur der Jusos wie der Judos die Unterstellung, daß

[2]) Siehe die Broschüre: Die DKP und das Grundgesetz

das Grundgesetz in Gefahr sei und allen Anschlägen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten entgegengetreten werden müsse. Alle drei Gruppierungen fordern eine „antimonopolistische" Demokratie, zu erreichen auf der Basis des Klassenkampfes und unter Ausnutzung aller Rechte und Freiheiten, die das Grundgesetz bietet.

Wie die Kommunisten wissen auch die Jusos, daß es dazu eines langen Erziehungsprozesses bedarf, der bereits mit der Beeinflussung der Kleinkinder einzusetzen hat. Daher gilt es[3]), „die enge Fixierung der 3 — 5jährigen Kinder an das „Elternhaus durch die Integration in eine gleichaltrige Gruppe" zu lockern, um die „mit der ödipalen Phase verbundenen Komplexe abzubauen". Deshalb soll auch die Mitbestimmung der Eltern so geregelt werden, daß sie „Reformprozesse nicht aufhalten können und daß die Vorrangigkeit der Mitbestimmung der Schüler" gewährleistet ist. Da auch Jusos wissen, wie leicht Kinder manipulierbar sind, soll der elterliche Einfluß zurückgedrängt werden. Die „sozialistische Arbeit im Schulbereich" muß[4]) „als Teil einer übergreifenden Strategie antikapitalistischer Strukturreformen verstanden werden. Sie ist politisch wichtig, weil die Schule als ein entscheidendes Instrument zur Reproduktion des kapitalistischen Systems verwendet wird". Also muß sozialistisch orientierte Bildungspolitik[5]) aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung darauf ausgerichtet sein, systemüberwindend zu wirken. Sie muß sich klar absetzen von einem systemausbessernden Reformismus".

Das sind programmatische Äußerungen, über deren bramarbasierendes Soziologendeutsch man hinweggehen könnte, wenn sie nicht bereits in einigen sozialdemokratisch regierten Ländern angewendet würden. Die hessischen Rahmenrichtlinien sind ein Instrument marxistischer Indoktrination, die die Beziehungen zu unserer Vergangenheit zerstören und die Kinder nicht zur Toleranz, sondern zur Konfliktbereitschaft, „zur Verteufelung aller Andersdenkenden und zu arroganter Selbstgerechtigkeit"[6]) erziehen. Die deutsche

[3]) Beschluß des Juso-Bundeskongresses 1970 in Bremen
[4]) Beschluß des Juso-Bundeskongresses 1972 in Oberhausen
[5]) Beschluß des Juso-Bundeskongresses 1969 in München
[6]) Karl Steinbuch: Ja zur Wirklichkeit. Stuttgart 1975

Hochsprache wird als Instrument des Klassenkampfes eingestuft, die Beurteilung der Dichtung soll sich ausschließlich nach ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz richten. Geschichtliche Erfahrung wird über Bord geworfen, jede Tradition diskreditiert und durch klassenkämpferische Parolen ersetzt, die Gegenwart in den düsteren Farben der Unterdrückung geschildert: [7])

> „Den Hessischen Rahmenrichtlinien liegt offenbar eine geschichtsphilosophische Betrachtungsweise zugrunde, wie sie vom historischen Materialismus entwickelt worden ist, nämlich: Die Produktionsverhältnisse beruhen auf der marktwirtschaftlichen Ausbeutung unterprivilegierter Gesellschaftsschichten bzw. Klassen, und die unterprivilegierten Klassen und Schichten werden durch die politischen Verhältnisse an der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Rechte gehindert."

Sozialdemokraten, die allerdings dem Bund Freiheit der Wissenschaft angehören, wie die Professoren Lübbe und Nipperdey, kommen zu dem Ergebnis, daß die Rahmenrichtlinien zu einer anderen Demokratie führen, in der Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und menschliche Autonomie keine Rolle mehr spielen und in der die Gesellschaft nur noch in Konflikten lebt: [8]) „Die formierte Schule und das formierte Gesellschafts- und Menschenbild der Rahmenrichtlinien sind eine Gefahr für unsere pluralistische und tolerante liberale Demokratie."

Ihre Verfasser und Verfechter gehören jenem Kreis theoriebewußter Intellektueller an [9]), die stets genau wissen, was die wahren Interessen des Menschen und seine Bedürfnisse sind. Ihre Theorie für eine bessere Gesellschaft der Zukunft ist

> „Ausdruck der Alleinvertretungsanmaßung von Intellektuellen für die gesamte übrige Gesellschaft, mit deren verschiedenen Klassen oder Gruppen sie weder die gleichen Interessen noch die gemeinsamen Überzeugungen teilt. Gerade darum ist es ja ihre Absicht, alles auf den von der Theorie festgesetzten gemeinsamen Nenner zu bringen".

Damit werde aus der Theorie statt Wissenschaft eine Heilslehre,

[7]) Frankfurter Allgemeine, 2. 4. 1974. Zitiert bei Steinbuch a.a.O.
[8]) Th. Nipperdey: Konflikt — Einzige Wahrheit der Gesellschaft? Osnabrück 1974. Zitiert bei Steinbuch
[9]) Karl Sontheimer: Das Elend unserer Intellektuellen. Hamburg 1976

die den Menschen nicht verstehen, sondern erlösen wolle. Das trifft auf Jusos und Kommunisten gleichermaßen zu, und da sie, auf sich allein gestellt, ihre Vorstellungen nicht verwirklichen können, tun sie sich zu Einzelaktionen immer wieder zusammen. Die Jusos orientieren sich nicht „an einer gemeinsamen Parteizugehörigkeit, sondern an gemeinsamen politischen Zielen".[10]) Das schrieb der inzwischen aus der SPD entfernte Münchner Stadtrat Siegmar Geiselberger, aber wer glaubt, daß damit diese Maxime auch aus der SPD eliminiert sei und sie sich an ihren Abgrenzungsbeschluß halte, wird durch andere Aussagen eines Schlechteren belehrt. Die Jusos streben nach wie vor „das Bündnis mit allen Gruppen und Einzelpersonen an, die wie wir auf eine sozialistische Umgestaltung hinarbeiten. Nur gemeinsam können wir eine Gegenmacht zur Macht des Monopolkapitals bilden".[11]) Bremens SPD-Landesvorsitzender Dr. Henning Scherf betonte vor der Humanistischen Union[12]), die Bremer SPD sei der Ansicht, daß eine Mitgliedschaft in der DKP oder ein Bekenntnis zu ihrem Programm den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit nicht begründen könne.
Für den Oberstudienrat Hauenstein war es ein Akt der Demokratie[13]), die Kandidatur eines Kommunisten bei den baden-württembergischen Landtagswahlen zu unterstützen.

Volksfront der Akademiker

Am erfolgreichsten wurde bisher die Volksfront zweifellos an den Hochschulen praktiziert, wie alle Verfassungsschutzberichte des Bundesinnenministeriums ausweisen. Nach dem 1976 für das Vorjahr erstellten Bericht besetzten Linksextremisten in den Studentenparlamenten von 41 Universitäten und Technischen Hochschulen 39,3 Prozent aller Sitze, von 256 Mitgliedern Allgemeiner Studentenausschüsse an 39 Hochschulen waren mindestens 109, also 42,6 Prozent, Linksextremisten. Der Bericht versteht unter ihnen die „Neue Linke" mit kommunistischen Gruppen verschiedenster

[10]) Juso-Information, Nr. 7/1970
[11]) Juso-Unterbezirksvorsitzender Adolf Salzer, Dillenburg in kommunistischer Zeitung UZ 1970
[12]) Sozialistische Korrespondenz, Nr. 8/1972
[13]) a.a.O.

Färbung, den MSB/Spartakus und den Sozialistischen Hochschulbund (SHB). Am stärksten ist der MSB, der seine Position in den AStAs „in erster Linie ‚antikapitalistischen' demokratischen Gruppen" verdankt, im Klartext also den Jusos und Judos, die des antikapitalistischen Effekts wegen mit ihnen zusammenarbeiten. Er fühlt sich der „DKP durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden".

Arm in Arm mit ihm und anderen kommunistischen Studenten tritt der SHB auf, dessen prokommunistische „Sozialistische Korrespondenz" die oppositionellen marxistischen Gruppen in der SPD unterstützt. Wenn die Mitgliederzahl der „Neuen Linken" mit 2000 konstant geblieben ist, ihr Anteil an den Sitzen in den Studentenparlamenten sich aber von 6 auf 8,6 Prozent, die ihrer Sitze in den AStAs von 10 auf 13 erhöhte, ist der Schluß gerechtfertigt, daß sie Zulauf aus anderen Linkskreisen erhielten. Wenn die SPD behauptet, daß sie den stärksten Riegel gegen die Ausbreitung des Kommunismus bilde, läßt sich das an zahlreichen Beispielen widerlegen. Heute sind es [14])

> „die Juso-Hochschulgruppen, die dem verfassungsfeindlichen Spartakusbund der DKP zu Mehrheiten in vielen Allgemeinen Studentenausschüssen verhelfen. Auf der Kölner VDS-Versammlung wurde ganz deutlich, daß erst die Koalitionsbereitschaft der Juso-Hochschulgruppen und des Liberalen Hochschulbundes es ermöglichte, daß es Mehrheiten für die Spartakisten gibt. Beide Studentenverbände, die den Regierungsparteien nahestehen, ziehen es vor, mit Kommunisten statt mit einem verfassungstreuen Studentenverband wie dem RCDS zu koalieren".

In der Tat stellte sich der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) „im Zeichen einer Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberalen vor": [15]) Juso Eitel ist SPD-Mitglied, LHV-Vertreter Storck gehört der FDP und MSB-Vertreter Fischer der DKP an. Eine Koalition aus MSB, SHB, Jusos und „Unabhängigen" stürzte den AStA an der Universität Köln, den bisher der RCDS gestellt hatte. Sein Versuch, mit der

[14]) MdB Alfred Dregger im Bundestag am 12. 5. 1976
[15]) Generalanzeiger, Bonn, 3. 5. 1974

SPD und FDP zu koalieren, wurde zugunsten einer Aktion mit den Kommunisten abgewiesen.[16]). Anderes ist kaum zu erwarten, wenn es in einer vom SPD-MdB Norbert Gansel mitverfaßten Erklärung heißt[17]), führende Politiker der CDU/CSU seien „gefährlicher für die Demokratie als einige wildgewordene Kleinbürger vom Format der RAF". Über die Brandstifter- und Mörderbande der „Rote-Armee-Fraktion" braucht kein Wort verloren zu werden, aber wer über demokratische Solidarität so denkt, muß sich fragen lassen, von wem ein Sicherheitsrisiko ausgeht. Das unterstreicht ein Ausspruch des Gründungsrektors der Bremer Universität und damaligen stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Thomas von der Vring[18]): „Eine CDU-Regierung in Bremen würde für die dortige Universität das gleiche bedeuten wie für die CSSR der Einmarsch der Russen."

Entsprechend sieht der dortige Studentenrat nach den Wahlen von 1976 aus: MSB gewann 29,5 und SHB 24,2 Prozent der Stimmen und stellt den AStA. Stärkste Fraktion wurde der maoistische Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) mit 30,6 Prozent. Die Jusos bilden mit 12,3 Prozent den „rechten" Flügel, denn der Terror ist so stark, daß der RCDS aus Furcht vor Repressalien nicht zu kandidieren wagte.[19])

Im Lehrkörper sieht es nicht anders aus, denn 1975 stimmten 84 von 263 Hochschullehrern für die der KPD und dem KPW nahestehenden Listen.[20]) Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschule gefordert, für die der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete der SPD, Heinz Heuer, die Begründung gab: „Wenn die Gewerkschaften Investitionskontrollen und Investitionslenkung fordern, muß die Wissenschaft der Politik die entsprechenden Instrumentarien anbieten."[21]) Demnach soll die Hochschule den Systemveränderern die nötige Munition bieten. Einen verfassungsfeindli-

[16]) Hochschulpolitische Infomationen, 12. 3. 1976
[17]) Dregger a.a.O.
[18]) Hochschulpolitische Informationen, Nr. 18/1971
[19]) Intern-Information, 14. 3. 1976
[20]) Dregger, a.a.O.
[21]) Bayernkurier, 21. 2. 1976

chen Helfer haben sie in dem Kommunisten und Diplompsychologen Dieter Mützelburg, der Leiter der Zentralen Lehrerbildungsstelle an der Universität Bremen ist.[22]) Er gehört dem KBW an und entwarf ein Zukunftsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland:

> „Die Arbeiter können die Fabriken und Maschinen in ihre eigenen Hände nehmen und sie zu ihrem und dem Nutzen der ganzen Gesellschaft entwickeln. Allerdings werden die Arbeiter kaum eine Fabrik in ihre eigenen Hände nehmen können, solange der Staatsapparat sie daran hindern kann. Die Arbeiter müssen nicht nur die Fabriken, sondern auch die Staatsmacht in ihren Händen haben, und die beherrschenden bürgerlichen Politiker entmachtet werden. Kurz: die Schutzhülle des Kapitalismus, der westdeutsche Staat, wird zerbrochen."

Das führte zwar zur Forderung nach seiner Entlassung, die jedoch der Personalrat einstimmig verweigerte. Wie sollte die Volksfront auch nicht funktionieren, wenn Vizepräsident der Universität der Sozialdemokrat Professor Stuby ist, der der Vereinigung Demokratischer Juristen angehört. Das ist laut Verfassungsschutzbericht eine mit den Kommunisten zusammenarbeitende Organisation, die „Verbündete für den Kampf gegen die ‚bürgerliche Justiz' sucht und Mitglied der prokommunistischen Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen ist. Die Programmatik praktiziert ein anderer Sozialdemokrat, Professor Axel Azzola, Inhaber des rechtswissenschaftlichen Lehrstuhls an der Technischen Universität Darmstadt. Er ist einer der Wahlverteidiger im Stuttgarter Baader-Meinhof-Prozeß und sieht als Möglichkeit revolutionärer Dolchstoßpolitik[23]) die „totale Negation des Bürgertums einschließlich seines Rechts". Die Terroristen sollen als „Kriegsgefangene" behandelt werden, da sie sich in einem „Kriegszustand mit der Bundesrepublik Deutschland" befänden. Die „Neue Zürcher Zeitung" nennt ihn einen „Juristen im Dienst der proletarischen Weltrevolution", der weder das erste noch das zweite juristische Staatsexamen abgelegt hat. Fragen nach seiner Einstellung und der Vereinbarkeit mit dem Beamtenrecht weist die Darmstädter Hoch-

[22]) Die Welt, 22. 5. 1976
[23]) Rheinischer Merkur, 4. 6. 1976

schule als Diffamierung zurück — gewiß nicht zu Unrecht, wenn Staatssekretär Schmude vom Bundesinnenministerium den Standpunkt vertritt:[24]) „Wenn Sozialdemokraten zur gemeinsamen Aktivität mit Kommunisten bereit sind und diese aus dem Zusammenwirken objektiv den Nutzen ziehen, rechtfertigt das nicht den Vorwurf mangelnder Verfassungstreue."
Damit wird von höchster Stelle die Bildung von Volksfronten sanktioniert in Bereichen, die auf Langzeitwirkung eingestellt sind.

Internationale Volksfront „Berufsverbote"

Über die Grenzen hinaus greift der Kampf gegen den Radikalenerlaß unter der semantischen Betrugsformel Berufsverbote. Mag die Handhabung in manchen Fällen zu wünschen übrig lassen, tatsächlich dekretiert er nur, daß Verfassungsfeinde, die die freiheitliche Ordnung durch eine totalitär-sozialistische ersetzen wollen, vom Staatsdienst fernzuhalten sind. Folgen wir wieder dem Verfassungsschutzbericht für 1975, dann wurde die Kampagne von Kommunisten gestartet, allerdings „unter ihrer verdeckten Regie". Die spontanen örtlichen Aktionen wurden koordiniert vom Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten", dem neben Mitgliedern der DKP und der DFU „auch Mitglieder demokratischer Parteien angehören". Der Ausschuß stützt sich auf mehr als 200 regionale und örtliche „Komitees gegen Berufsverbote", in denen gleichfalls Kommunisten mit Demokraten zusammenarbeiten. Im kirchlichen Bereich will das im April 1975 gegründete „Komitee Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche" vor „Berufsverboten" schützen und dem Antikommunismus der Amtskirchen entgegenwirken.
Wenn Genscher in seiner Eigenschaft als Bundesinnenminister erklärte[25]), es gehöre zur Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Radikalismus, daß Feinde unserer Verfassungsordnung vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden, dann sollte er diese Wachsamkeit zuerst in seinen eigenen Reihen praktizieren. Denn nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch Judos und Mitglieder der FDP

[24]) Zitiert von MdB Dr. Erich Riedel im Bundestag am 12. 5. 1976
[25]) Im Bundestag am 7. 6. 1972

nehmen an Volksfrontaktionen teil und kooperieren mit Kommunisten. Sie stellen die parlamentarische Demokratie als „Variante bürgerlicher Herrschaft" neben den Faschismus[26]), bemühten sich um eine Vertretung im Marburger Stadtparlament, weil „auf diese Weise jungdemokratische, d.h. radikal-liberale Vorstellungen besser in die Partei hineingetragen werden können".

Im Arbeitskreis kritischer Juristen (AKJ) operieren sie mit dem MSB/Spartakus und anderen Kommunisten zusammen, der im Aufruf zu den Fachschaftswahlen die „bedeutenden Leistungen der sozialistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze" bejubelte, weil die Existenz sozialistischer Staaten sozialistische Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland begünstige. Dafür sei es höchste Zeit, weil sich

> „hier wie in Chile die gleichen gesellschaftlichen Kräfte zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Privilegien nicht scheuen, die Verfassung auszuhöhlen oder zu brechen und die demokratischen Errungenschaften der arbeitenden und lernenden Bevölkerung aufzuheben".

Die Landesvorsitzenden der kommunistischen SDAJ und der Deutschen Jungdemokraten in Hessen forderten die hessische Jugend zu gemeinsamen Aktionen auf[27]), verurteilten die von der hessischen Regierung praktizierten „Berufsverbote" und vereinbarten, „die gegenseitigen Beziehungen zu festigen und zu erweitern". Der ehemalige Judo-Bundesvorsitzende Theo Schiller schrieb an den 4. Bundeskongreß der SDAJ im Mai 1974 in Hannover[28]), er hoffe, daß

> „der Kongreß jene politische Linie bestätigen wird, die es ermöglicht, daß unsere beiden Organisationen in einer Reihe von Einzelfragen kooperieren und zusammen mit anderen linken Verbänden gemeinsame Aktionen tragen können".

Der jungdemokratische Kreisverband Dortmund stellte zur Landesdelegiertenkonferenz am 11. Januar 1975 in Duisburg einen Antrag zur Volksfrontbildung:[29])

[26]) In: jung-demo-kraten, zitiert im Bayernkurier, 13. 3. 1976
[27]) Die Welt, 20. 6. 1975
[28]) CDU-Information Niedersachsen, 22. 5. 1974
[29]) Rheinische Post, 9. 1. 1975

„Die DJD begreifen als langfristiges Ziel die grundsätzliche Überwindung der herrschenden Verhältnisse. Sie haben eine antikapitalistische Perspektive. Die Verteidigung der fortschrittlichen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution gegen die Konterrevolution wird nur in einer Volksfront möglich sein."

Das war der Parteitagsbeschluß der Hamburger FDP 1974, der unterstellte, daß der Extremistenbeschluß nicht allein gegen Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angewendet werde, sondern auch gegen „kritische Demokraten", zu denen sie neben Liberalen und Sozialdemokraten auch die Kommunisten zählte.

Die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul geht in einem Interview mit der kommunistenfreundlichen Zeitschrift „konkret" einen Schritt weiter mit der Meinung, „daß gerade die Angehörigen der DKP relativ treue Staatsdiener sein werden". Das macht die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront verständlich, zumal nach den Worten des Augsburger SPD-Funktionärs und Rechtsanwalts Hans Lafontaine[30]) das Kräfteverhältnis so sei, „daß wir alle demokratischen Kräfte sammeln müssen, um gegen die Berufsverbote anzugehen". Als der sozialdemokratische Oberbürgermeister Münchens einen Kommunisten nicht als Sozialarbeiter einstellen wollte, erschien ein Flugblatt mit der Überschrift „Kommunisten und Sozialdemokraten laden ein", das zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen den Entscheid aufrief. Gewerkschaftsbund und Jusos veranstalteten eine Kundgebung gegen den Extremistenerlaß und bezichtigten die Staatsregierung, sie habe eine abgelehnte Juristin „mit dem neuen Judenstern" behängt.[31]) Der Gewerkschaftsvertreter erklärte: „Wichtiger als die Solidarität der Demokraten ist die Solidarität der Sozialisten. Wenn unserem Volk Gefahr gedroht hat, so immer von rechts und niemals von links."

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, stellte sogar die Kongruenz zwischen Gewerkschaften und Kommunisten fest[32]), als er auf eine entsprechende Frage antwortete: „Nennen Sie mir eine Haltung, eine Forderung der DKP, die mit gewerkschaftlichen Positionen nicht vereinbar wäre." Die DKP bekenne

[30]) UZ, 13. 12. 1975
[31]) Süddeutsche Zeitung, 19. 3. 1976
[32]) Deutsche National-Zeitung, 14. 4. 1976

sich zur parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und wolle nicht das System der SED einführen. Ob daraus Unkenntnis oder gezielte Verschleierung spricht, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls sieht die DKP laut Verfassungsschutzbericht, der diese Tatsache mit Zitaten belegt, im Ordnungssystem der DDR ein „zukunftweisendes Vorbild".

Sie war es auch, die die Kampagne gegen „Berufsverbote" international ausweitete, indem der DKP-Vorsitzende Herbert Mies im Juli 1975 an die Regierungen, Parlamente und sozialistischen Parteien Westeuropas eine sogenannte „Dokumentation" verschickte. Der Erfolg war durchschlagend, Rundfunk- und Fernsehanstalten verbreiteten Meldungen und produzierten Filme mit dem Tenor, in der Bundesrepublik Deutschland werde die Verfassung mit Füßen getreten, es werde eine Hexenjagd im Stil des McCarthianismus betrieben, die atmosphärische Situation gleiche der in Chile, Argentinien und Spanien usw. Material lieferte die Arm in Arm mit den Kommunisten auftretende Initiative „Weg mit den Berufsverboten", deren Arbeitsausschuß zwei Mitglieder in der DKP, vier der kommunistischen Tarnorganisation DFU, drei der FDP und einer der SPD angehören. Eine Delegation überreichte am 10. Juni 1976 in Amsterdam der Vorsitzenden der holländischen sozialdemokratischen „Partei der Arbeit" eine „Dokumentation" über „Berufsverbote"[33]), wobei sich SPD-MdB Wilhelm Dröscher, Vorsitzender des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG", der Meinung Willy Brandts anschloß, daß der „Radikalen-Erlaß ein Irrtum" gewesen sei.

Angriff auf Verfassungsschutz

SPD-MdB Hansen machte „konkret" zu seinem Sprachrohr, um zu fragen: „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?" Sein in wüster Verzerrung gezeichnetes Geschichtsbild fand die kommunistenfreundliche „Tat" so attraktiv, daß sie den Aufsatz nachdruckte[34]). Das war eine Argumentationshilfe für seine ausländischen Freunde, die nun nicht mehr bei „Protest-Meetings" verharr-

[33]) Pressemitteilung Nr. 53 der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" vom 11. 6. 1976

[34]) Tat, 2. 4. 1976

ten, sondern die Bundesregierung unmittelbar unter Druck zu setzen versuchten. 21 dänische Reichstagsabgeordnete — 13 gehörten der Sozialdemokratischen Partei, 8 der Sozialistischen Partei an — richteten eine Resolution gegen die „Berufsverbote“ an den deutschen Bundestag, holländische Sozialdemokraten schrieben in gleicher Sache an die Bundesregierung [35]). Vor der deutschen Botschaft in Paris marschierten Studenten auf [36]), um gegen die „Berufsverbote, die Zensur und die Entwicklung eines Klimas der Hexenjagd in der Bundesrepublik“ zu protestieren. Am 27. Mai 1976 gründete Frankreichs Sozialistenführer und Freund Willy Brandts François Mitterand ein internationales „Komitee für die Verteidigung der bürgerlichen und öffentlichen Rechte in der Bundesrepublik“. Der mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnete und daher in der Kampagne besonders wirkungsvoll einsetzbare französische Politologe Alfred Grosser fand die Gründung zwar „nicht besonders glücklich“ [37]), aber auch er protestierte in München und andernorts gegen den Extremistenerlaß. Wenn eine Demokratie so solide sei wie die deutsche, könne sie sich noch viel mehr Radikale leisten. Er verstehe den Aufwand gegen so wenig Verfassungsfeinde nicht, denn immerhin sei das ein „echter politischer Preis“, der mit einer „Verminderung des Prestiges im Ausland“ bezahlt werde.

Grosser sieht nicht oder will nicht sehen, daß es sich um gesteuerte kommunistische Aktionen handelt, an denen seine Gesinnungsfreunde lebhaft mitwirken. Ausgerechnet die Kommunisten sprechen von einer „Auslaugung der Grundrechte von Freiheiten der Menschen“ und genieren sich nicht vor einem weiteren Schritt: [38])

> „Was jetzt in der BRD vor sich geht, ist nicht nur eine Verletzung der Grundrechte der werktätigen Menschen, sondern steht auch in einem himmelschreienden Widerspruch zu den vor anderthalb Jahren auf der gesamteuropäischen Konferenz in Helsinki erzielten Vereinbarungen.“

[35]) Bayernkurier, 10. 4. 1976
[36]) Nürnberger Nachrichten, 31. 5. 1976
[37]) Die Welt, 29. 5. 1976
[38]) Radio Frieden und Fortschritt, 12. 2. 1976

Selbstverständlich erwähnt der Kommentar nicht, daß Breschnew erklärt hatte, Ordnungsprobleme der einzelnen Länder fielen ausschließlich in die Zuständigkeit der nationalen Gesetzgebung. So wenig er „Kapitalisten“ in seiner Verwaltung zuläßt, so wenig wünschen wir Kommunisten in unserem öffentlichen Dienst. Weder in der Sowjetunion noch in irgendeinem anderen Land wäre es möglich, gegen deren Verfassungen eine Konferenz einzuberufen, wie sie am 29. Mai 1976 in Karlsruhe stattfand.[39]) Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus elf europäischen Ländern traten gemeinsam auf, um gegen den „Generalangriff auf die freiheitlichen Rechte in Europa“ zu protestieren. Von deutscher Seite erklärte das Mitglied des Präsidiums der DKP, Kurt Erlebach, ein Ausgangspunkt für die „Berufsverbote“ sei auch die „Verketzerung des wissenschaftlichen Sozialismus“. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Otmar Schreiner, überbrachte Grüße der Internationalen Union der sozialistischen Jugend und bezeichnete den Extremistenerlaß als „kalte Illegalisierung“ systemkritischer Kräfte. In der Resolution heißt es:

> „Die Aushöhlung demokratischer Rechte, die Verketzerung fortschrittlicher Gedanken, antikommunistische Hysterie führen nicht nur zur Abschaffung der Demokratie, sondern auch zur Gefährdung des Friedens. Insofern ist die gesamte europäische Öffentlichkeit betroffen.“

Damit wird die Kampagne zur Volksfront auf internationaler Ebene, wobei sie Unterstützung durch die sozial-liberale Koalition findet, da sie die Kriterien für die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit aushöhlte. Angeblich werden auch Sozialdemokraten vom „Berufsverbot“ betroffen, doch trifft das nur insofern zu, als diese Sozialdemokraten gleichzeitig Mitglieder kommunistischer Tarnorganisationen sind, ohne daß die SPD von ihrem Abgrenzungsbeschluß Gebrauch machen würde. Sie sprach sich nur milde gegen die Einmischung Mitterands in die innerdeutschen Verhältnisse aus und entschuldigte sie mit der perfiden Unterstellung, die Unionsparteien hätten in Zusammenhang mit der Anwendung des Extremistenerlasses ein „Klima der Intoleranz“ geschaffen; daher

[39]) adn, 29. 5. 1976, Progreß-Presse-Agentur, 29. 5. 1976

sei die „Besorgnis“ der westeuropäischen Öffentlichkeit ernstzunehmen. Damit werden Brücken zu den Kräften geschlagen, die die Freiheitsrechte des Einzelmenschen im Interesse einer ideologischen „Linientreue“ rücksichtslos unterdrücken. Die Überlegung von Professor Erwin K. Scheuch[40]) solle in die Tat umgesetzt werden:

> „irgend etwas aber sollte jetzt geschehen, um die Frage, wie der öffentliche Dienst von Verfassungsfeinden freizuhalten sei, abzukoppeln von den Versuchen, uns von außen her allmählich an die Volksfront zu gewöhnen“.

[40]) Deutsche Zeitung, 4. 6. 1976

ZWISCHEN SOZIALISTISCHEM EUROPA UND EUROKOMMUNISMUS

Der Beschluß der EG-Regierungschefs, die Abgeordneten zum Europaparlament direkt wählen zu lassen, überträgt die theoretischen Modelle für die Zukunft einer europäischen Ordnung auf die praktische Politik. Unabhängig davon, welche Machtbefugnisse ihm zugesprochen werden, ist — wie in den nationalen Bereichen — mit Koalitionen zu rechnen, deren Entscheidung den weiteren Weg bestimmt. Unverkennbar stehen sich dabei freiheitlich-demokratische und staatsbürokratisch-sozialistische Vorstellungen gegenüber, zwischen denen die Würfel fallen werden. Internationale Konferenzen der sozialdemokratischen Parteien wie ihre Praktiken in verschiedenen Staaten haben entgegen allen Abgrenzungsbeschlüssen und Deklamationen für den innenpolitischen Gebrauch den Kommunismus hoffähig gemacht und so weit verharmlost, daß Kooperationen auf Volksfrontbasis möglich geworden sind. So schreibt der Berater der SPD-Führung und Professor für Politologie an der Freien Universität Berlin [1]), der europäische Kommunismus habe sich mehr und mehr dem Konzept des „demokratischen Sozialismus" genähert, neue Koalitionen zwischen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten seien entstanden und damit auch neue Synthesen im ideologischen Bereich denkbar. Das ist die Proklamation der Volksfront in einem offiziösen Organ, die bedenkenlos eine Erfahrung verdrängt: [2])

> „Die mittel- und osteuropäischen Volksfronten der Nachkriegsjahre endeten alle mit kommunistischer Totalherrschaft. Unsere Zeitgeschichte ist ein Friedhof von Leuten, die mit Kommunisten Allianzen eingegangen sind. Wer sich nicht an diese Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen."

Kontroverse um Freiheit und Sozialismus

Die große Haushaltsdebatte im Bundestag im Mai 1976 führte immer wieder auf diese Erkenntnis zurück und kreiste um die Be-

[1]) Das Parlament, 31. 1. 1976, Beiheft
[2]) Neue Zürcher Zeitung, 8. 2. 1976

griffe Freiheit und Sozialismus, wobei die Opposition von der sozialdemokratischen Auslegung und den sich daraus ergebenden Folgerungen ausging. Im Godesberger Programm heißt es, daß Demokratie nur durch den Sozialismus verwirklicht werden könne, daß die Hoffnung der Welt eine Ordnung sei, die auf den Grundwerten des Sozialismus aufbaue. SPD-MdB Dr. Schäfer erklärte[3]), wer für Freiheit sei, müsse für den Sozialismus sein. Über die Grundwerte der Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, verliert der Orientierungsrahmen der SPD für die ersten beiden Werte ganze drei Sätze, während er die Solidarität nur auf die Arbeiterbewegung bezogen wissen will. Darin manifestiert sich ein Ausschließlichkeitsanspruch, der die Demokratie auf die „Werktätigen" beschränkt und jeden zum Feind von Demokratie und Freiheit stempelt, der sich nicht zum Sozialismus bekennt. Aber schon 1930 schrieb der sozialdemokratische Professor Gustav Radbruch[4]), daß die SPD „die Demokratie nur als Leiter zum Sozialismus empfindet, die dann beiseite geschoben wird, sobald man den Sozialismus erstiegen hat".

Radbruch dürfte seine Partei kaum mit der kommunistischen auf eine Stufe gestellt haben, aber Herbert Wehner warf denen, die Freiheit und Sozialismus als Gegensatz ansehen, vor, sie wollten die SPD mit dem belasten, was die Kommunisten „Sozialismus" nennen.[5]) Das sei ein „Trick", eine „Lügenalternative", mit der Treibjagd auf die Sozialdemokratie gemacht werden sollte, um sie „von unserem demokratischen Staat und der Freiheit der Deutschen" zu amputieren. Den gleichen Ton schlugen in hektischer Reaktion auch andere Sozialdemokraten an, bis sie die Parole dahin änderten, daß Freiheit erst durch den Sozialismus gewährleistet werde. Zur Begründung führten sie soziale Leistungen an, die den schwächeren Schichten größere materielle Sicherheit bieten und damit deren Bewegungsmöglichkeit erhöhen. Einst ging es um die Freiheit vor absoluter Herrschaft und Gleichheit vor dem Gesetz[6]), dann um die Freiheit von Not, „um die Freiheit von Abhängigkeit".

[3]) Im Bundestag am 11. 5. 1976
[4]) Zitiert von MdB v. Weizsäcker im Bundestag am 12. 5. 1976
[5]) Im Bundestag am 11. 5. 1976
[6]) Aus der Rede Weizsäckers, der hier auch weiter gefolgt wird

Es war „der Kampf um die Arbeitsbedingungen, um einen menschenwürdigen Lohn, um menschenwürdige Arbeitszeiten und um eine humane Arbeitswelt, um eine menschenwürdige Wohnung". Das alles schafft Freiheit, weil die soziale Sicherheit ein Rechtsanspruch und nicht ein Almosen des Staates ist. Aber das alles sind „Fragen nach einer Befreiung von etwas. Nun kommt die Frage: Wie ist es mit der Freiheit zu etwas? Ist denn die Freiheit nur eine Gabe, eine Sammlung von Rechtsansprüchen, oder ist die Freiheit auch eine Aufgabe?"

Abbau persönlicher Verantwortlichkeit

Hier setzt der fundamentale Unterschied zwischen denen ein, die an die Spitze ihrer Wertskala die Freiheit setzen, und denen, die Freiheit nur in der sozialen Absicherung durch den Staat sehen. Es ist ein Irrtum, in der Gegensätzlichkeit von Freiheit und Sozialismus den Versuch zu sehen, Sozialdemokraten mit Kommunisten gleichsetzen zu wollen. Die Gegensätzlichkeit liegt vielmehr darin, daß die einen die staatliche Tätigkeit vervielfachen und den öffentlichen Korridor erweitern wollen, während die anderen auf die persönliche Tätigkeit, Verantwortlichkeit und Selbsthilfe abzielen. Der Trend läßt sich an der Politik seit 1969 in der Vermehrung des Staatshaushaltes unschwer ablesen: 1969 betrug der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt 37 Prozent, 1975 erreichte er 48 Prozent. Für das Gesundheitswesen postulierte die SPD: „Was wir als gesund und krank gegeneinander abgrenzen, ist gesellschaftsproduziert in jeder Hinsicht." Krankheit liegt demnach an der falschen Gesellschaft, um sie zu beseitigen, bedarf es also der Systemveränderung. Statt an die Selbstverantwortung zu mahnen, wird eine ideologisierte Politik betrieben, die „dem Bürger Gesundheit durch Gesellschaft verspricht". Zum elterlichen Sorgerecht erklären die Sozialdemokraten, daß „das Kleinkind Objekt elterlicher Fremdbestimmung" sei, der es natürlich seitens des Staates entzogen werden muß. Deshalb steht im Gesundheitsbericht der Bundesregierung, daß die Erziehung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und die Gesellschaft diese Aufgabe auf die Familien oder außerfamiliale Einrichtungen übertrage. Damit wird die Kernzelle ange-

griffen, in der der Mensch persönliche Eigenständigkeit, Selbstverantwortung und Gemeinschaftsempfinden mit seinem Verhalten in der Gesellschaft lernt. Wenn der Staat alle diese Aufgaben an sich zieht und die Einzelverantwortung immer mehr abbaut, „dann wird der Bürger nicht freier, sondern mehr und mehr zur Nummer im Kollektiv". Das ist für den Bürger eine Entwicklung, „dem diese Politik nicht gut bekommt. Denn er wird anfällig statt widerstandsfähig, er wird mißgünstig statt kooperativ, er wird passiv statt aktiv, er wird anspruchsbewußt statt solidarbewußt, er wird uniformiert statt selbstverantwortlich".

Die Sozialdemokraten wollen mehr Sozialismus, sie reden auch kaum mehr von Sozialdemokratie, sondern nur noch im wolkigen Jargon Willy Brandts von „demokratischem Sozialismus". Der Bürger aber hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, „was aus der sozialistischen Politik denn für seine Freiheit wird". Herbert Wehner nahm in seiner zitierten Bundestagsrede für die Sozialdemokratie in Anspruch, sie habe nach zwei verlorenen Weltkriegen „demokratischen Freiheitsraum für dieses unser deutsches Volk gerettet": einmal gegen den Separatismus vom Westen, das andere Mal gegen den Separatismus vom Osten. Eindrucksvoller wäre es gewesen, sich eines Friedrich Ebert oder Noske zu erinnern, die gegen den linken Flügel ihrer Partei dafür sorgten, daß aus der Republik keine Rätediktatur wurde, auf die damals auch Wehner und seine Genossen zusteuerten. Und die Abwehr des „Separatismus vom Osten" wird nicht nur durchlöchert von den Marxisten in der SPD, denen Brandt in ihr einen legitimen Platz einräumt, sondern auch von Spitzenfunktionären, denen der sozialdemokratische Bundesminister Franke vorwarf, ihre Ziele kämen „dem sehr nahe, was in der DDR ist". Brandt sprach 1957 von einem „reaktionären Staat", 1969 verkündete er in der Regierungserklärung, daß „mehr Demokratie" gewagt werden müsse, und 1974 proklamierte er die Systemveränderung mit der Klage[7]), daß „in den ersten 20 Jahren nach dem Krieg versucht wurde, aus dieser Bundesrepublik einen Unternehmerstaat zu machen". Und noch 1975

[7]) Zitiert in: Deutschland-Union-Dienst, 14. 5. 1976

sagte der Berliner SPD-Linke Harry Ristock:[8]) „Im demokratischen Sozialismus liegt die konkrete Utopie eines ungeteilten sozialistischen Deutschlands . . ., wenn die DDR tatsächlich sozialistisch und die Bundesrepublik . . . voll demokratisch sein wird." Das ist kaum eine Rettung des demokratischen Freiheitsraums, auch dann nicht, wenn Brandt dem Kommunismus vorwirft[9]), daß er „den Begriff des Sozialismus seines freiheitlichen Kerns beraubt" habe. Ralf Dahrendorf meint[10]), es gebe in der Bundesrepublik Deutschland keine ernstzunehmende sozialistische Gruppe, die die Freiheit bedrohe. Er verteidige „die freiheitliche Absicht dessen, was in der Bundesrepublik als sozialdemokratische Politik erscheint".

Abgesehen davon, daß starke marxistische Gruppen in der SPD eine Annäherung an das System der DDR anstreben und bedenkenlos mit Kommunisten kooperieren, fragt es sich, welches Ziel angestrebt wird, wenn der Friedensforscher und SPD-Theoretiker Fritz Vilmar sich einerseits zu den demokratischen Grundprinzipien der freien Wahlen, der Gewaltenteilung, des Mehrparteiensystems und der Unabdingbarkeit der Menschenrechte bekennt[11]), anderseits von „Reformen mit systemveränderndem Charakter" spricht und definiert: „Ziel der Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus ist eine schrittweise, aber konsequent vorangetriebene Umformung der bestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft in eine solidarische ‚klassenlose'."

Solidarität als Ausdruck des Klassenkampfes stimmt nicht mit der Solidarität als demokratisches Prinzip überein, denn diese fordert die soziale Partnerschaft, die Solidarität nicht nur mit denen, die „gleich" sind, sondern gerade mit den Andersartigen. Die SPD will gewiß nicht die Diktatur des Proletarias oder der „Werktätigen", aber ihr Sozialismus läuft auf mehr Staat, damit auf mehr Bevormundung des Bürgers hinaus, die zwangsläufig seine Verantwortung und Entscheidungsfreiheit einschränken muß. Der Staat ist nicht mehr Diener des Ganzen, sondern Regulator für Verhalten und Tun der Bürger.

[8]) a.a.O.
[9]) An der Evang. Akademie in Tutzing, Bayernkurier, 13. 3. 1976
[10]) ARD-Panorama-Sendung, 17. 5. 1976
[11]) In „das da", zitiert in: Bayernkurier, 1. 5. 1976

Sozialistisches Europa als Fernziel

Entsprechend dem Ansehen, daß die SPD in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas und in anderen Kontinenten genießt, werden sich ihre Vorstellungen auch außerhalb Deutschlands niederschlagen. Um die national unterschiedlichen Auffassungen zu kordinieren, fand vom 18. — 20. Januar 1976 in Helsingör ein Treffen der Sozialistischen Internationale statt, das von 18 Parteien aus 17 Ländern beschickte wurde, darunter sieben Regierungschefs und 18 Minister. Neben anderen Fragen stand die Erstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms für die Wahl zum Europaparlament auf der Tagesordnung, zu dem sich die im Bund der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft im Juli 1976 entschlossen. Vor Beginn der Konferenz äußerte Brandt [12]), er erwarte, „daß wir währungs- und wirtschaftspolitisch etwas in Richtung eines Generalnenners erreichen... Die Europäische Union in ihrer vollen Gestalt ist ein Ziel, für das wir noch lange arbeiten müssen".

Die „volle Gestalt" Europas soll nach seinem Willen [13]) zwar Raum haben „für die relevanten Kräfte der europäischen Demokratie", aber er glaubt, daß Europa besser gedeiht, „wenn in ihm Kräfte der sozialen Demokratie stark sind". Deshalb fand der Tindemans-Bericht über die europäische Einigung auch keine ungeteilte Zustimmung in Helsingör, denn in ihm seien, wie der Vizepräsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG, Sicco Mansholt sagte [14]), weder die Stellung der multinationalen Unternehmen noch die „zentrale Rolle der Gewerkschaften" ausreichend geklärt. Schon vier Jahre vorher [15]) hatte er das Ziel anvisiert:

> „Ich bin also der Meinung, daß gesucht werden muß nach einem derartigen Verband zwischen den nationalen sozialistischen Parteien, daß Entscheidungen getroffen werden können auf europäischer Ebene, die Europapolitik betreffend, im weitesten Sinne natürlich, die bindend sind. Daß auf diese Weise eine konzentrierte Aktion stattfinden wird von allen Sozialisten in Europa."

[12]) Interview mit der dänischen Zeitung Politiken, 18. 1. 1976
[13]) Interview im Hessischen Rundfunk, 9. 5. 1976
[14]) Frankfurter Allgemeine, 20. 1. 1976
[15]) Süddeutscher Rundfunk, 25. 2. 1972

Kurz vorher hatte Herbert Wehner die sozialdemokratischen Parteien in der EG aufgefordert[16]), über Brüssel „die Veränderung der Sozialordnung in der Richtung des demokratischen Sozialismus“ anzustreben; was das heißt, haben wir weiter oben gesehen. Anstoß für die Veränderungspolitik ist das Urteil über die EG, dessen marxistischer Tenor mit weitreichenden Konsequenzen der damalige Juso-Bundesvorsitzende Karsten Voigt auf dem Bundeskongreß im März 1973 formulierte: [17])

> „Die EWG entstand auf der Grundlage einer von kapitalistischen Interessen geprägten Konzeption ... Die Vorschläge der Jungsozialisten, die auf eine sozialistische Umgestaltung Westeuropas abzielen, haben Parallelen in Strategien von anderen westeuropäischen Organisationen wie der kommunistischen Partei Italiens ... Um die Zersplitterung der Arbeiterbewegung Westeuropas aufzuheben, ist die Zusammenarbeit zwischen den antikapitalistischen Kräften im kapitalistischen Teil Europas zu verstärken. Dazu gehören: die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften; jene linkssozialistischen und kommunistischen Parteien und politischen Gruppierungen, die zu einer Zusammenarbeit bereit sind.“

Auf die kommunistische Komponente wird weiter unten eingegangen, hier gilt es festzuhalten, daß nicht nur die Jusos, sondern offiziell auch die SPD eine sozialistisch-marxistische Umstrukturierung Europas verfechten. Mansholt ging in Helsingör so weit, zu erklären, daß einer „konservativen“ Lösung der europäischen Fragen, wie sie bei Tindemans durchscheine, gar keine Lösung vorzuziehen sei; auch hier dringt wieder der sozialistische Monopolanspruch für die Gestaltung Europas durch. Daß marxistische Positionen dort, wo sich die Gelegenheit bietet, auf Kosten sozialdemokratischer gefördert werden, zeigte sich am Verhalten gegenüber Portugal. Willy Brandt, Palme, Nordli und Joop den Uyl, die sich mit Brandt als Vorsitzendem zum „Komitee für Solidarität und Verteidigung der Demokratie in Portugal“ zusammenschlossen, unterstützten nicht die sozialdemokratische PPD, sondern die marxistische PSP des Mario Soares. In Verbindung mit

[16]) Neue Gesellschaft, Nr. 4/72

[17]) In: Volksfront in Europa. Von Udo Naumburg. Informationen zur Deutschlandpolitik der CSU. Heft 9/1976

einer Wahlkundgebung fand das erste Gipfeltreffen der Sozialistischen Internationale am 13. März 1976 in Porto statt, die mit dem Absingen der Internationale endete; es sangen „neben Soares am lautesten Olof Palme".[18]) Soares verkündete mit Genugtuung[19]), „daß die europäischen Sozialdemokraten dem PPD-Chef und seiner Partei keine Bedeutung beimäßen, so sozialdemokratisch sich der PPD-Chef in Portugal auch immer gäbe".

Willy Brandt behauptete zwar[20]), der Komitee-Besuch richte sich gegen niemand, aber er gelte „vor allem dem Eintreten für unsere sozialistischen Freunde in diesem Lande". Nach seinem Treffen mit Soares am 19. Dezember 1975 in Bonn forderte er die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft auf, unverzüglich das portugiesische Regime finanziell zu unterstützen. Die Richtung machte er selber deutlich, indem er die EG aufforderte[21]), durch die Finanzhilfe für Portugal „den Nachweis zu erbringen, wie Europa demokratisch-sozialistische Entwicklungen zu integrieren versteht".

Einbezogen werden in die sozialistische EG-Politik soll auch die Entwicklungshilfe für die Dritte Welt. Um die Regierungen nicht zu desavouieren, soll das Konzept nicht über sie, sondern über die Parteien verwirklicht werden. Ihre Vertreter aus rund 25 Ländern Westeuropas, Lateinamerikas und der Karibik tafen sich vom 23. bis 25. Mai 1976 erstmals in Caracas, wo sie eine neun Punkte umfassende Schlußerklärung verabschiedeten. Auch hier agierten Brandt, Kreisky, Soares und der dänische Ministerpräsident Jörgensen, um, wie Kreisky sagte[22]),

> „eine besondere sozialdemokratische Nuance hineinzubringen in die Erörterung dieser Themen (Entwicklungshilfe, Weltwirtschaftssystem, Rohstoffpolitik, wirtschaftliche Gleichheit. D. V.), dadurch vielleicht auch das Geschäft der Regierungen hier und da zu erleichtern".

Man will, wie sich der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, H. Janiczek, ausdrückte[23]), eine neue Einstellung zu

[18]) Frankfurter Allgemeine, 15. 3. 1976
[19]) Süddeutsche Zeitung, 15. 3. 1976
[20]) Die Welt, 15. 3. 1976
[21]) Rheinischer Merkur, 9. 1. 1976
[22]) Brandt in einem Interview im Deutschlandfunk, 26. 5. 1976
[23]) Radio BBC London, 31. 5. 1976

„unseren Brüdern in der Dritten Welt" finden, denn

„als Sozialisten sind wir Internationalisten und müssen selbstredend unsere Prinzipien auch international anwenden. Auf der anderen Seite ist die Sozialistische Internationale bzw. sind sozialdemokratische Parteien in der Dritten Welt noch ziemlich rar ..., die Organisation, die fehlt, um in der Dritten Welt wirklich effektiv vorzugehen. Denn selbstverständlich dürfen wir bei der Umschichtung oder Umverteilung des Weltreichtums nicht auf imperialistische Methoden verfallen ..."

„Kommunistisch-sozialdemokratisches Lager"

Auf der Sicherheitskonferenz in Helsinki hatten die demokratischen Staaten des Westens den Antrag des Warschauer Paktes abgelehnt, die Konferenz zu institutionalisieren, um einen kommunistischen Einfluß auf den europäischen Einigungsprozeß zu unterbinden. Das hinderte den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn nicht, in einem Interview mit der spanischen Zeitung „La Provincia" um die Jahreswende 1972/73 zu erklären: [24])

„Ich glaube, daß man in Zukunft mehr an ein vereintes Gesamteuropa als ein teilweise vereintes Europa denken sollte, und zwar in dem Sinne, als es kein Europa des Westens geben wird, sondern nur ein einziges Europa von Madrid bis Moskau."

Ein solches Gebilde könnte nur funktionieren, wenn es von gemeinsamen und einheitlichen Handlungskriterien ausginge. Es müßte also nach dem Rezept von Bahr zum „Wandel durch Annäherung" kommen, und da es nach Kühn „kein Europa des Westens" geben soll, läßt sich unschwer ausmalen, wer sich wem anzunähern hat. In der Festigung dieser Kontakte spielt Brandt den Vorreiter, seit er 1970 den deutsch-sowjetischen Vertrag unterschrieb. Im Juni 1975 traf er sich zum vierten Mal mit Breschnew und beschwor in der deutschen Presse kritische Fragen nach dem Inhalt seiner Gespräche herauf. Schützenhilfe leisteten sowjetische Kommentatoren, die den beiden Parteichefs bescheinigten, daß ihre Namen mit der „allgemeinen Entspannung in globalem Maßstab" verknüpft seien. [25]) Aber manche Westdeutschen zettelten immerzu „eine

[24]) Zitiert in: Volksfront in Europa a.a.O.
[25]) Radio Frieden und Fortschritt, 12. 7. 1975

ungesunde Agiotage rings um Westberlin" an und kultivierten einen Extremismus in den Westberliner Angelegenheiten", der nicht am Platze sei. Gemeint ist die Abwehr der ständigen Provokationen und Verletzungen des Viermächteabkommens durch Moskau und Ostberlin, die die Bundesregierung und die SPD nicht zu entsprechenden Reaktionen veranlassen. Bei internationalen Veranstaltungen in Berlin erhalten Teilnehmer aus den Ostblockstaaten Auftritts- und Startverbot, bei Messen dürfen westberliner Firmen nicht im deutschen Gemeinschaftsstand ausstellen, sondern müssen die Bären-Flagge als Nationalflagge zeigen. Als Antwort auf die Forderung des britischen Verteidigungsministers Mason[26]), im Zeichen der Entspannung die Mauer zu beseitigen, errichteten Pioniere der Nationalen Volksarmee ein weiteres vier Meter hohes Mauerstück am Brandenburger Tor.

Daß die SPD die Aushöhlung der Position Berlins hinzunehmen bereit ist, zeigte sich im Januar 1976 anläßlich eines deutsch-sowjetischen Parlamentarier-Symposiums in Bonn[27]). Moskaus Botschafter Falin lud zu einem Empfang ein, schloß jedoch die Berliner Bundestagsabgeordneten aus. Als Konsequenz schickte die CDU/CSU-Fraktion nur einen Beobachter, der bei Falin gegen das Verhalten protestierte. Dieser schwieg dazu und bat nur, den Vorgang nicht zu eskalieren. In das gleiche Horn stieß der FDP-Fraktionssprecher Terjung, der meinte, man müsse die Geschichte „in vernünftigen Dimensionen" sehen, man sei durch eine „der Sache nicht gemäße Behandlung und allzu laute Fanfaren in diese bedauerliche Ecke geraten". Der sowjetische Affront hinderte die SPD jedoch nicht, in großer Besetzung an dem Empfang teilzunehmen, an der Spitze Herbert Wehner und die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Marie Schlei, die überdies Berliner Bundestagsabgeordnete ist.

Deutlicher konnte die SPD das Einschwenken auf die sowjetische politische Linie nicht demonstrieren, und Willy Brandt erntete denn auch das kommunistische Lob[28]), daß er „einer der über-

[26]) Rheinischer Merkur, 23. 4. 1976
[27]) Frankfurter Allgemeine, Die Welt, 22. 1. 1976
[28]) Moskau 12. 7. 1975

zeugtesten Anhänger einer Verbesserung der Beziehungen zwischen West und Ost ist. Das erlaubt denn auch, einen gemeinsamen Nenner zu finden in den entscheidenden Fragen von Krieg und Frieden", auch wenn es unterschiedliche politische Programme gebe. Er und Breschnew erachteten die europäische Sicherheitskonferenz als einen

> „Ausgangspunkt für eine weitere allseitige Vorwärtsbewegung des Kontinents zu neuen Horizonten, sind sich ganz der Größe des Maßstabs der weiteren Arbeit zur Erweiterung der Sphäre der Zusammenarbeit bewußt. Beide Gesprächspartner sprachen von der Notwendigkeit einer Überwindung des Widerstandes der Befürworter des Kalten Krieges, oder wie Brandt sich ausgedrückt hat, die schädliche Voreingenommenheit von Kleinmütigen, Engstirnigen und Feigen hinsichtlich der Sache des Friedens, an der wir arbeiten".

Brandt, der in einer Sendung allenthalben mit „Herr" angeredet wird[29]), darf sich mit Genugtuung sagen lassen, daß er einer Partei vorsitze, die großen Einfluß auf die Außenpolitik der Bundesregierung ausübe. Wenn er auch nicht so groß sei wie der der KPdSU, schließt das nicht aus, daß eine größere Verständigung zwischen den beiden Parteien ein „Beitrag zur internationalen Verständigung" sein könnte. Man sei sogar schon imstande, die „Wahrscheinlichkeitsform durch die Wirklichkeitsform zu ersetzen". Dieses Ergebnis bestätige denn auch der „Vorwärts"[30]) mit einer eindrucksvollen Formulierung:

> „Die Sozialdemokraten werden damit in die Koexistenzpolitik des Kreml miteinbezogen, um eine möglichst breite Basis in Europa zu schaffen und das kommunistisch-sozialdemokratische Lager gegenüber China zu festigen. In bezug auf die SPD hofft der Kreml wohl außerdem, sie durch ihren Vorsitzenden Willy Brandt als Motor in der Ostpolitik benutzen zu können."

Sehen wir von der politisch törichten Vorstellung ab, sich in eine Front gegen China einbauen lassen zu wollen, bleibt die vollzogene Einbeziehung in die sowjetische Existenzpolitik. Auch Brandt muß wissen, daß friedliche Koexistenz in sowjetischem Verständnis ein Synonym für Kalten Krieg ist, denn sie bietet „günstige Möglich-

29) Radio Moskau, 12. 7. 1975
30) Am 10. 6. 1975

keiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern (und soll in ihnen) das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Parteien" erhöhen.[31]) Das Einschwenken der SPD auf die Koexistenzpolitik und die Beteiligung zahlreicher Sozialdemokraten an kommunistischen Tarnorganisationen und kommunistisch initiierten Demonstrationen gegen „Berufsverbote" und Atomwaffen, für Sicherheit und Abrüstung macht den Frieden nicht sicherer, sondern höhlt die Grundlagen unserer freiheitlichen Existenz aus.

Hofierung des Eurokommunismus

Die dabei befolgte Taktik läßt sich nicht anders denn als Doppelzüngigkeit umschreiben, da einerseits ein politisches oder gar organisatorisches Zusammengehen mit den Kommunisten verbal abgelehnt wird, anderseits auf zwei „Realitäten" Rücksicht genommen werden soll: der Einfluß kommunistischer Parteien in einzelnen Ländern Europas und deren kommunistische Abkoppelung von der Moskauer Zentrale. Kategorisch stellte Brandt fest[32]), es werde im Europäischen Parlament keine Fraktionsgemeinschaft geben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, das gehört für ihn in die Kategorie der „Angstpropaganda". Der Begriff Volksfront gilt ihm als abgegriffen und schillernd, seine Verwendung nannte er in Tutzing[33]) „unwahrhaftig und unredlich". In Wahrheit läßt er sich unmißverständlich definieren, und wenn sein Inhalt sich mit den Gegebenheiten deckt, kann seine Verwendung kaum unwahrhaftig und unredlich sein. Die hektische Reaktion der SPD auf ihn und die Parole „Freiheit statt Sozialismus" erweckt allein schon die Vermutung, daß er einen Tatbestand umschreibt. Volksfront ist nach dem Großen Duden-Lexikon[34]) die „Bezeichnung für die Koalition der bürgerlichen Linken mit Sozialisten und Kommunisten zum Zwecke der Regierungsübernahme".
In kommunistischem Verständnis[35]) ist sie der „Zusammenschluß

[31]) Fjodorow: Krieg, Armee, Militärwissenschaft. Ostberlin 1963
[32]) Hessischer Rundfunk, 9. 5. 1976
[33]) Süddeutsche Zeitung, 6./7. 3. 1976
[34]) Ausgabe von 1968
[35]) Kleines Lexikon von A — Z. Leipzig 1959

aller antifaschistischen Kräfte gegen den Versuch der Errichtung einer antifaschistischen Diktatur bzw. zu deren Sturz".

Kern und Vorläufer bis zur Regierungsbildung ist die Aktionseinheit:

> „das unbeschadet aller Unterschiede in politischen Grundsatzfragen angestrebte einheitliche Vorgehen zur Erreichung bestimmter gemeinsamer Nahziele. Solange die Spaltung der Arbeiterklasse noch nicht überwunden ist, kommt der Aktionseinheit der Arbeiterklasse größte Bedeutung zu bei der Lösung wichtiger aktueller politischer Kampfaufgaben".

Nur Ignoranten können das Vorhandensein solcher volksfrontartiger Aktionseinheiten leugnen, sie bestehen allein an 31 Hochschulen, wobei die Sozialdemokraten ausdrücklich eine Koalition mit dem RCDS ablehnten und mit den Kommunisten koalierten. Brandt selber hob den Kontakt in einem spektakulären Interview[36]) auf die internationale Ebene, als er sagte, er möchte in befreundeten Regierungen keine Kommunisten sehen, doch heiße das nicht,

> „daß der demokratische Sozialismus auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien keinen Einfluß hätte. Wir sehen ja gerade in diesen Parteien den Beginn einer eigenen Entwicklung ... Es gibt interessante Entwicklungen in der kommunistischen Welt. Da laufen wir doch nicht mit Scheuklappen durch die Welt und sagen, da gibt es nichts. Da gibt es wirklich sehr Interessantes. Es wäre ja auch falsch, wenn wir durch unser Verhalten dazu beitragen würden, daß die Entwicklungen, die zu einer Auflockerung des früheren monolithischen Blocks des Kommunismus geführt haben, wieder zum Stillstand kämen".

Er will die Entwicklung der italienischen Kommunisten „ein bißchen genauer angucken", aber selbst wenn es nur Taktik wäre, würde das zu „Veränderungen, zu Fortentwicklungen" führen. Er bekennt sich zu dem Irrtum, „als gebe es noch so etwas wie einen Weltkommunismus", und deshalb interessiert er sich dafür: „Was denken die Kommunisten in Ländern, in denen sie stark sind? ... Wir können vor starken politischen Faktoren nicht die Augen verschließen, auch dann nicht, wenn es Kommunisten sind."

Die von Brandt propagierte Kontaktpflege legt die Vermutung

[36]) Spiegel vom 26. 1. 1976

nahe, daß der Gegensatz zwischen nördlichen und südlichen Sozialisten, wie er in Helsingör herausgestellt wurde, keineswegs so unüberbrückbar ist wie behauptet. Dies um so weniger, als sich führende Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals und Belgiens am 25. Januar 1976 in Paris ihren Willen bekräftigten [37]), weiter in der Sozialistischen Internationale mitzuarbeiten. Dazu erklärten sie, nach wie vor Bündnisse mit den kommunistischen Parteien ihrer Länder anzustreben, um den Sozialismus zu verwirklichen. Das hat Brandt mehrfach sanktioniert mit dem Bemerken, jede sozialdemokratische Partei müsse sich entsprechend den in ihrem Land gegebenen Situationen verhalten, Parteien seien dazu da, „daß sie Wahlen gewinnen". Und das SPD-Präsidiumsmitglied Wilhelm Dröscher präzisierte: [38])

> „Da, wo Sozialdemokraten regieren, haben sie Bündnisse oder kooperieren mit den Parteien der Mitte; da, wo sie in der Opposition sind, hineingedrängt sind . . ., da müssen sie natürlich in einer anderen nationalen Situation sich anders verhalten als hier."

Das heißt: wenn es geht, wird ohne Kommunisten regiert; wer aber die SPD von der Regierung fernhält und sie in die Opposition „hineindrängt", muß damit rechnen, daß sie mit den Kommunisten kooperiert. Genauso entschied sich Mitterand, als er in Helsingör sagte: [35]) „Falls ich vor der Wahl zwischen einem globalen Kampf gegen den Kommunismus und deren Interessen der französischen Arbeiterklasse stünde, würde ich mich für die französische Arbeiterklasse entscheiden." Sein Ja für das Zusammengehen mit den Kommunisten begründete er auf der vorerwähnten Pariser Konferenz mit dem historischen Rückgriff, daß eines der Hauptmotive, die von 55 Jahren in Tours zur Spaltung der französischen Sozialisten und damit zur Gründung der KPF geführt hätten, heute aus der Welt geschafft seien. [40]) Er meinte damit die Erklärung des französischen KP-Chefs Marchais, daß das Prinzip der „Diktatur des Proletariats" fallengelassen werde. Daß es darüber hinaus noch andere Merkmale geben sollte, die die Sozialdemokraten von Kom-

[37]) Die Welt, 26. 1. 1976
[38]) Deutschlandfunk, 6. 3. 1976
[39]) Frankfurter Allgemeine, 21. 6. 1976
[40]) Neue Zürcher Zeitung, 27. 1. 1976

munisten unterscheiden, ist ein Thema, auf das weiter unten eingegangen sei. Auf der Pressekonferenz in Paris kommentierte er das „Spiegel"-Interview von Brandt in einer diesen schlicht demaskierenden Weise, auf die kein Dementi erfolgte:[41])

> „Ich begrüße dies als ein Zeichen dafür, daß die Sozialisten Europas einander näherrücken. Ich habe darüber mit Brandt am Rande der Konferenz in Helsingör gesprochen. Er hatte nichts gegen den Text meiner Rede einzuwenden, den ich ihm, da er abreisen mußte, am Vorabend zeigte."

Bundeskanzler Schmidt ging gegen die Volksfrontforderung Mitterands „hoch wie eine mittlere Saturnrakete", womit die SPD für den innenpolitischen Gebrauch betonte, daß für sie eine Volksfront nie in Frage komme. Seine Warnung vor einer Hereinnahme von Kommunisten in westeuropäische Regierungen nannte die seinem niederländischen Parteifreund und Ministerpräsidenten Joop den Uyl nahestehende Amsterdamer Zeitung „De Volkskrant"[42]) eine „peinliche Einmischung mit Verbalgewalt", die an die Frostphasen des Kalten Krieges erinnere. Der unfreundliche Kommentar war verfrüht, denn etwas später meinte Schmidt im amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time"[43]), er möchte zwar keine Kommunisten in der Regierung in Rom, Paris oder oderswo sehen, aber „auf der anderen Seite glaube ich nicht, daß dies zwangsläufig eine Katastrophe bedeuten muß". Es habe ja schon Kommunisten als Minister und in höheren Ämtern in den NATO-Staaten Island und Portugal gegeben, ohne daß deswegen Europa oder die Atlantische Allianz zusammengebrochen wären. Es gehört schon eine beträchtliche Portion an Spekulation auf das kritische Unvermögen der Bürger dazu, um Islands Rolle mit der Italiens und Frankreichs auf eine Stufe zu stellen Er liegt auf der gleichen Linie wie Willy Brandt, und an anderer Stelle[41]) unterstrich er, „daß insbesondere der britische Ministerpräsident, Harold Wilson, der schwedische Ministerpräsident, Olof Palme ... und ich selber eigentlich nahtlos miteinander übereingestimmt haben".

[41]) Die Welt, 26. 1. 1976
[42]) Die Welt, 22. 1. 1976
[43]) Die Welt, 4. 5. 1976
[44]) ARD-Panorama, 2. 2. 1976

Bemerkenswert wird die nahtlose Übereinstimmung mit Palme durch dessen Rede, die er auf einer sozialdemokratischen Konferenz zum Polenvertrag hielt.[45]) Dem Volksfront-Konzept seiner südeuropäischen Parteifreunde brachte er viel Verständnis entgegen: die Sozialdemokratie jedes Landes müsse ihren Standpunkt selbst bestimmen, Zeigefinger seien nicht am Platze; sie müsse „die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit" zu erreichen suchen. Die zahlenmäßige Stärke und politische Übermacht der konservativen Kräfte erkläre sich daraus, „daß diese Länder in wesentlicher Hinsicht in der sozialen Entwicklung nachgehinkt sind". Diese verleumderische These hat Brandt ebenso wiederholt wie Helmut Schmidt, die im eigenen Bereich die Kommunisten nur klein halten wollen, um selber an der Macht zu bleiben. Läßt sich das — siehe die Logik Palmes — nicht durchhalten, muß auf Volksfront zurückgegriffen werden. Das derzeitige Nein zu ihr trägt demnach lediglich taktischen, keinen grundsätzlichen Charakter.

Makabres Spiel mit der Sicherheit

Wie die deutschen führenden Sozialdemokraten kann auch Palme

> „diejenigen nur schwer verstehen, die ausschließlich mit Mißtrauen die ideologische Umwertung innerhalb der kommunistischen Parteien betrachten. Es muß doch ein Vorteil sein, wenn diese Parteien sich zu demokratischen Freiheiten und Rechten zu bekennen beginnen, wenn sie grundlegende menschliche Rechte verteidigen wollen ..."

Wenn sie so weit gingen, daß sie die Proklamation „keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie" durch konkrete Handlung mit Leben erfüllten,

> „so haben sie nicht nur Rosa Luxemburgs Grundthese vom Sozialismus akzeptiert, sondern auch die grundlegenden Wertungen der Sozialistischen Internationale. Wir haben in dieser Lage keinen Anlaß zum Rückfall in die Tonart des Kalten Krieges oder zur Beteiligung an irgendeinem Kreuzzug des Typs, den die Kräfte der Reaktion immer zu organisieren bereit sind".

Enthüllend ist der Brückenschlag zu Rosa Luxemburg, denn sie verließ die SPD und gründete den Spartakusbund und zusammen

[45]) Frankfurter Allgemeine, 24. 2. 1976

mit Karl Liebknecht die KPD. Die Herkunft beider Parteien aus der gleichen Wurzel nährt zwangsläufig den Gedanken an ihre „Wiedervereinigung“, und deshalb wird auch Horst Ehmkes Bemerkung verständlich:[46]) „Wenn es den kommunistischen Parteien des Westens gelingt, sich von der sowjetischen Vormundschaft zu befreien, kann unsere Bewertung nur positiv ausfallen.“

Die „demokratischen Sozialisten“ verkennen, daß Kommunisten Kommunisten bleiben — auch dann, wenn sie auf den Begriff „Diktatur des Proletariats“ verzichten, den absoluten Führungsanspruch der KPdSU ablehnen und wortreich die bürgerlichen Freiheiten anerkennen. Diese finden sich auch in den Verfassungen der Sowjetunion und der DDR, doch sollte entscheidend bleiben, wie sie gehandhabt werden. Marchais und Berlinguer brandmarken die derzeitige Ordnung als zu beseitigendes System, seine Schwächen und Unzulänglichkeiten sollen durch ihr eigenes ersetzt werden. Sie wollen mit Hilfe der Sozialdemokraten und linksbürgerlicher Kreise die Macht erringen — ohne Gewalt, mit den legalen Mitteln, die ihnen die Demokratie bietet. Dafür den Handlanger zu spielen, steht im Gegensatz zur Verteidigung der Freiheit, die Kommunisten und sozialistische Systemveränderer mit den gleichen Parolen auszuhöhlen suchen. Hier liegt die Basis für die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ von der der Ehrenvorsitzende der DKP, Max Reimann, sagte[47]), es sei nötig, „daß die Sozialdemokraten und Kommunisten und Christen und die bürgerlichen progressiven Menschen sich zusammenschließen, um ihren eigenen Feind niedrig zu halten“.

Aus einem Bericht des nordrhein-westfälischen Innenministers Burkhard Hirsch geht hervor[48]), daß die SED die erforderlichen Mittel der DKP zur Verfügung stellt: „Zu diesem Zweck haben SED und DKP einen besonderen, von der DKP-Organisation getrennt und konspirativ arbeitenden Finanzapparat eingerichtet, mit dessen Hilfe die DKP jährlich ca. 30 Millionen Mark erhält.“

Mit Genugtuung stellen die Kommunisten in Europa[49]) eine „zu-

[46]) Deutsche Zeitung, 12. 3. 1976
[47]) Radio Moskau, 15. 3. 1975
[48]) Die Welt, 6. 5. 1976
[49]) Radio Warschau, 4. 2. 1972

nehmende Tendenz der Aktionseinheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen" fest. Aber offenbar schreitet der Prozeß in ihren Augen nicht schnell genug voran, jedenfalls schreibt der polnische Direktor des Instituts der Bewegung der Arbeiterklasse, Professor Janusz Golebiowski[50]), man solle für die auf einer „gesamtdemokratischen Ebene" stattzufindende Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht warten, bis alle trennenden grundlegenden Differenzen beseitigt seien. Wichtiger sei, „daß nur im Verlauf einer täglichen Zusammenarbeit Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf für den Sozialismus geschaffen werden können".

In dieser Richtung stellt auch Moskau[51]) „bestimmte positive Fortschritte" fest, aber der Kommentator fügt hinzu: „Die Kommunisten brauchten dafür nicht ihre Ansichten zu überprüfen oder zu ändern."

Das müssen die Sozialdemokraten, die in Helsingör gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf die „Verpflichtungen westlicher kapitalistischer Staaten gegenüber der NATO" hingewiesen hätten. Damit stellten sie die Interessen der NATO über die Interessen der Völker ihrer Länder, das stehe „im krassen Widerspruch zur Aufgabe des Zusammenschlusses der Kräfte der Demokratie angesichts der offenbaren Aktivierung der rechtsorientierten, reaktionären, profaschistischen Kräfte unter den Verhältnissen der akuten Wirtschaftskrise". Das stimmt mit den Forderungen der Jusos und Judos nach Auflösung der NATO und Abbau des Verteidigungspotentials im Westen überein, widerspricht aber auch nicht den Deklamationen eines Berlinguer und eines Mitterand, die angeblich die Bündnisverpflichtungen unangetastet lassen wollen. Nur trägt Berlinguer ein Argument vor, das sich mit dem Nordatlantikvertrag kaum in Einklang bringen läßt: er will in der NATO bleiben, damit sie ihn bei der Systemveränderung in Italien vor sowjetischen Pressionen schützt. Und Mitterand hat erklärt[52]),

50) Sprawy Miedzynarodowe (Internationale Angelegenheiten), Nr. 6/1976
51) Radio Moskau, 13. 2. 1976
52) ZDF, 27. 1. 1976

wenn ihm gewisse Verpflichtungen unvereinbar erschienen, „werden wir sie prüfen und nach einem neuen internationalen Status Ausschau halten".

Für die westliche Sicherheit gegenüber dem kommunistischen Druck ist der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und die Einbettung in ihn unverzichtbar. Es ist Deklamation und Augenwischerei, wenn führende Sozialdemokraten ein gleiches Bekenntnis ablegen, und gleichzeitig ein makabres Spiel mit der Sicherheit dadurch betreiben, daß sie mit Kommunisten kollaborieren, die eben diesen Zusammmenhalt aufzulösen versuchen. Fassen wir alle diese Strömungen zusammen, sollten wir uns an die Erkenntnis des Hamburger Altbürgermeisters Professor Herbert Weichmann halten[53]), daß sich unter dem Schlagwort „Mehr Demokratie" bedenkliche Erscheinungen entwickelt hätten,

> „daß sich sozusagen Nebendemokratien gegenüber der konstitutionellen Demokratie entwickelt haben mit einer Tendenz zur Rätedemokratie ... Ich bin der Auffassung, daß diejenigen Elemente, die sich heute als progressiv aufspielen, in Wirklichkeit die gesellschaftspolitisch reaktionären Elemente sind, weil die „Progressiven" ja dieses demokratische System verändern und in ein neues System — sei es der Rätedemokratie, sei es der Diktatur des Proletariats, sei es der Parteienherrschaft — umwandeln wollen auf Kosten der Freiheit".

[53]) N/WDR, 23. 2. 1976

Was erlebten Eingeweihte mitten in jenem, für Europäer unverständlich-drohendem Geschehen im südlichen Afrika?

Als Mozambique und dann Angola überrannt, Rhodesien, Südwest- und Südafrika in ihrem Bestand plötzlich bedroht wurden?

Wie stellen sich Gegenwart und Zukunft dem Kenner dar?

HERBERT ZWOLINSKY:

Weiße Welt - was nun?

Europa stirbt im südlichen Afrika — Erlebnisse und Erfahrungen

128 Seiten — kartoniert — DM 11.20 — ISBN 387 879 114 3

Hier ist der authentische Bericht über die jüngsten politischen Ereignisse in Angola, Mozambique, Rhodesien, Südafrika und Südwestafrika.

Herbert Zwolinsky, Jahrgang 1940, lebte die letzten fünf Jahre im südlichen Afrika und erlebte mit eigenen Augen den kommunistischen Terror gegen die Weißen in Angola, er sah das friedliche Süd- und Südwestafrika, die Gefahren des Partisanenkrieges in Rhodesien und verfolgte gespannt die Machtübergabe an die Kommunisten in Mozambique. Erst als Moskau und Kuba in Angola mit ihren internationalen Brigaden eingriffen, verließ Zwolinsky mit seiner Frau als einer der letzten Österreicher die Hauptstadt Luanda. In seinen Aufzeichnungen jener letzten Monate, in denen das einst blühende Land in Schutt und Asche versank, wird die Dramatik und die Katastrophe des unsinnigen Verzichts in Lissabon auf die überseeischen Besitzungen Angola und Mozambique noch einmal deutlich.

In einem abschließenden Kapitel umreißt der sachkundige Autor die Chancen der Weißen Afrikas, selbst in einer Welt von Gegnern auch morgen zu leben. Ohne Zweifel können die Europäer in Pretoria, in Salisbury und Windhoek sich durchsetzen. Auch auf sich allein gestellt, werden sie sich behaupten; es sei denn, sie werden wieder von Europa und Amerika verraten.

Wer am Schicksal des südlichen Afrika und auch der dort lebenden Deutschen interessiert ist, muß diesen notwendigen Erlebnis- und Erfahrungsbericht gelesen haben!

WEGE ZUR WIRKLICHKEIT

Diese Buchreihe packt Unwahrheit und Unklarheit, wo immer sie politisch wirksam werden. Nicht in gelehrten Abhandlungen. Knapp, klar, handlich werden Einzelfragen von Kennern umrissen, zum Weiterdenken angeregt. Die erwiesene Wirklichkeit wird der gängigen Meinung gegenübergestellt. Keine Angst vor Tabus! Wer die Wirklichkeit sucht, will *wissen*, bevor er sich anschickt zu wirken.

Bd. 1: PAUL LAMATSCH: *Soll und Haben in Bonn* — Milliardenrausch und Wirklichkeit — 8°, 69 S., 6 Schaubilder, 9 Tabellen, kartoniert DM 9.80

Bd. 2: ROLF KOSIEK: *Marxismus: Ein Aberglaube!* — 3. erw. Auflage — 8°, 111 S., kartoniert DM 7.80

Bd. 3: HEINRICH HÄRTLE: *Die falschen Propheten* — Marx. Lenin. Stalin. Mao Tse-tung — 8°, 128 S., kartoniert DM 9.80

Bd. 4: DEUTSCHES SEMINAR: *1914 — 1945 Untergang des Weltzentrums Europa* — 8° 228 S., 5 Karten, kartoniert DM 16.80

Bd. 5: HEINRICH SCHADE: *Völkerflut und Völkerschwund* — Erkenntnisse und Mahnungen der Bevölkerungswissenschaft — 8°, 116 S., 20 Abb., 19 Übersichten und Tabellen, kartoniert DM 12.80

Bd. 6: HANS KEHRL: *Marktwirtschaft morgen* — Staat und Wirtschaft im Wandel — 8°, 156 S., kartoniert DM 15.—

Bd. 7: ROLF KOSIEK: *Das Volk in seiner Wirklichkeit* — Naturwissenschaften und Leben bestätigen den Volksbegriff — 8°, 136 S., kartoniert DM 9.80

Die Reihe wird fortgeführt



KURT VOWINCKEL VERLAG KG · 8131 BERG AM SEE

Wer mit Kommunisten kooperiert — auf welcher Ebene auch immer — stellt sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

„Volksfront droht“ ist kein „Volksfrontgerede“, mit dem man aufhören solle, wie Willy Brandt meint. Sie ist eine Realität, der wir uns zu erwehren haben.

Wer sich keinem fremden Willen unterwerfen, wer am Schicksal und der Zukunft unseres Volkes teilhaben will, muß diese kritische Studie lesen.